

Unsere neue Heimat – Sachsen

Arbeitsheft zur Wanderausstellung

Inhalt

- 3** Geleitwort
- 5** Vorwort
- 6** Görlitz Flüchtlingsstadt
- 8** „Wir haben Sachsen verändert ...“ – Geschichte vom mühsamen Weg in die Zukunft
- 10** Vorgeschichte – Zwangsumsiedlung und Vertreibung im Kontext nationalsozialistischer Politik
- 12** Flucht vor der Roten Armee – in Richtung Westen zu Fuß, per Treck, bei eisiger Kälte
- 14** Vertreibung aus der Heimat: von der wilden zur systematischen Vertreibung
- 16** Vertreibung aus der Heimat: Systematische Vertreibungen in deutsch besiedelten Gebieten Osteuropas
- 18** Ankunft in Sachsen – Suche nach einer Bleibe, nach Lebensmitteln und Informationen
- 20** Zwischenstation Lager – Aufnahme und erste Unterkunft: Lagerleben und Transit
- 22** Sachsen wird zum Aufnahmeland – Auffanglager, Bleiberecht und Ansiedlung
- 24** Eingliederungspolitik – Erste Nachkriegsjahre: Politische, soziale und wirtschaftliche Eingliederung
- 26** „Neue Heimat – Neues Leben“ ? – „Integration“ durch materielle Hilfe und politische Einflussnahme
- 28** Die Vergangenheit als Tabu – Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis der DDR
- 30** Literatur – Vorsichtige und langwierige Annäherung an individuelle Flucht- und Vertreibungserfahrungen
- 32** Bodenreform – Landwirtschaft – Neues Land in neuer Heimat? Bodenreform und Kollektivierung
- 34** Grenzanerkennung und Repressalien – Protest und Zurückhaltung
- 36** „Schlesischer Bergbau in Sachsen“ – Zwangsverpflichtung und Freiwilligkeit – die Wismut
- 38** Flüchtlingsprofessoren – Aufstiegschancen für Hochschullehrer in der neuen Heimat
- 40** Die Rolle der Kirchen – Materielle Nothilfe und Seelsorge – für die aus der Heimat Vertriebenen
- 42** Helfen beim Wiederaufbau – Heimatvertriebene und der wirtschaftliche Wiederaufbau
- 44** Sichtbare Zeichen – Lebendige Erinnerung an die Heimat

- 46** Biografien – Familiengeschichten

- 66** Kartenmaterial
- 69** Notizen
- 70** Arbeitsblätter für den Unterricht
- 75** Impressum

Vorwort

Von den etwa 15 Millionen Deutschen, die gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ostdeutschland sowie aus Ost- und Südosteuropa flüchten mussten oder vertrieben wurden, haben etwa eine Million in Sachsen Aufnahme gefunden. Damit beträgt dieser Bevölkerungsanteil im Freistaat Sachsen 20 bis 25 %. Hinzu kommen noch zahllose Aussiedler und Spätaussiedler, die erst in den folgenden Jahrzehnten diejenigen Länder, in denen ihre Vorfahren einst hoch willkommen gewesen sind, wieder verlassen haben.

Mit der Ausstellung „Unsere neue Heimat – Sachsen“ möchten wir einen Beitrag dazu leisten, die Geschichte dieser Menschen erfahrbar zu machen.

Die Ausstellung wurde vom BdV-Kreisverband Freiberg initiiert und organisatorisch begleitet. Bei großzügiger Förderung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern wurde eine Projektgruppe gebildet, die unter Leitung von Herrn MA Torsten Nitzsche diese Ausstellung erarbeitet hat.

Die feierliche Eröffnung fand am 11. Mai 2009 im Sächsischen Landtag statt. Festredner waren die Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages, Frau Andrea Dombrois, und der Sächsische Staatsminister des Innern, Herr Dr. Albrecht Buttolo, sowie ein Vertreter des BdV-Kreisverbandes Freiberg.

Die Ausstellung umfasste sowohl Rolldisplays mit Texten und Abbildungen als auch Gegenstände aus der damaligen Zeit wie Kinderwagen, Handwagen, Koffer, Spielzeug oder Bekleidungsgegenstände.

Nach dem festlichen Auftakt war die Ausstellung vier Wochen lang im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtages zu sehen. Danach ist sie, abgerüstet als Wanderausstellung, an verschiedenen Orten, bevorzugt in Schulen, gezeigt worden. Zeitgleich haben oft Diskussionen mit Zeitzeugen stattgefunden, wodurch das Interesse in besonderer Weise geweckt werden konnte.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt in der Schilderung der Lebensbedingungen bei der Ankunft in Sachsen. Diese Lebensbedingungen waren gekennzeichnet durch Hunger und Not sowie durch Vorurteile der Einheimischen gegenüber Menschen aus dem Osten. Sie wurden verschärft durch katastrophale Wohnbedingungen, häufig in Lagern und anderen Notunterkünften. Gezeigt wird auch der schwere Anfang beim Einleben in der neuen Heimat Sachsen sowie bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten, wobei eine bewundernswerte Leistungsbereitschaft eingebracht wurde. Ergänzt werden diese allgemeinen Darstellungen durch konkrete Lebensberichte von Betroffenen, in denen auch die Vorgeschichten der Familien in der alten Heimat sowie bei Flucht und Vertreibung erlittene Traumatisierungen thematisiert werden.

In der Ausstellung aus Kapazitätsgründen nur am Rande berührt wird der ungeheure Verlust, den nicht nur die Betroffenen, sondern die gesamte deutsche Gesellschaft erlitten hat. Dieser Verlust betrifft eine historische Epoche, die viele Generationen, oft viele Jahrhunderte erfolgreicher Siedlungsgeschichte umfasst und ein reiches kulturelles Erbe hinterlassen hat. Die Erinnerung an dieses kulturelle Erbe sollte im kollektiven Gedächtnis bewahrt, aber auch bei Begegnungen mit unseren Nachbarn eingebracht werden.

Die Ausstellung möchte auch dazu beitragen, dass Vertreibungen, ganz gleich wo und wann sie als politisches Mittel eingesetzt werden, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden.

i. A. Irmtraut Schirotzek
Mitglied der Projektgruppe

Görlitz Flüchtlingsstadt

Die Katastrophen der Dreißiger- und Vierzigerjahre des 20. Jahrhunderts – Krieg und Völkermord, Flucht und Vertreibung – haben das Gesicht Mittel- und Osteuropas entstellt und seine Bevölkerung gewaltsam auseinandergetrieben. Millionen Menschen kamen ums Leben, Millionen wurden zu Zwangsarbeit verschleppt, mussten vor Krieg und Verfolgung fliehen oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Auch auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen ist keine Stadt und kein Dorf unberührt geblieben. Görlitz, das am Ende des Zweiten Weltkriegs noch zur Provinz Schlesien gehörte, hatte auf besondere Weise Anteil an diesem Schicksal. Von Kriegszerstörungen weitgehend verschont, wurde Görlitz am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren zu einer Stadt der Flüchtlinge. Die meisten aus Schlesien Vertriebenen mussten Görlitz passieren. Für manche, die von Osten kamen, war die Stadt an der Neiße nach erlittener Todesangst, Entbehrung und Demütigung der erste Ort, an dem sie sich wieder in Sicherheit glaubten. Andere, die aus dem Westen kommend zurück wollten, saßen hier fest, weil man ihnen den Übertritt über die neue polnische Westgrenze verwehrte. Am Ende der 1940er Jahre waren fast 40% der Bevölkerung Vertriebene und Flüchtlinge – keine andere deutsche Stadt hatte einen so hohen Anteil an Zwangsmigranten aufzuweisen. Flucht und Vertreibung waren die beherrschenden Faktoren in der Nachkriegsgeschichte der Stadt an der Neiße – dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man den Blick auch auf Zgorzelec, die ehemaligen Görlitzer Oststadt, richtet.

Wer über Vertreibung und Zwangsmigration in Görlitz sprechen will, muss auf 1933 zurückgehen. In den zwölf Jahren der NS-Diktatur, vor allem im Zweiten Weltkrieg, wurden die Voraussetzungen für die späteren Massenvertreibungen und Bevölkerungsverschiebungen gelegt. Görlitz war zutiefst in dieses Geschehen eingebunden. Die Stadt war Standort eines Kriegsgefangenenlagers, in dem Tausende ums Leben kamen. Es gab im Biesnitzer Grund ein Außenlager des KZ Groß-Rosen. Zwangsarbeiter aus Polen, Russland und anderen Ländern arbeiteten in der kriegswichtigen Industrie. In den letzten Jahren des Krieges bestand die Görlitzer Bevölkerung zu einem beträchtlichen Teil aus Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen.

Aber auch Vertreibung hat es damals bereits gegeben, selbst zu Friedenszeiten. Zahlreiche Bürger mussten nach 1933 die Stadt und Deutschland verlassen, weil sie hier kein menschenwürdiges Leben führen konnten, in den meisten Fällen, um ihr bloßes Leben zu retten. Es handelte sich um Gegner der Nationalsozialisten, die aus politischen Gründen verfolgt wurden, vor allem aber um die Görlitzer Juden. Wie viele Menschen aus Görlitz flohen, weil sie Verfolgung, Internierung, letztlich Ermordung zu erwarten hatten, lässt sich schwer ermitteln – es dürften einige Hundert gewesen sein. Für die Bevölkerungsstatistik mag die Zahl ohne große Bedeutung sein. Für das öffentliche Leben der Stadt jedoch stellte der Verlust einen tiefen Einschnitt dar, denn die Emigranten und Flüchtlinge, die jüdischen ebenso wie die nicht-jüdischen, gehörten zu den prägendsten und aktivsten Mitgliedern der Görlitzer Gesellschaft. Die Biografien namhafter Antifaschisten, vor allem Angehöriger der KPD und SPD, sind dank der politischen Traditionspflege zu DDR-Zeiten recht gut erforscht. Auch über einige herausragende jüdische Persönlichkeiten liegen Selbstzeugnisse oder biografische Untersuchungen vor. Aber von den Schicksalen der übrigen Vertriebenen und Verfolgten weiß man wenig. Die Zahlen allein, wie sie etwa für die jüdische Bevölkerung vorliegen, haben nicht viel zu bedeuten. 376 Juden lebten 1933 in Görlitz, 1945 nur noch ein einziger. Wie viele von ihnen ermordet wurden, wie viele sich durch Flucht retten konnten, ist nicht bekannt.

Bereits Ende 1944 rückte der Krieg nahe an Görlitz heran: die ersten Flüchtlingstrecks erreichten die Stadt. In den ersten Wochen 1945 zogen schon Zehntausende durch, schließlich waren auch die Görlitzer selbst gezwungen, die Flucht zu ergreifen. Am 18. Februar erging der Befehl, Frauen und Kinder aus der Stadt zu evakuieren. Als Joseph Goebbels am 8. März in der Görlitzer Stadthalle bei seinem letzten öffentlichen Auftritt noch einmal den Endsieg beschwor, hatte ein

großer Teil der Bevölkerung schon die Stadt verlassen. Görlitz sollte als "Festung" verteidigt werden, doch die Rote Armee umging die Stadt im Norden, so dass ihr das schlimme Schicksal von Breslau oder Glogau erspart blieb. Am 7. Mai zog die Wehrmacht ab, Sonderkommandos hatten zuvor alle Brücken gesprengt. Noch am Abend desselben Tages marschierten sowjetische Verbände ein, drei Tage später erreichte ein erster polnischer Vortrupp den Ostteil der Stadt. Am 21. Mai übernahm dort ein Bevollmächtigter der polnischen Regierung die Verwaltung. Nun ging alles sehr schnell: Am Abend des 31. Mai wurde die gerade erst errichtete Pontonbrücke über die Neiße für Zivilisten gesperrt, um einen Rückstrom der Zivilisten nach Osten zu verhindern. Am Morgen des 21. Juni holte polnisches Militär die Bewohner der Oststadt aus ihren Wohnungen und trieb sie über die Neiße nach Westen. Die Bewohner der umliegenden Dörfer innerhalb eines etwa 25 km breiten Streifens östlich der Neiße erlitten dasselbe Schicksal. Eine Tragödie bahnte sich an, als die aus dem Osten vertriebenen Menschen sich nun mit den Tausenden Flüchtlingen vereinigten, die in ihre Heimat zurückzukehren versuchten und von der Schließung der Grenze überrascht worden waren, nun am Ufer der Neiße lagerten oder notdürftig in der Stadt Unterkunft fanden. Hatte die Zahl der Einwohner von Görlitz Anfang Mai in Folge der Evakuierungen nur noch 31.000 betragen, so schoss sie jetzt auf 120.000 hoch, von denen über die Hälfte Flüchtlinge waren. Bereits am 18. Juni hatte die Stadtverwaltung eine Zuzugssperre verhängt, die aber wirkungslos blieb. Jetzt wurden die Flüchtlinge noch einmal ultimativ aufgefordert, die Stadt innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Die Situation spitzte sich dramatisch zu, ein Sommer des Schreckens begann. Die Lebensmittelversorgung brach zusammen, die Stadt war verstopft von campierenden Menschen. Viele irrten traumatisiert und orientierungslos durch die Straßen. Hungertyphus brach aus und kostete über tausend Menschen das Leben. Die Säuglingssterblichkeit erreichte eine Rate von 90 Prozent.

Erst Ende August kam Hilfe. Die neue Landesverwaltung Sachsen erklärte Görlitz zum Notstandsgebiet. Die obdachlosen Flüchtlinge wurden nun nach und nach in Eisenbahnwaggons abtransportiert und zentral über die gesamte SBZ verteilt. Rund 20.000 Heimatlose blieben zurück; dazu kamen die aus der Görlitzer Oststadt Vertriebenen. Dennoch wies Görlitz in den Augen der Verantwortlichen noch immer erhebliche Aufnahmekapazitäten auf. Rund 30.000 ehemalige Bürger der Stadt waren nach der Evakuierung am Ende des Krieges nicht nach Görlitz zurückgekehrt. In den gründerzeitlichen Quartieren gab es großzügig geschnittene bürgerliche Wohnungen, die nun als „unterbelegt“ galten. Daher wurden der Stadt in den Jahren 1946 und 1947 noch einmal 15.000 bis 20.000 Flüchtlinge zugewiesen. Die Folge war eine dauerhafte, tief greifende Umschichtung der Bevölkerung, die zugleich auf engem Raum zusammenrücken musste. Görlitz war jetzt mit 6700 Einwohnern pro Quadratkilometer die am dichtesten besiedelte Stadt der Sowjetischen Besatzungszone.

Zwangsverwaltung von Wohnraum, Massenarmut und katastrophale Lebensmittelversorgung bestimmten das Leben in den späten Vierzigerjahren. Neben den dauerhaft angesiedelten Menschen wurden bis 1949 ständig weitere Tausende Vertriebene zumeist aus Schlesien durch Görlitz geschleust. Wer nicht sofort weiter fuhr, kam zunächst für einige Tage oder Wochen in den beiden Görlitzer „Umsiedler- und Quarantänelagern“ unter. Rund 100.000 Menschen haben diese Lager passiert. Die Vertriebenen beherrschten das Straßenbild. Die meisten von ihnen waren Frauen, Kinder und Alte, kaum die Hälfte galt überhaupt als arbeitsfähig. Ein Journalist des Westberliner „Telegraf“ berichtete 1949 von „verarmten und vollständig abgerissenen Umsiedlern mit Schuhen aus Lumpen, verhärmten Menschen, bettelnden Kindern mit zerschlissener Kleidung am Bahnhof, an Straßenecken und in Lokalen“.

Auf Jahre hinaus war die Stadtverwaltung damit befasst, die Folgen der Vertreibung zu lindern, die Vertriebenen wirtschaftlich und sozial zu integrieren. Erst in den frühen Fünfzigerjahren begann sich die

Situation langsam zu entspannen. Der Integration der Vertriebenen kam zugute, dass die meisten von ihnen aus der Görlitzer Oststadt, aus der näheren Umgebung oder jedenfalls aus Schlesien stammten. Sie wurden von den Einheimischen nicht als fremd angesehen, viele von ihnen hatten Verwandte oder Freunde in Görlitz. Die zentrale Verwaltung des Wohnraums, die Verteilung der Vertriebenen über das gesamte Stadtgebiet verhinderten eine Ghettobildung. Es gab in Görlitz kein isoliertes „Flüchtlingsviertel“ wie in manchen Städten Westdeutschlands.

In Görlitz konnten sich die Schlesier weiter heimisch fühlen. Die Bande in die alte Heimat waren noch stark. Dafür sorgte nicht zuletzt die Kontinuität kirchlicher Verwaltungsstrukturen. Im März 1947 ließ sich Kardinalsvikar Ferdinand Piontek als Nachfolger des Breslauer Fürstbischofs Bertram in Görlitz nieder. Im Mai desselben Jahres nahm die Leitung der Evangelischen Kirche von Schlesien ihre Tätigkeit in Görlitz auf, nachdem Bischof Ernst Hornig Breslau bereits im Dezember 1946 hatte verlassen müssen. Görlitz übernahm von Breslau Funktionen als Sitz der schlesischen Kirchenleitung. Es stand damals außer Frage, dass Görlitz als letzte deutsch verbliebene Stadt in Schlesien dem historischen und kulturellen Erbe dieses Landes besonders verpflichtet war. Dies war anfangs sogar noch die Haltung des der KPD angehörenden Oberbürgermeisters und der von ihm geleiteten Stadtverwaltung. Straßen wurden nach verdienten Protagonisten der schlesischen Arbeiterbewegung, das Theater nach Gerhart Hauptmann umbenannt. Im Juli 1946 fasste der SED-dominierte Rat der Stadt den einstimmigen Beschluss, ein Schinesisches Museum zu gründen, um dort „schlesisches Schrifttum, Werke schlesischer Maler, Graphiker und Bildhauer und Erzeugnisse des schlesischen Gewerbetriebs“ zu sammeln.

Es kam nicht mehr dazu. Die offizielle Politik der SED verhinderte auf Jahre einen positiven Bezug zu Schlesien und seinen Traditionen im Kulturleben der Stadt. Die Vertriebenen selbst bewahrten die Erinnerung und hielten die Verbindung untereinander aufrecht. Vor allem die ehemaligen Bürger Breslaus und der kleinen Städte und Dörfer unmittelbar östlich der Neiße trafen sich regelmäßig, in bestimmten Heimen, Gaststätten und Friseursalons und bei organisierten Spaziergängen an der Neiße. Noch in den frühen Fünfzigerjahren bereiteten „illegale Umsiedlerzusammenkünfte“ in Görlitz der SED Sorgen. Auch von regelrechten Widerstandsgruppen, gebildet von ehemaligen Breslawern und Liegnitzern, die in Görlitz und Umgebung Flugblätter verteilten, ist in Polizeiakten die Rede. Es verwundert nicht, dass beim Aufstand am 17. Juni 1953 in Görlitz sofort Parolen gegen die Oder-Neiße-Grenze laut wurden. Die prekäre soziale Lage und die besondere Zusammensetzung der Bevölkerung machten die Stadt zu einem Brennpunkt des Aufstands.

Auch auf der polnischen Seite der Neiße blieben Flucht und Vertreibung für viele Jahre die bestimmenden Elemente des städtischen Lebens. Nach der ersten Welle der Vertreibung im Mai 1945 kam die polnische Neubesiedlung nur stockend in Gang. Bis ins Frühjahr 1946 dominierte die verbliebene deutsche Bevölkerung, danach sank ihr Anteil schnell. Ende 1947 lebten nur noch 37 Deutsche in Zgorzelec. Die ersten polnischen Bewohner waren ehemalige Gefangene des Kriegsgefangenenlagers und demobilisierte Angehörige der Zweiten Polnischen Armee, die im Frühjahr 1945 zusammen mit der Roten Armee in der Lausitz gekämpft hatte. Das Grenzgebiet war zunächst für Militärkolonisten reserviert; erst Ende 1945 wurden in Zgorzelec zivile Siedler zugelassen. Unter diesen dominierten bald Vertriebene aus den polnischen Ostgebieten, aus den Regionen um Wilna und Lemberg, aus der Gegend um Tarnopol und aus den polnisch-ukrainischen Mischgebieten um Stanisławów. Sie machten im Frühjahr 1947 rund 56 % der Bevölkerung von Zgorzelec aus. Dazu kamen Siedler aus dem Inneren Polens, ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter und zahlreiche durch Krieg und Verfolgung Versprengte, Tschechen, Rumänen, Ungarn. Auch eine recht große jüdische Gemeinde bildete sich. Sie umfasste 1946 rund 550

Personen, schrumpfte dann aber schnell wieder in Folge der Auswanderung nach Palästina.

Große Unsicherheit, ein ständiges Kommen und Gehen bestimmten das Leben in der Stadt. Ende 1949 setzte eine neue Migrationswelle ein. Wie andere Ostblockstaaten musste damals auch Polen auf Geheiß der Sowjetunion einige Tausend Flüchtlinge aus dem Griechischen Bürgerkrieg übernehmen, die überwiegend in den westlichen Grenzgebieten angesiedelt wurden. Zgorzelec wurde zum zentralen Aufnahmeort. Rund 9.000 Menschen fanden hier für einige Jahre Unterkunft; 1950 betrug der Anteil der Griechen und Makedonen 64 % der Bevölkerung. Vorübergehend verwandelte sich die Stadt in ein großes Aufnahmelager vor allem für Kinder und Halbwüchsige ohne Eltern. „Paidopolis“, Kinderstadt, wurde Zgorzelec damals von den Griechen genannt. Die meisten Jugendlichen wurden später in andere Heime in Niederschlesien verlegt. Dennoch blieb eine nennenswerte griechisch-makedonische Minderheit in der Stadt. In den Sechzigerjahren wanderten viele Makedonen nach Jugoslawien aus. Die Griechen konnten erst nach dem Sturz der Militärdiktatur 1974 nach Griechenland zurückkehren.

Eine Wende in der Geschichte von Zgorzelec brachte der Ausbau des Braunkohlekombinats Turów in den Jahren nach 1958. Der Zustrom von Arbeitskräften in die Braunkohle stellte die bislang letzte große Einwanderungswelle dar. In der Folge stabilisierte sich die bis dahin von ständiger Fluktuation geprägte Bevölkerung und wuchs nun schnell an. Erst jetzt wurde die Einwohnerzahl der Görlitzer Oststadt aus der Vorkriegszeit wieder erreicht und bald deutlich überschritten. Eine dynamische städtebauliche Entwicklung setzte ein, neue Quartiere und eine moderne städtische Infrastruktur entstanden. Nach und nach wurde Zgorzelec zu einer „normalen“ polnischen Stadt. Aber in beiden Städten, in Görlitz wie in Zgorzelec, wirkt das Trauma von Flucht und Vertreibung nach. Erst in den letzten Jahren beginnt es langsam zu verblasen.

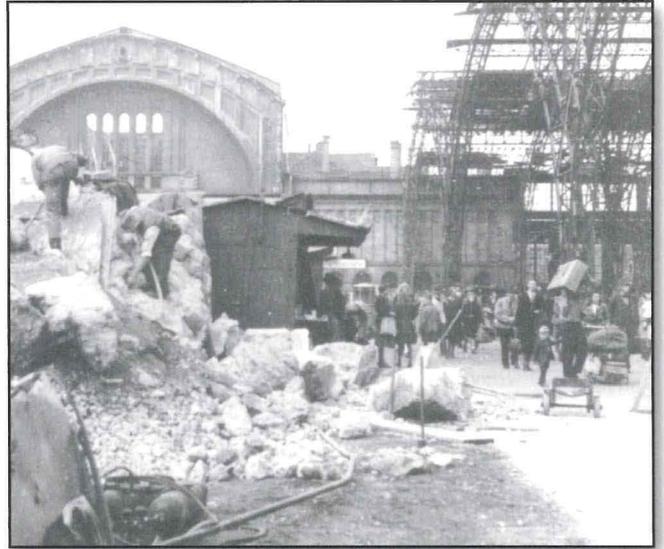
Markus Bauer
Direktor Schinesisches Museum zu Görlitz

UNSERE NEUE HEIMAT

„WIR HABEN SACHSEN VERÄNDERT ...“ – Geschichte vom mühsamen Weg in die Zukunft

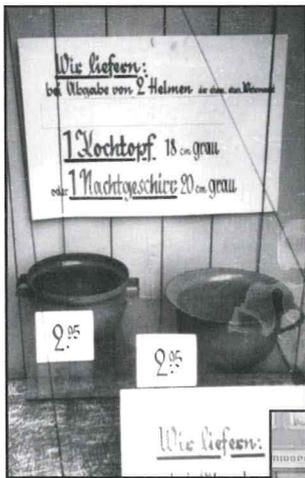
Durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches sowie aus den Siedlungsgebieten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde ein beispielloser Flüchtlingsstrom ausgelöst, der zu einer massiven Änderung der Bevölkerungsstruktur führte.

Von den über 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen lebten 1950 etwa 8,1 Millionen in der damaligen Bundesrepublik, 4,1 Millionen in der DDR und davon rund eine Million in Sachsen.



Flüchtlingfamilien kommen mit dem Rest ihrer Habe auf dem zerstörten Leipziger Hauptbahnhof an, 1945

Foto: Stadtmuseum Leipzig

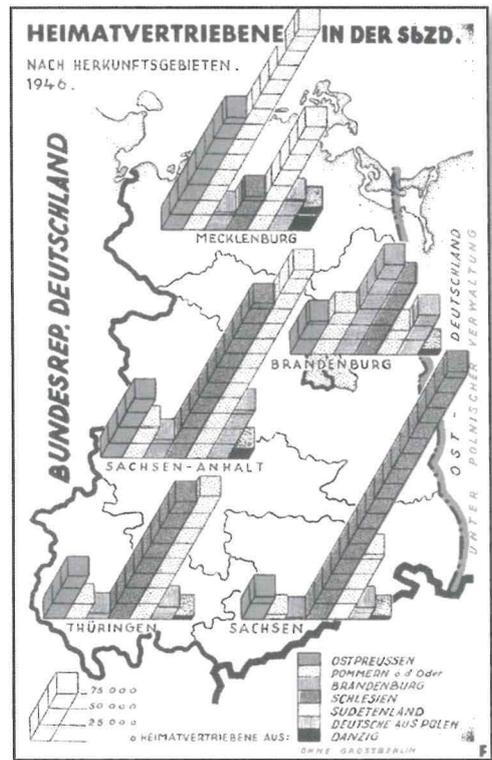


Nachtgeschirr aus Stahlhelmen. Im Schaufenster eines Görlitzer Eisenwarengeschäfts wirbt ein Plakat 1945 für die Umarbeitung alter Stahlhelme zu Kochtöpfen und Nachtgeschirren.

Vertriebene am Trachenberger Platz (mit Karren), Dresden-Trachenberge, 1945



Foto: StUB / Deutsche Fotothek / Erich Höhnke & Erich Poll



1946 war der Anteil der aus Schlesien stammenden Heimatvertriebenen in Sachsen am höchsten

Grafik: Karte nach: Peter Heinz-Schäfer, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954

Menschen mit ihren Habseligkeiten, wartend vor Güterwaggons, ca. 1945



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Flucht und Vertreibung

Die Menschen kamen oft nur mit wenig Hab und Gut an. Ein kleiner Handwagen, ein Rucksack, ein Koffer oder die wenigen Habseligkeiten, die sie am Körper trugen, waren häufig ihr einziger verbliebener Besitz. Hunderttausende verloren auf der wochen- oder gar monatelange Flucht ihr Leben.

Viele Flüchtlinge kehrten in den ersten Wochen nach Kriegsende hoffnungsvoll in ihre Heimat zurück und mussten schließlich als Vertriebene den mühseligen Weg nach Westen ein zweites Mal gehen. Diese Deportation erfolgte dann häufig mit dem Zug.

Zwischenstation Lager

Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden in Lager und Notquartiere eingewiesen oder bei Privatfamilien untergebracht. Häufig gab es Schwierigkeiten im Zusammenleben zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Dennoch stellt die Integration von Millionen, die sich über Jahrzehnte hinzog, eine herausragende Leistung dar.

Foto: SLUB / Deutsche Fotothek / Erich Hähne & Erich Pohl



Alte Frau beim Verteilen von Brot an zwei Kinder, Neuländer Straße, „Lager für Umsiedler“, Dresden-Trachau, 1945



Foto: Stadtbücherei Leipzig

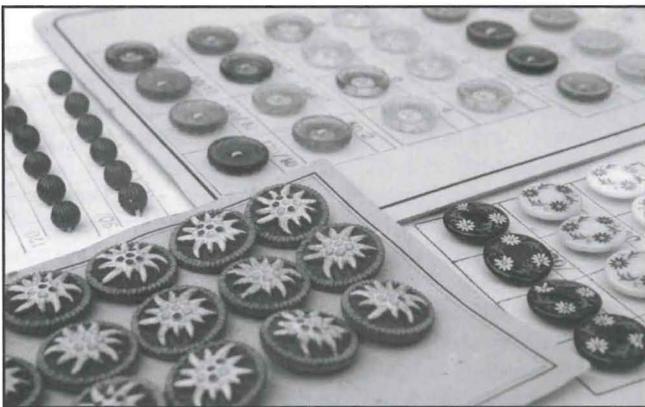
Gasthöfe, Schulen, Turnhallen oder Baracken waren häufig die ersten Quartiere der Vertriebenen. Hier das Quarantänelager Diezmannstraße, Leipzig, 1947

Integration in Sachsen

Diese Ausstellung erzählt vom schweren Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler, von ihren Leistungen beim Aufbau des kriegszerstörten Sachsen.

Nach der Vertreibung aus der Heimat im Juli 1945 lies sich Wenzel Pietsch unweit der Grenze zur Tschechoslowakei nieder. Er mietete eine alte Ziegelei, richtete diese zur Glasbearbeitung ein und fertigte Glasknäpfe. Aufgrund von staatlichen Repressalien musste die Firma 1949 Konkurs anmelden.

Foto: Alexander Abramow



Schlesien in Sachsen

„Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des Sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes [...] hat sich das Volk im Freistaat Sachsen [...] diese Verfassung gegeben.“ (Präambel der sächsischen Landesverfassung)



Foto: Bernd Pichler

Die Kulturarbeit der Vertriebenen wird im Freistaat Sachsen gemäß §96 Bundesvertriebenengesetz durch das Sächsische Staatsministerium des Innern finanziert. Hier auf dem „Zentralen Tag der Heimat im Freistaat Sachsen 2008“ im Gespräch: Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern, mit Bernd-Erwin Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Freiberg, Veronika Bellmann, MdB, sowie Dr. Martin Gillo, MdL.

In Artikel 2 Absatz 4 wird diese Sonderstellung nochmals hervorgehoben. Hier heißt es, dass „im schlesischen Teil des Landes die Farben und das Wappen Niederschlesiens“ neben den Landesfarben „gleichberechtigt geführt werden“ können.

Die Verfassung des Freistaates Sachsen aus dem Jahr 1992 gestattet im „niederschlesischen Gebiet“ die Führung der Farben und des Wappens der ehemaligen preußischen Provinz Niederschlesien. Sie gesteht den Niederschlesiern im Interesse eines gedeihlichen Zusammenlebens bewusst weitgehende Rechte zu.

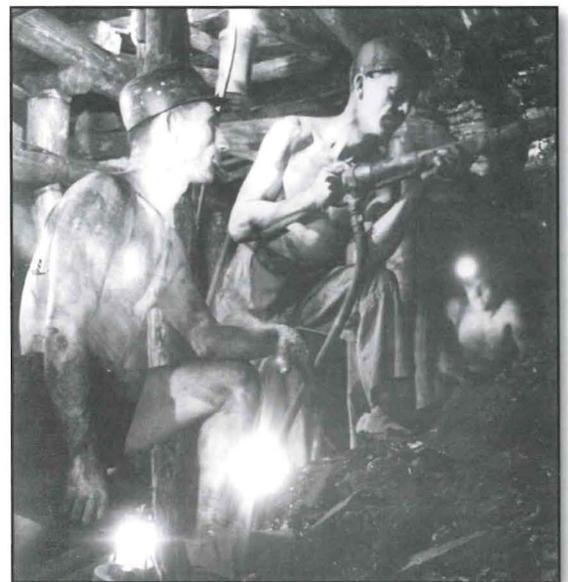


Foto: Deutscher Bundestag

Der Wiederaufbau Sachsens nach 1945 profitierte erheblich von den Heimatvertriebenen, denn unter ihnen waren gut ausgebildete, dringend benötigte Fachkräfte, wie im Bergbau. Auf dem Foto: Kumpel vom Steinkohlebergwerk „Martin Hoop“ in Zwickau, 1955

SACHSEN

VORGESCHICHTE – Zwangsumsiedlung und Vertreibung im Kontext nationalsozialistischer Politik

Millionen von Menschen waren im 20. Jahrhundert von Flucht und Vertreibung betroffen. Kriege, Rassismus und Nationalismus in unterschiedlichen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten gehörten zu den Hauptursachen.

Die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges war die zahlenmäßig größte erzwungene Bevölkerungsverschiebung des 20. Jahrhunderts. Doch darf der Blick nicht auf 1945 verengt und die verhängnisvolle Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht vergessen werden.



Foto: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz

Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Bodenbach (Podmokly), 1938



Foto: Sudetendeutsches Archiv München

Deutsche Frauen im Sudetenland bejubeln den Einmarsch der Wehrmacht mit dem Hitlergruß, Oktober 1938

„Volk ohne Raum“

Die Nationalsozialisten übernahmen dieses in der Weimarer Republik geprägte Schlagwort, um den deutschen Eroberungszug im Osten zu begründen. Schon das Parteiprogramm der NSDAP enthielt unter Punkt 3 die Forderung: „Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“

Territoriale Erweiterung des Herrschaftsgebietes, Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen erfolgten bereits vor dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“) und vor Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939.

Begünstigend für die nationalistische Agitation war die vom größten Teil der Deutschen empfundene „Schmach von Versailles“. Aufgrund des ‚Versailler Vertrags‘ von 1919 verlor Deutschland alle Kolonien und musste folgende Gebiete abtreten, z. T. nach Volksabstimmungen: das Memelgebiet an Litauen, Teile Posens, Westpreußens und Oberschlesiens an Polen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Elsass-Lothringen an Frankreich, Eupen-Malmédy an Belgien, Nordschleswig an Dänemark.

Danzig kam als freie Stadt unter die Hoheit des Völkerbundes und das Saargebiet wurde für 15 Jahre der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt. Weniger als 20 Jahre später setzte Hitler den Revanchegeanken in aggressive Politik um.

Foto: Deutsches Bundesarchiv



Der „Hitler-Stalin-Pakt“ garantierte Deutschland die sowjetische Neutralität bei einer Auseinandersetzung mit Polen und den Westmächten. Der deutsche Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (sitzend) bei der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags, stehend vorn rechts: J. W. Stalin, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare W. M. Molotow, der sowjetische Botschafter in Berlin, Schkwarzew, sowie der sowjetische Generalstabschef B. M. Schaposchnikow, Moskau, 28. September 1939

Hitlergegner aus Graslitz (Kraslice) auf dem Wege nach Dachau, Oktober 1938



Foto: Sudetendeutsches Archiv München

Vertreibung der deutschen Juden

Die ersten Deutschen, die zu Tausenden aus Niederschlesien vertrieben wurden, waren Breslauer Juden. Nach der Reichspogromnacht 1938 wurden 3000 jüdische Männer aus Breslau von den Nationalsozialisten in das KZ Buchenwald verschleppt.

Auch in den „angeschlossenen“ Gebieten des Deutschen Reiches, in Österreich und in der Tschechoslowakei brannten die Synagogen, wurden jüdische Geschäfte geplündert und Tausende Juden in Konzentrationslager eingeliefert, wo für viele diese „Vertreibung“ in der Vernichtung endete.

1872 wurde in Breslau die „Neue Synagoge“ geweiht, deren Gemeinde liberal orientiert war. Während der Reichspogromnacht wurde das Gebäude von einer SA-Gruppe in Brand gesteckt.



Grafik: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Hirschfeld (1870) von Bruno Heinrich Stanzinger (1832–1910)



Foto: Sudendeutsches Archiv München

Brennende Synagoge in Reichenberg (Liberec) am 10. November 1938

„Heim ins Reich“ – die Repatriierungen

Etwa 900.000 Menschen, sogenannte „Volksdeutsche“, wurden seit den dreißiger Jahren im Rahmen der sogenannten Repatriierung aus Ostpolen, den baltischen Staaten, der Sowjetunion, aus Rumänien und Jugoslawien umgesiedelt und in die Grenzen des vergrößerten Deutschen Reiches gebracht.

Hunderttausende Menschen, vor allem im besetzten Polen, wurden dafür aus ihren Häusern vertrieben.

Das Münchner Abkommen

Infolge des Münchner Abkommens zwischen den Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und des Deutschen Reiches im September 1938 wurde das überwiegend deutsch besiedelte sogenannte Sudetenland Teil des Deutschen Reiches. Tschechoslowakische Bürger, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollten, mussten ihr Zuhause verlassen.



Foto: photo.culture.org

Tschechische Familien werden im Herbst 1938 nach dem Münchner Abkommen aus dem Grenzgebiet vertrieben.

In den ersten Wochen flüchteten über 150.000 Menschen im Zuge der Eskalation von Gewalt in das Landesinnere, zusammen mit Zehntausenden Juden und deutschen Gegnern des Nationalsozialismus.



Foto: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz / Deutscher



Foto: Heidebrunnen, Alenburg

Wolhynien, Der große Treck, Umsiedlung der „Volksdeutschen“ 1940 in die Provinz Posen (Bild unten) und Ankunft von „Volksdeutschen“ aus Litauen im Auffanglager Bojahren, Februar 1941 (Bild oben).

UNSERE NEUE HEIMAT

FLUCHT VOR DER ROTEN ARMEE – in Richtung Westen zu Fuß, per Treck, bei eisiger Kälte

Bilder von endlosen Trecks, die bis heute unsere Vorstellung von der Flucht der Deutschen prägen, stammen in der Regel aus Ostpreußen.

Im Spätherbst 1944 begann hier die Flucht der Deutschen vor der heranrückenden Roten Armee.

Die Rote Armee erreichte Ostpreußen im Oktober 1944. Sie richtete unter der Zivilbevölkerung der Ortschaft Nemmersdorf ein Massaker an. Die Bilder des Massakers wurden von der NS-Propaganda weit verbreitet und sollten deutlich machen, was auf die Deutschen bei einer Niederlage zukommen würde.



In Richtung Westen bewegen sich die zahllosen Flüchtlinge, 1945

Foto: Deutsches Bundesarchiv



Aufnahme von Flüchtlingen aus Königsberg durch das Kriegsschiff F.S.S. „Wedel“, 1945

Foto: Deutsches Bundesarchiv

Frühzeitige Evakuierungen wurden durch das nationalsozialistische Regime mit Durchhalte-Parolen abgelehnt. Befehle der Gauleiter zur Evakuierung der Bevölkerung kamen oft eindeutig zu spät, wie im Fall der Städte Breslau oder Königsberg.

Deutsche Aufnahme der Propagandakompanie von in Nemmersdorf gefundenen Toten, Oktober 1944

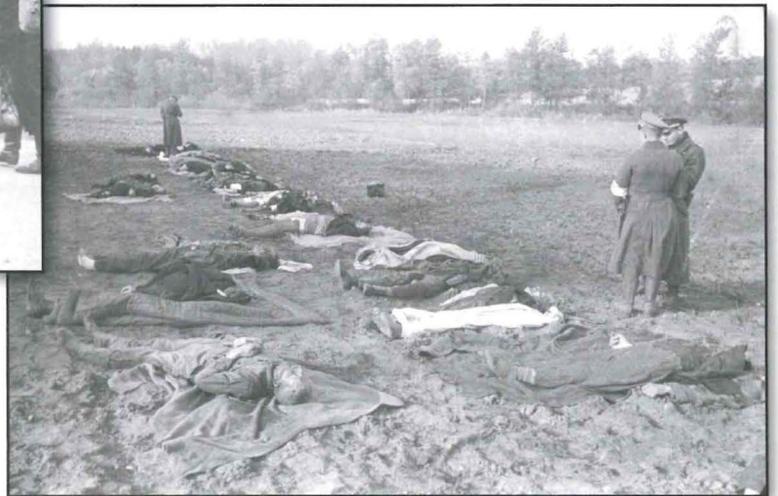


Foto: Deutsches Bundesarchiv

Ein von der Front überrollter und zerschossener Flüchtlingstreck nördlich von Königsberg im März 1945. Im Vordergrund erschossene Pferde und Wagen; im Hintergrund ein deutscher Panzer VI Tiger.



Foto: SV-Bilderdienst

Flucht über das Frische Haff

Ende Januar 1945 hatte die Rote Armee Ostpreußen eingekreist und so vom restlichen Reichsgebiet abgeschnitten. Deutsche Flüchtlingstrecks versuchten den Weg entlang der Ostseeküste über das zugefrorene, ungeschützte Frische Haff. Sie hofften, nach etwa acht Kilometern die Frische Nehrung, eine schmale Landzunge an der Ostsee, zu erreichen und von dort aus zum Danziger Hafen zu gelangen.

Die Trecks gerieten häufig in das Feuer sowjetischer Tiefflieger. Zahlreiche Flüchtlinge wurden verletzt, erfroren oder ertranken, als die Fuhrwerke in das Eis einbrachen.



Foto: Deutsches Bundesarchiv, Hübner, BgH/19

Deutsche Zivilisten im Februar 1945 in Danzig (Gdańsk) und Umgebung; auf der Flucht vor der herannahenden Roten Armee haben sie ihre Heimat verlassen, 20./21. Februar 1945

Mit Wagen und zu Fuß

Mit Beginn der sowjetischen Offensive am 12. Januar 1945 entschieden sich Hunderttausende Zivilisten zur Flucht aus den Ostgebieten. Die Berichte der Fliehenden und der gleichzeitige Vormarsch der Roten Armee verursachten gewaltige Flüchtlingstrecken (nach Ostpreußen folgten Hinterpommern, Danzig-Westpreußen, Ostbrandenburg und Schlesien). Außerdem flohen deutsche Bevölkerungsteile aus Zentralpolen und anderen ostmitteleuropäischen Regionen.

Ziele waren zunächst vor allem Sachsen und Thüringen sowie das Sudetenland. Bei klirrender Kälte zogen Tausende Trecks über die verschneiten Landstraßen. Die Menschen flohen zu Fuß, mit Handwagen, Schlitten oder Pferdefuhrwerken. Mütter schoben kilometerweit Kinderwagen mit Kleinkindern. Die hygienische und medizinische Versorgung war katastrophal. Auch Lebensmittel und Trinkwasser waren knapp, Kleidung und die „Fluchtausrüstung“ vielfach denkbar ungeeignet.

Viele Flüchtlinge schleppten unhandliche, schwere Koffer. Zehntausende erfroren oder verhungerten, starben an Krankheiten (Ruhr, Typhus), durch Tieffliegerangriffe oder wurden durch die Panzer der Roten Armee überrollt. Die Bevölkerung größerer Städte wurde, solange dies möglich war, mit der Eisenbahn transportiert.

Treck von ostpreußischen Flüchtlingen bei Braunsberg (Braniewo), Januar 1945



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Der Weg übers Meer

Zwei bis drei Millionen Flüchtlingen gelang die Flucht über die Ostsee auf überfüllten Flüchtlingsschiffen. Viele drängten sich verzweifelt in den Häfen. Ein Platz auf den wenigen Schiffen zu bekommen, bedeutete aber keineswegs Sicherheit.

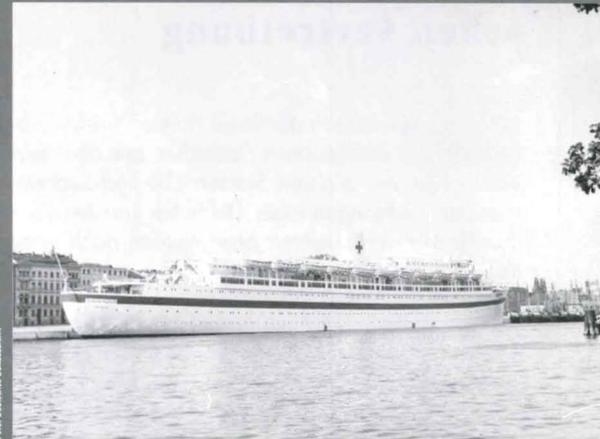


Foto: Deutsches Bundesarchiv

Das ehemalige Kdf-Schiff „Wilhelm Gustloff“ als Lazarettschiff am Bollwerk von Stettin, ca. 1939/1940

Die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ am 30. Januar 1945 ist bis heute die größte Schiffskatastrophe der Menschheit.

Das ehemalige Kreuzfahrtschiff legte in Gdingen völlig überladen mit schätzungsweise 8.800 Zivilisten und 1.500 Wehrmachtangehörigen an Bord ab. Das Schiff versank, getroffen von sowjetischen Torpedos. Nur 1.239 Passagiere konnten gerettet werden.

Foto: Deutsches Bundesarchiv

Anordnung!

**Frauen jeden Alters
sowie männliche Jugendliche
unter 16 Jahren und Männer
über 60 Jahre
haben das Stadtgebiet von
Breslau zu verlassen!**

**Um den Abtransport von Kranken und
Gebrechlichen weiter zu ermöglichen,
setzen sich alle Gehfähigen
zu Fuß in Marsch.**

Breslau, den 26. Januar 1945

Hanke

Geübler und Reichsverteidigungskommissar

„Anordnung! Frauen jeden Alters sowie männliche Jugendliche unter 16 Jahren und Männer über 60 Jahre haben das Stadtgebiet von Breslau zu verlassen!“ Der Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Niederschlesien, Karl Hanke, ordnete erst im Januar 1945 die Evakuierung der Zivilbevölkerung von Breslau an.

SACHSEN

UNSERE NEUE HEIMAT

VERTREIBUNG AUS DER HEIMAT: von der wilden zur systematischen Vertreibung

Nach dem Einmarsch der Roten Armee 1944/45 begann die Vertreibung der verbliebenen Deutschen aus den deutschen Ostprovinzen und den anderen Staaten Ost- und Südosteuropas. Entgegen den Hoffnungen vieler Deutscher konnten sie nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren bzw. wurden nach einer erfolgreichen Rückkehr wieder ausgewiesen.

Die expansionistische, menschenverachtende Politik des nationalsozialistischen Regimes hatte entsetzliche Opfer gefordert. Nach dem nationalsozialistischen Terror schien ein Zusammenleben mit den Deutschen kaum mehr möglich zu sein. Hass und Zerstörung, willkürliche Übergriffe, Morde, Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Enteignungen, Demütigungen und Repressalien waren die Antwort auf die Verbrechen der Nationalsozialisten.



Foto: BfV Bonn



Foto: Sudetendeutsches Archiv München

Vertriebene Sudetendeutsche auf dem Weg zum Transport (Bild oben) und bei ihrer Ankunft in Deutschland, 1945



Foto: Sudetendeutsches Archiv München

Die deutsche Bevölkerung der Stadt Brünn, heute Brno, wird Ende Mai 1945 zusammengetrieben.

Genauere Anweisung der Bezirksverwaltungskommission von Kraslice, vormals Glaslitz, an die deutsche Bevölkerung über die Mitnahme von Gepäck auf den Transporten, 1946

Okresní správní komise v Kraslicích.

Upozornění.

Byty, opuštěné osobami odcházejícími do sběrného střediska, musí býti zanechány v pořádku a čisto.

Na jednu osobu přípustno zavazadlo do váhy 60 kg a ruční zavazadlo nejvýše do 10 kg.

Ostatní věci buďtež zanechány na místě v bytě jako záclony, koberce, stolní lampy, náslenná zrcadla, mycí mísy, součástky nábytku, na stole ubrusy, potom 2 ručníky, v postelích slavníky, prostěradla a alespoň po jednom polštáři a přikrývce, vše čistě povlečené.

Zavazadlo nesmí být baleno do koberců a povlaků.

Bude-li prohlídkou zjištěno, že nebylo dbáno tohoto upozornění, nebude dotyčná osoba přijata do odsunu, nýbrž poslána do vnitrozemí na práci.

Übersetzung.

Personen, welche für den Abtransport bestimmt sind, haben ihre Wohnung in vollster Ordnung zu verlassen.

Gepäck wird für eine Person zugelassen: 1 Gepäckstück von 60 kg und Handgepäck von höchstens 10 kg.

Die übrigen Sachen sind in der Wohnung an Ort und Stelle zu lassen z.B. Vorhänge, Teppiche, Tischlampen, Wandspiegel, Waschsüsseln, Teile der Einrichtung, Tischdecken, 2 Handtücher, in Betten Matratzen, Bettlaken und mindestens je ein Kopfkissen und Zudeckbett alles frisch bezogen.

Das Gepäck darf nicht in Teppiche oder Ueberzüge gepackt werden. Wird bei der Kontrolle festgestellt, dass dies nicht beachtet wurde, wird die betreffende Person nicht in den Transport aufgenommen, sondern ins Inland auf Arbeit geschickt.

Okresní správní komise, Kraslice.

Wilde Vertreibungen

Mit Duldung der Sowjets setzten bereits im Frühjahr 1945 in Polen und in der Tschechoslowakei die ersten „wilden“ Vertreibungen ein – willkürliche Aussiedlungen, denen jede gesetzliche Grundlage fehlte. Die neu eingesetzten tschechischen und polnischen Verwaltungen organisierten die Vertreibungen lokal. Die Deutschen mussten in kürzester Zeit ihre Sachen packen.

Die Vertreibungen waren häufig begleitet von brutalen Übergriffen und Ausschreitungen, in denen sich aufgeregter Hass entlud oder persönliche Rechnungen beglichen wurden. Auch in Jugoslawien entlud sich der Hass gegen die deutsche Minderheit für die von der Wehrmacht verübten Kriegsverbrechen. Ein Teil der Deutschen war beim Rückzug der Deutschen Wehrmacht 1944 geflohen. Alle verbliebenen Deutschen wurden bis Mai 1945 in Lager gebracht. Etwa ein Drittel der Internierten kam um.

Nur wenige Mitglieder der noch schwach besetzten neuen Verwaltungen stellten sich dem Terror, häufig auch dem seitens der eigenen Milizen, entgegen. Die neuen Regierungen boten keinen Schutz – im Gegenteil: Die später erlassenen Gesetze, Verordnungen und Dekrete leisteten den Ausschreitungen Vorschub: Entrechtung, Enteignung und Terror sollten die geplante Zwangsaussiedlung der Deutschen beschleunigen.

Systematische Vertreibung

Die Vertreibung war zunächst nicht explizit gesetzlich geregelt. Erst die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz stellten die schon laufende Vertreibung Millionen Deutscher de facto auf eine völkerrechtliche Grundlage.

Mit „Berliner Konferenz“ ist hier die „Potsdamer Konferenz“ gemeint – ein oft verwendeter Terminus, da Berlin noch als Hauptstadt galt.

Kollektives monatlich - Preis 20 Pfg

Breslau, Dienstag, 7. August 1945

Volkszeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen

Beschlüsse von historischer Bedeutung

Das Dokument der Berliner Konferenz

Die Periode des Krieges in Europa ist zu Ende - Die Periode des friedlichen Aufbaus hat begonnen - Das deutsche Volk muß sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen!

I.

Am 17. Juli 1945 haben sich die Führer der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissionen des Landes der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie der General der Armee der Sowjetunion, Joseph Stalin, in Potsdam zusammengekommen.

III. Über Deutschland

Alle vier Alliierten haben sich einig über Deutschland gemacht, und die deutsche Volk (das deutsche Volk) wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

Politische Entscheidungen und Vereinbarungen

Die vier Alliierten haben sich einig über die politische Zukunft Deutschlands gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

Politische und wirtschaftliche Grundfälle, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß

Die vier Alliierten haben sich einig über die politischen und wirtschaftlichen Grundfälle für Deutschland gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

II. Die Errichtung eines Rates der Außenminister

Die vier Alliierten haben sich einig über die Errichtung eines Rates der Außenminister gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

A. Politische Grundfälle

Die vier Alliierten haben sich einig über die politischen Grundfälle für Deutschland gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

Das Dokument der Berliner Konferenz

Die vier Alliierten haben sich einig über die politische Zukunft Deutschlands gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

VI. Kriegsverbrecher

Die vier Alliierten haben sich einig über die Verurteilung von Kriegsverbrechern gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

V. Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine

Die vier Alliierten haben sich einig über die deutsche Kriegs- und Handelsmarine gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

B. Wirtschaftliche Grundfälle

Die vier Alliierten haben sich einig über die wirtschaftlichen Grundfälle für Deutschland gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

VII. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die vier Alliierten haben sich einig über die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

IV. Reparaturen aus Deutschland

Die vier Alliierten haben sich einig über die Reparaturen aus Deutschland gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

VIII. Österreich

Die vier Alliierten haben sich einig über Österreich gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

IX. Polen

Die vier Alliierten haben sich einig über Polen gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

IX. Polen

Die vier Alliierten haben sich einig über Polen gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

X. Der Abschluss der Friedensverträge und Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen

Die vier Alliierten haben sich einig über den Abschluss der Friedensverträge und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XI. Territoriale Treuhänderschaft

Die vier Alliierten haben sich einig über die Territoriale Treuhänderschaft gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XII. Verfahrensregeln bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Die vier Alliierten haben sich einig über die Verfahrensregeln bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XII. Verfahrensregeln bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Die vier Alliierten haben sich einig über die Verfahrensregeln bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XIII. Ordnungsmäßige Überführung deutscher Besatzungsglieder

Die vier Alliierten haben sich einig über die Ordnungsmäßige Überführung deutscher Besatzungsglieder gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XIII. Ordnungsmäßige Überführung deutscher Besatzungsglieder

Die vier Alliierten haben sich einig über die Ordnungsmäßige Überführung deutscher Besatzungsglieder gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XIV. Militärische Verpflichtungen

Die vier Alliierten haben sich einig über die militärischen Verpflichtungen gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

XIV. Militärische Verpflichtungen

Die vier Alliierten haben sich einig über die militärischen Verpflichtungen gemacht. Die deutsche Bevölkerung wird sich im friedlichen demokratischen Aufbau betätigen.

Die Potsdamer Konferenz

Die führenden Politiker der Siegermächte UdSSR (Josef Stalin), USA (Harry S. Truman) und Großbritannien (zunächst Winston S. Churchill, dann Clement R. Attlee) verhandelten im August 1945 im Potsdamer Schloss Cecilienhof über die Neuordnung Europas und das künftige Schicksal Deutschlands. Frankreich trat den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz am 7. August 1945 unter Vorbehalt bei.



„Die großen Drei“ und die Außenminister, Potsdam, Juli 1945

Ein umstrittenes Thema war die Behandlung der deutschen Ostgebiete. Die Rote Armee hatte bereits in den Gebieten jenseits von Oder und Lausitzer Neiße eine gemeinsame polnische und sowjetische Verwaltung eingerichtet. Die Westmächte erkannten die Oder-Neiße-Linie zwar an, eine endgültige Festlegung der deutschen Grenzen sollte aber erst in einem Friedensvertrag erfolgen.

Mit Artikel XIII des Potsdamer Abschlussprotokolls vom 2. August 1945 akzeptierten sie jedoch die „Überführung“ der in diesen Gebieten wohnenden Deutschen „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“.

Das Dokument der Berliner Konferenz

Die Liste der Delegation für die Sowjetunion:

Der Präsident des Rates der Volkskommissionen des Landes der Vereinigten Staaten Republik, Franklin D. Roosevelt, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissionen des Landes der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, der General der Armee der Sowjetunion, Joseph Stalin, der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrei Gromyko, der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrei Gromyko, der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrei Gromyko.

Die Liste der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, der stellvertretende Außenminister der USA, Acheson, der stellvertretende Außenminister der USA, Acheson, der stellvertretende Außenminister der USA, Acheson, der stellvertretende Außenminister der USA, Acheson.

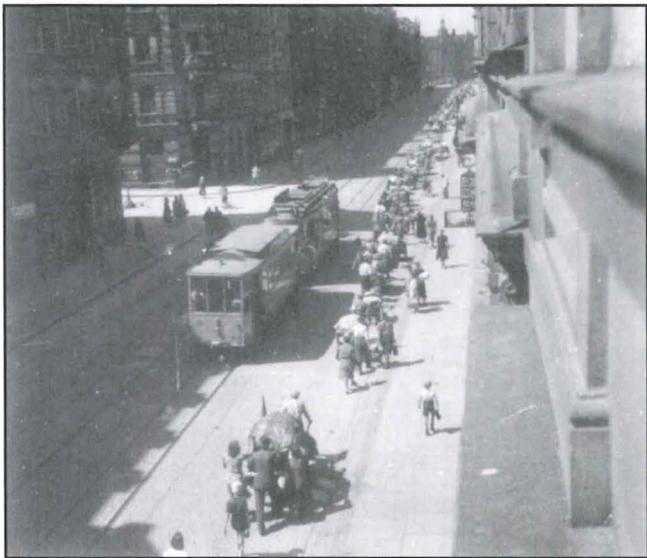
Die Liste der Delegation für das Vereinigte Königreich:

Der Premierminister des Vereinigten Königreichs, Winston S. Churchill, der stellvertretende Außenminister des Vereinigten Königreichs, Attlee, der stellvertretende Außenminister des Vereinigten Königreichs, Attlee, der stellvertretende Außenminister des Vereinigten Königreichs, Attlee.

Unterzeichnet: J. Stalin, Harry Truman, C. R. Attlee

VERTREIBUNG AUS DER HEIMAT: Systematische Vertreibungen in deutsch besiedelten Gebieten Osteuropas

Foto: Staat- und Research-Galerie/Fotostammlung/Unbekannter Fotograf



Bereits auf sächsischem Boden: Vertriebene ziehen durch Görlitz, die Landeskronstraße entlang, 1945

Sonderbefehl zur Vertreibung der deutschen Bewohner von Bad Salzbrunn, heute Szczawno Zdrój, in Niederschlesien, 14. Juli 1945


Sonderbefehl
für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn
einschliesslich Ortsteil Sandberg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschliesslich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bf. Bad Salzbrunn-Abelsbacher Weg in einer Marchkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Abelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hauschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.
Abschnittskommandant
(-) Zinkowski
Oberstleutnant

Dokument: Sudetendeutsches Archiv, München



Foto: Sudetendeutsches Archiv, München

Vertriebenentransport aus dem Lager Buchau im Sudetenland (heute Bochov), 1946

Nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz sollte die systematische Zwangsaussiedlung erst Anfang des Jahres 1946 beginnen.

Jedoch wurden tausende Deutsche aufgrund von Anordnungen in Form von Umsiedlungs- oder Sonderbefehlen der unteren Verwaltungsebenen bereits im Sommer und Herbst 1945 in die sowjetische Besatzungszone vertrieben.

Die Zwangsaussiedlung in die amerikanische und britische Zone wurde erst ab Anfang des Jahres 1946 möglich, denn erst ab diesem Zeitpunkt ließen deren Besatzungsmächte dies zu.

Polen – Polnische Rechtsakte

Die systematische Vertreibung der Deutschen in die Sowjetische Besatzungszone begann im Juli 1945. Zuerst wurden Alte, Kranke und alleinstehende Frauen mit kleinen Kindern ausgesiedelt. Ein Gesetz vom 6. Mai 1945 „über das verlassene und aufgegebene Vermögen“ regelte, dass „alle unbeweglichen und beweglichen Vermögen des deutschen Staates, reichsdeutscher juristischer Personen und deutscher Staatsangehöriger, gleich ob die Eigentümer geflohen oder noch anwesend waren“, an den polnischen Staat übergangen.

Auf Veranlassung der britischen Militärregierung in Deutschland begann am 14.2.1946 unter der Bezeichnung „Operation Schwalbe“ der Transport von deutschen Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die britische Zone. Von der fünfmonatigen Aktion waren rund eine Million Vertriebene betroffen.

Die Vertreibung aus Polen war 1950 weitgehend abgeschlossen; hier hatte die größte Vertreibungswelle im Jahr 1946 stattgefunden. 1948 wurden die Deutschen, die noch im nördlichen, nun zur Sowjetunion gehörigen Ostpreußen lebten, vertrieben. Die Letzten verließen Königsberg 1950. Am Ende blieben nur noch die Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen übrig. Viele wurden nach Sibirien verschleppt und als „menschliche Reparationsleistung“ bis 1955 zurückgehalten.

Ungarn, Rumänien

In Ungarn verließ etwa die Hälfte der deutschen Minderheit bis 1946 zwangsweise ihre Heimat.

Den Deutschen in Rumänien blieb eine Vertreibung erspart, doch wurden schätzungsweise 100.000 von ihnen in die UdSSR verschleppt und mussten dort Zwangsarbeit leisten.

Tschechoslowakei – Die Beneš-Dekrete

Die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen aus der 1945 wieder gegründeten Tschechoslowakei wird für viele durch eine Person symbolisiert: den Staatspräsidenten Edvard Beneš.

Die Beneš-Dekrete, die am 28. Oktober 1945 von der Nationalversammlung beschlossen wurden, waren die rechtliche Grundlage für die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Sie definierten die genauen Bedingungen und rechtlichen Schritte, in deren Folge die Deutschen ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, ihren Besitz und all ihre Rechte verloren.

Foto: Sudetendeutsches Archiv, München



Armbinden zur Kennzeichnung Deutscher in der Tschechoslowakei. Das „N“ steht für „Némeč“ (Deutscher).

Führende tschechoslowakische Politiker, zu denen auch Edvard Beneš gehörte, dachten nach der Zerschlagung der Vorkriegs-Tschechoslowakei infolge des Münchner Abkommens vom September 1938 und während ihrer Londoner Emigration verstärkt über eine Reduzierung der deutschen Minderheit im zukünftigen neuen tschechoslowakischen Staat nach.

Zu dieser Zeit planten sie Grenzkorrekturen und Bevölkerungsaustausch, aber noch keine massenhafte Zwangsaussiedlung der Deutschen. Mit dem Münchner Abkommen, ausgehandelt zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, war das Sudetenland an das Deutsche Reich „angeschlossen“ worden – mit großer Zustimmung der Sudetendeutschen.

Die Aussiedlungspläne der tschechoslowakischen Politiker richteten sich auch gegen die in der Südslowakei lebende ungarische Minderheit. Deren Gebiet war für kurze Zeit zwischen 1940 und 1945 Ungarn zugesprochen worden. Nach den Vorstellungen tschechoslowakischer Politiker stand diese Minderheit einer ethnischen Homogenität der neuen Tschechoslowakei entgegen. Die Forderung nach Zwangsaussiedlung der ungarischen Minderheit ließ sich nach Kriegsende international nicht durchsetzen und erhielt keine Unterstützung der Siegermächte.

Die Vertreibung der meisten Deutschen aus der Tschechoslowakei war bis zum Herbst 1946 abgeschlossen. Die zurückbehaltenen Fach- und Zwangsarbeiter und die deutschen Antifaschisten blieben zunächst. 1947 erreichten die anti-deutschen Anfeindungen jedoch ein derartiges Ausmaß, dass die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten das Land, gegenüber dem sie sich immer loyal verhalten hatten, ebenfalls verließen.

Jugoslawien – Die AVNOJ-Bestimmungen

In Jugoslawien wurden am 21. November 1944 die Verordnungen des „Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) wirksam. Einer der Beschlüsse beinhaltete, dass „sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit außer dem derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben“, in das Eigentum des neuen jugoslawischen Staates übergehen sollten.

Insbesondere die Habsburger Monarchie betrieb mit dem Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Herrschaftskonsolidierung eine intensive Siedlungspolitik. Die Donauschwaben stärkten die Wirtschaftskraft des Landes und schufen an der südöstlichen Peripherie des Habsburgerreiches stabile demographische und politische Verhältnisse.

Nahezu im gesamten mittleren Donauraum, wurden die deutschen Siedler von ihren magyrischen, südslawischen und rumänischen Nachbarn, wie auch von bulgarischen, slowakischen und tschechischen Zuwanderern ‚Schwaben‘ genannt.

Foto: Landsmannschaft der Banater Schwaben, Landsmannschaft Bayern

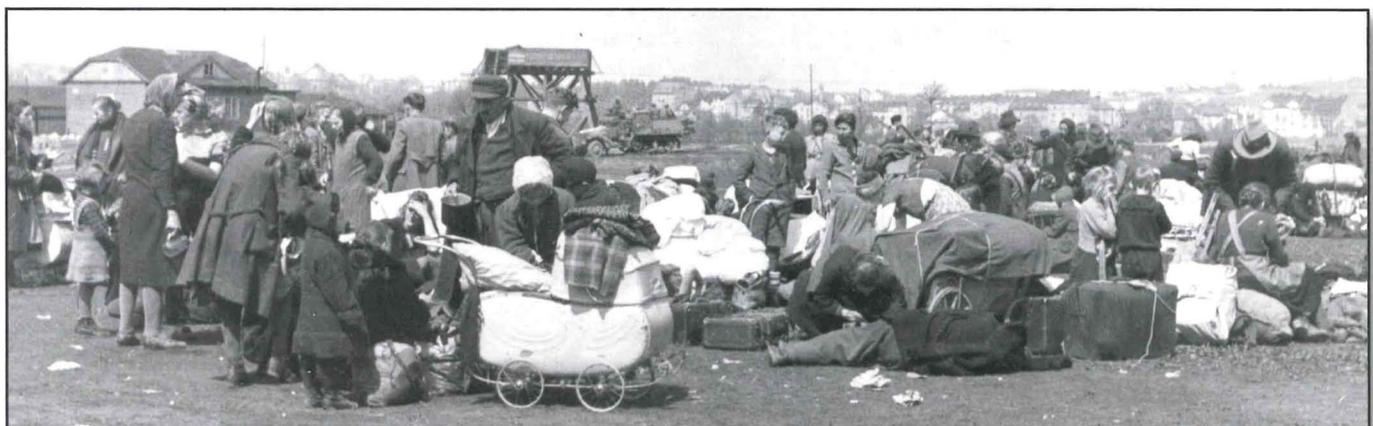


Im Zuge des Konflikts zwischen Stalin und Tito wurde im Juni 1951 die rumänisch-jugoslawische Grenze „gesichert“ und von „Staatsfeinden“ gesäubert. Über 40.000 Banater Schwaben (eine Bevölkerungsgruppe deutscher Nationalität), Rumänen, Serben und Bulgaren aus dem rumänischen Grenzgebiet zu Jugoslawien wurden in die Baragan-Steppe im Südosten des Landes deportiert und mussten dort, auf freiem Feld abgeladen, eine neue Existenz aufbauen. Auf dem Bild die banatschwäbische Familie Jakob Thöress aus der Gemeinde Billed (im Banat) nach der Ankunft im Verbannungsort Olaru. Olaru sollte für die nächsten fünf Jahre die „neue Heimat“ werden.

Eine Karte auf Seite 67 zeigt die Siedlungsgebiete der Donauschwaben in Jugoslawien bis Mai 1945.

Zur Zwangsaussiedlung bestimmte Sudetendeutsche aus Pilsen (Plzeň) sind zum Abtransport zusammengetrieben worden.

Foto: Sudetendeutsches Archiv



ANKUNFT IN SACHSEN – Suche nach einer Bleibe, nach Lebensmitteln und Informationen

Im Herbst 1944 erreichten die ersten Flüchtlinge, vor allem aus Ostpreußen, die sächsische Grenze. Bis Januar 1945 waren fast 150.000 von ihnen, teilweise mit Trecks und teilweise mit der Eisenbahn, in Sachsen angekommen.

Bis zum Kriegsende erfolgte die Versorgung durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Ab Mai 1945 war es die sowjetische Besatzungsmacht, welche nun am stärksten mit den Folgen der Vertreibungen konfrontiert war, zu denen sie allerdings auch am meisten beigetragen hatte.



Rotarmisten bei der Essensausgabe aus der Feldküche an Deutsche, Dresden, 1945



Fotos: SÜB / Deutsche Fotostock / Erich Höhne & Erich Pohl

Alte Frau beim Verteilen von Brot an zwei Kinder, Neuländer Straße, „Lager für Umsiedler“, Dresden-Trachau, 1945



Fotos: SÜB / Deutsche Fotostock / Erich Höhne & Erich Pohl



Flüchtlingfamilie mit Handwagen auf der Augustusbrücke (oben) und Vertriebene am Trachenberger Platz (mit Karren), Dresden-Trachenberg, 1945

Ankunft vor Kriegsende

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt begann mit dem Aufbau einer Flüchtlingsbetreuung. Schulen und öffentliche Gebäude sowie Behelfsheime, ursprünglich für Ausgebombte eingerichtet, wurden nun von Flüchtlingen genutzt.

Mit Beginn der letzten Winteroffensive der Roten Armee am 12. Januar 1945 setzte die weitaus größere Fluchtbewegung aus Schlesien ein. Die Lage wurde mit der zunehmenden Zahl der Flüchtlinge immer schwieriger.

Besonders nach den schweren Bombenangriffen auf Dresden am 13. und 14. Februar gab es für die Flüchtlinge meist kein Quartier in den Städten mehr. Viele von ihnen fanden Unterkunft auf Bauernhöfen, in Scheunen, Bahnhöfen, leerstehenden Baracken und stillgelegten Fabriken, in Gasthöfen oder lagerten im Wald.

Chaotisch wurde die Situation, als Mitte April 1945 die Streitkräfte der amerikanischen Armee und der Roten Armee zeitgleich sächsischen Boden betraten. Nun flüchteten auch tausende Sachsen in westliche Richtung aus Angst vor den Soldaten der Roten Armee.

Am Ende des Krieges befanden sich schätzungsweise ein bis zwei Millionen Flüchtlinge auf sächsischem Boden. Hunderttausende waren Anfang Mai unterwegs auf der Suche nach einer Bleibe, nach Lebensmitteln und Informationen.

Ankunft nach Kriegsende

Das Kriegsende am 8. Mai 1945 stärkte insbesondere bei den schlesischen Vertriebenen, deren zu Hause nicht so weit entfernt war, den Wunsch nach schneller Rückkehr in die Heimat. Kaum einer glaubte den vereinzelt Gerüchten über eine zukünftige Zwangsaussiedlung. Unzählige Trecks fuhren zurück in Richtung Osten über Neiße und Oder, bis am 2. Juni 1945 die neue deutsch-polnische Grenze abgeriegelt wurde. Den folgenden Trecks war der Weg versperrt.

Als Mitte Mai 1945 die wilden Vertreibungen aus der Tschechoslowakei und ab dem 20. Juni aus Niederschlesien begannen, wurde die Situation noch dramatischer; besonders in den sächsischen Kreisen, die unmittelbar an die Vertreibungsgebiete grenzten.

Auch die kriegszerstörten Städte waren völlig überfüllt. vielerorts wurden die Neuankömmlinge misstrauisch als „Habenichtse“ begüßt und nicht selten feindselig behandelt. Viele Vertriebene hatten nur ihr nacktes Leben retten können.

Es mangelte an den elementarsten Dingen: Wasser, Lebensmittel, Medikamente, Wohnraum, Kleidung, Heizmaterial. Die Flüchtlinge und Vertriebenen organisierten oft „Hamsterfahrten“ in die ländliche Umgebung, wo sie nicht selten Kartoffeln und anderes stahlen. Dies verschärfte die Situation zwischen den Einheimischen und den Neuankömmlingen.

Bericht über die Zustände während der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten

„... Aus einer Veröffentlichung der alliierten Siegermächte wissen wir, daß die Evakuierung in humaner Form vorgenommen werden soll, und daß insbesondere Betten, Küchengeräte, Bekleidung und Wäsche mitgenommen werden sollen. Dieser Anordnung sind die Polen in keiner Weise nachgekommen, im Gegenteil.“



Foto: SLOB / Deutsche Fotothek / Erich Höfner & Erich Polk

Neuankömmlinge mit ihrer persönliche Habe vor den Baracken, Neuländer Straße, Lager für Umsiedler, Dresden-Trachau, 1945

Es hat uns sehr befremdet, daß diesmal bei der Evakuierung, im Gegensatz zu denen, die bisher in die britische Zone gingen, von Menschlichkeit überhaupt keine Rede sein kann, und daß man sich des Eindruckes nicht erwehren konnte, als wenn die betreffenden Polen, die übrigens zum Teil betrunken waren, die gesamte Aktion dazu benutzt haben, sich persönlich zu bereichern.

Es sind keine Einzelfälle, daß ganze Gepäckstücke ohne Durchsuchung, die Betten, die Küchengeräte ... weggenommen worden sind.“

Stadtmuseum Hoyerswerda: Akte 810, Monatsbericht über die politischen und kulturellen Veranstaltungen im Monat September vom 30. September 1946, S. 70, erschienen in „Das Lager Elsterhorst“ von Karl-Heinz Hempel, Neue Hoyerswerdaer Geschichtshefte Nr. 2 (1999)

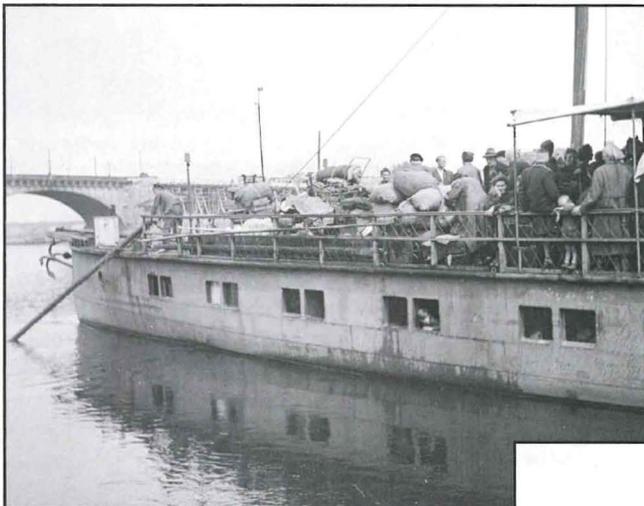


Foto: SLOB / Deutsche Fotothek / Erich Höfner & Erich Polk

Vertriebene am Terrassenufer (Ankunft per Schiff), an der Augustusbrücke, Dresden 1945

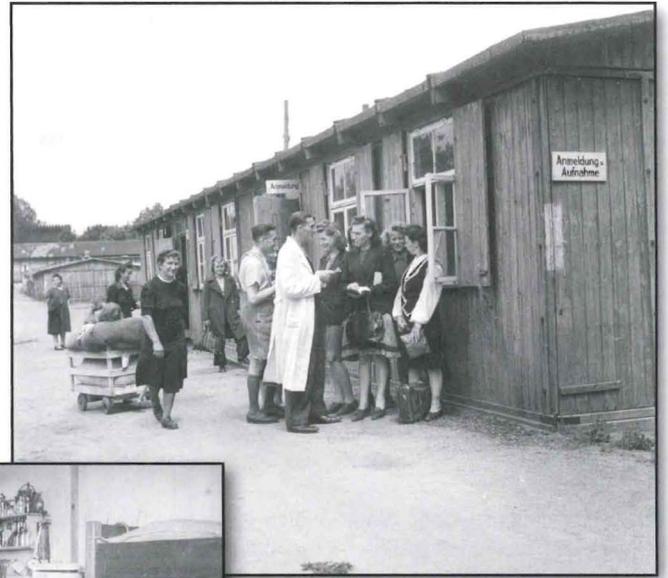


Mit dem Schiff angekommene Flüchtlinge am Terrassenufer, Dresden 1945

SACHSEN

ZWISCHENSTATION LAGER – Aufnahme und erste Unterkunft: Lagerleben und Transit

Zu den Aufgaben der unmittelbar nach Kriegsende an vielen Orten in Sachsen entstandenen und von der Sowjetischen Militäradministration eingesetzten Kommunal- und Stadtverwaltungen gehörten die Versorgung, Unterbringung und der Transport der Flüchtlinge und Vertriebenen.



Fotos: SLUB / Deutsche Fotomisk / Erich Höhne & Erich Pohl



Vertriebene während der Aufnahme (Bild oben) und ein Schlaf- und Wirtschaftsraum einer Baracke im 'Lager für Umsiedler', Neuländer Straße, Dresden-Trachau, 1945



Fotos: SLUB / Deutsche Fotomisk / Erich Höhne & Erich Pohl

Schulunterricht für Kinder von Vertriebenen im 'Lager für Umsiedler' Wilschdorf, Dresden-Wilschdorf, 1947



Fotos: SLUB / Deutsche Fotomisk / Erich Höhne & Erich Pohl

„Eine Scheibe Brot“. Brotrationierung auf Marken – ein fester Bestandteil im Lagerleben war die Rationierung der Lebensmittel – hier für die Bewohner der Hechtstraße 42b, Dresden, 19.08.1945

Frauen und Kinder an einer Herdstelle vor den Baracken und eine provisorische Kochstelle (Bild unten) im 'Lager für Umsiedler', Neuländer Straße, Dresden-Trachau, 1945



Fotos: SLUB / Deutsche Fotomisk / Erich Höhne & Erich Pohl



Gelenkte Verteilung

Die Landesverwaltung Sachsen, gegründet am 4. Juli 1945, erließ am 12. Juli eine Rundverfügung zur Lenkung und Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Sie legalisierte die bereits herrschende Ausweisungspraxis der sächsischen Städte und Kreise. Für die nächsten Monate wurde Sachsen für die Flüchtlinge zu einem Transitland.

Auch wenn bis Ende September 1945 hunderttausend Menschen aus Sachsen abtransportiert waren, befanden sich Anfang Oktober noch etwa 760.000 Vertriebene auf sächsischem Territorium. Ihnen musste geholfen werden, den herannahenden Winter zu überleben.

Gleichzeitig begannen die Kommunalverwaltungen mit dem Aufbau von Lagern unterschiedlicher Größenordnungen zur Aufnahme der Vertriebenen. Auch ehemalige Lager für Gefangene und Zwangsarbeiter aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes wurden als Unterkünfte genutzt. Die Ausstattung der Lager war spärlich. Es gelang kaum, die elementaren Bedürfnisse der Bewohner wie Essen und Schlafen zu befriedigen.

Erst bei längerer Verweildauer versuchten die Flüchtlinge und Vertriebenen, sich etwas wohnlicher einzurichten. Viele von ihnen glaubten nicht daran, dass die Vertreibung aus der Heimat endgültig sei. Sie lebten jahrelang in den Lagern und Baracken.

LAGERBERICHT

Am 1.5.1946 wurde das bereits im Vorjahre mit Umsiedlern belegte Lager Prossen seiner jetzigen Bestimmung zugeführt, und zwar Durchgangs-, Auffang- und Quarantänelager für Umsiedler.

...

Die Gebäude des Lagers bestehen aus 10 Holzbaracken mit Pappdächern und einfachen Fenstern, deren Winterfestigkeit bei genügender Beheizung gewährleistet ist. Für Verwaltungs- und Wirtschaftszwecke sowie sanitäre Belange wurde je eine Baracke eingerichtet. Ferner befindet sich im Lager eine Entlausungsanlage mit einer Kapazität von 50 Personen in 1 1/2 Stunde bei warm-entlausung und 100 Personen bei Kaltentlausung. Im Bad stehen 2 wanne und Duschen zur Verfügung, außerdem 1 waschküche, welche als gemeinsamer waschraum benützt wird.

...

In den übrigen Baracken befinden sich 20 heizbare Wohnräume für Familien und Einzelpersonen, sowie 1200 Betten mit Strohsäcken, die Zahl der vorhandenen Decken beträgt zurzeit 178 Stück,

...

Die Küche des Lagers besitzt 6 Kessel mit einem Fassungsvermögen von je 300 Liter. Im Raum neben der Küche, dessen Fenster vergittert sind, werden Lebensmittel für 2000 Personen auf 14 Tage gelagert.

...

Die Gesamtstruktur des Lagers bringt es mit sich, daß, trotz eifriger Bekämpfung mit Gift und Pallen, besonders Ratten, aber auch Mäuse, zahlreich auftreten.

...

Abschließend wäre noch zu bemerken, daß zur Bewachung und Aufrechterhaltung der Ordnung des Lagers 9 Schutzleute vom Polizeipräsidium Dresden nach Prossen abgeordnet wurden.

Lagerleitung

Text aus: Thining, Andreas, Tschiner, Wolfgang: „Umsiedler“ in Sachsen. Eine Quellensammlung, 2005, S. 154.

Bericht über die Zustände und Lebensverhältnisse im Auffanglager Prossen bei Bad Schandau, 19. November 1946

Schneller Durchlauf erwünscht

Wichtigstes Interesse war die möglichst schnelle Weiterleitung der Flüchtlinge und Vertriebenen in andere Gebiete. Die Kommunalverwaltungen gingen dabei häufig radikal vor. Vor allem mit dem Entzug von Lebensmittelkarten wurde versucht, die unwillkommenen Vertriebenen zum Weiterziehen zu zwingen.

Angesichts dessen kam es zur Bildung von Ausschüssen aus den Reihen der Flüchtlinge und Vertriebenen selbst. Diese erhofften sich von höherer Ebene Unterstützung für ihre Probleme, blieben jedoch oft ungehört.

Artikel in der Sächsischen Volkszeitung über „Das Problem der Umsiedlung“, Dresden, 26. Januar 1946

Sonnabend, 26. Januar 1946

Sächsische Volkszeitung

Das Problem der Umsiedlung

Der verlorene Hitlerkrieg hat uns eine schwere Aufgabe, das Problem der Umsiedlung, gestellt, deren Lösung nur möglich ist durch die aktive Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes.

Millionen von Menschen wurden von den Nazis aus allen Ländern Europas nach Deutschland geschleppt, deren Rückführung in den verlassenen Monaten unter den schwersten Transportverhältnissen durchgeführt worden ist. Die neue Grenzziehung als Folge des verlorenen Raubkrieges stellt nunmehr an alle in den neuen politischen und tschechischen Gebieten ansässigen Deutschen die Frage der Umsiedlung. So steht das Problem der Umsiedlung heute vor dem gesamten deutschen Volk. Nichtöffentliche Unterkünfte in Barackenlagern, wenn Bekleidungen sind die Härten, die sich heute mehr denn je für die Umsiedler überall bemerkbar machen. Sie werden gefördert durch die schwierigen Transportverhältnisse, die ihre Ursache im verkehrsmässigen Hitlerkrieg haben. Unser zerschlagenes Verkehrsnetz und die ausgebrannten Waggons sind bereite Zeugen dafür.

Wenn die Zentralverwaltung für Umsiedler in diesen Monaten mit aller Energie versucht, das Problem der Umsiedlung zu lösen, dann ist es notwendig, auf die sich ergebenden Schwierigkeiten hinzuweisen. Die Schaffung einer neuen Heimat kann nicht automatisch erfolgen, sondern unterliegt zweifellos dem Gesetz einer stufenmäßigen Lenkung des Arbeitslohnes in Wirtschaft und Industrie, welches eine besondere Berücksichtigung der Umsiedler erfordert, aus denen die Umsiedler kommen und in dem sie angesiedelt werden sollen, handelt es sich um die Schaffung von neuen Arbeits- und Lebensverhältnissen für Hunderttausende von Menschen.

An alle Kriegsteilnehmer!

Am Sonntag, dem 27. Januar 1946 findet voraussichtlich 10 Uhr in der D.-L. der KPD Dresden, Albertplatz 3, eine

Partei-Konferenz

statt, die sich mit Umsiedlerfragen beschließt. Alle Kreisleitungen haben einen Vertreter zu entsenden.

Bezirksleitung Sachsen der KPD

besondere Schwierigkeit! Heute aber im Verhältnis der Menschen untereinander. Die einheimische Bevölkerung macht den Umsiedlern aus Lokalpatriotismus und engstirnigem Unverstand heraus das Einleben in der neuen Heimat besonders schwer. Selbst Behörden zeigen oft ein ähnliches Verhalten, indem sie die Aufnahme der Umsiedler nicht genügend vorbereiten und unterstützen, sich oftmals weigern, alle notwendigen Maßnahmen der Beschaffung von Ernährung, Unterbringung und Hygiene durchzuführen.

Das Problem der Umsiedlung ist aber nur von dem gesamten deutschen Volk, die Umsiedler einbezogen, lösbar. Versuchen wir nie, daß die Umsiedler zu uns mit dem großen Gefühl der Furcht kommen, das ihnen die Nazis bereitet haben, und daß es an uns liegt, diesen leidenden Menschen, die ihre Heimat aufgeben mußten, zu helfen. Der Gedanke der Solidarität muß jeden ergriffen. Die Umsiedler kommen zu uns und erwarten Hilfe und Unterstützung. Wir können sie ihnen nur dann geben, wenn alle Volksschichten bereit sind, mitzuhelfen.

Immer wieder muß daran gedacht werden, daß die Umsiedler, die die Schwere des Hitlerkrieges genau so zu erleben bekamen wie wir, nunmehr zum zweiten Male von einem schweren Los betroffen wurden. Die Aufgaben der Zentralverwaltung für Deutsche Umsiedler sind daher in jeder Art einmütig und neu erfüllt werden können sie nur durch die aus tiefster menschlicher Hilfsgefühl entspringende tätige Hilfe von uns allen.

Foto: SÜB, Deutsche Fotothek / Edda Heine & Gerd Fell



„Umsiedler“ bei der medizinischen Betreuung im „Lager für Umsiedler“, Neuländer Straße, Dresden-Trachau, 1945

Bei der Entlausung steht keine Seife zur Verfügung. Das Duschen nur mit warmem Wasser ist ungenügend. Schwamm-, Ton- oder flüssige Seife sind ungeeignet. Eine Kommission der SMA [Sowjetische Militäradministration Deutschland] hat angeordnet, daß Feinseife zur Verfügung gestellt wird. Um dem Auftreten von Fleckfieber, soweit es menschenmöglich ist, vorzubeugen, wird gefordert, daß täglich die in den Wohnbaracken Untergebrachten eingehend auf Läuse untersucht werden. Hierzu sind bei voller Belegung des Lagers mind. 10 Schwestern erforderlich. Drei stehen uns nur zur Verfügung. [...]

Die Zugänge zu den Aborten sind stark verschmutzt. Infolge schlechter Bodenverhältnisse stehen seenartige Pfützen davor. Nachts finden viele den Weg nicht zu den Aborten, sondern verunreinigen die Umgebung der Wohnbaracken. [...] Die Verhältnisse im Lazarett sind unhaltbar. Der Begriff „Lazarett“ besteht nur dem Namen nach. [...]

Die Versorgung des Lagers mit Medikamenten stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Nur der privaten Initiative der einzelnen Lagerärzte ist es zu verdanken, daß [...] genügend Medikamente herangeschafft werden konnten. [...] Es ist ein großer Mangel, daß bei der Größe des Lagers, dessen Kapazität stets zwischen 12 - bis 15 000 angegeben wird, kein Apotheker vorhanden ist, dessen Arbeit praktisch der Chefarzt mit übernehmen muß.“

Quelle: Stadtmuseum Hoyerswerda: Akte 810-Bericht des Lagerarztes Dr. r. an die Landesverwaltung Sachsen S. 33 ff., erschienen in „Das Lager Elsterhorst“ von Karl-Heinz Hempel, Neue Hoyerswerdaer Geschichtshefte Nr. 2 (1999)

Dokument: SÜB, Dresden

SACHSEN WIRD ZUM AUFNAHME- LAND – Auffanglager, Bleiberecht und Ansiedlung

Eine grundsätzliche Wende in der Politik der sowjetischen Militäradministration setzte im Oktober 1945 ein. Im September gründete diese die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler in Berlin, die kommunistisch kontrolliert wurde. Diese ordnete in ihrem ersten Rundschreiben vom 2. Oktober an, dass alle Flüchtlinge und Vertriebenen ein Bleiberecht an dem Ort erhielten, an dem sie sich gerade befanden. Diese Anordnung musste auch das sächsische Amt für Umsiedler respektieren.

Das Transitland Sachsen wurde schlagartig Aufnahmeland. Damit änderte sich auch die Arbeit der Verwaltungen auf allen Ebenen grundlegend. Statt Vertriebenen Transporte zusammenzustellen und aus dem Land hinauszuleiten, standen ab Oktober 1945 die Einweisung in Wohnraum, die Verpflegung und die Auszahlung von Sozialleistungen im Mittelpunkt.

Materialverwaltung (Housrat),
Quarantänelager Diezmannstraße,
Leipzig, 1947

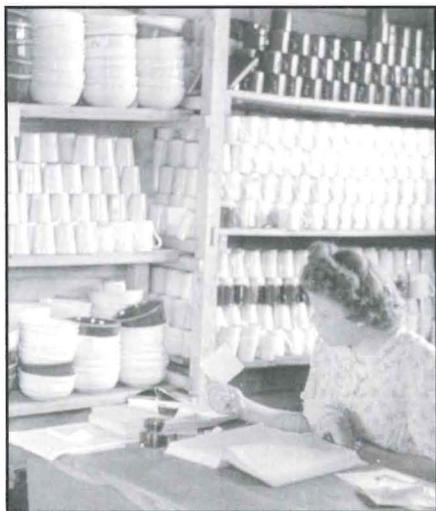


Foto: Stadtbibliothek Leipzig



Foto: SUB / Deutscher Fotothek / Erich Höhne & Erich Paul



Foto: BfV, Kreisverband Vogtland

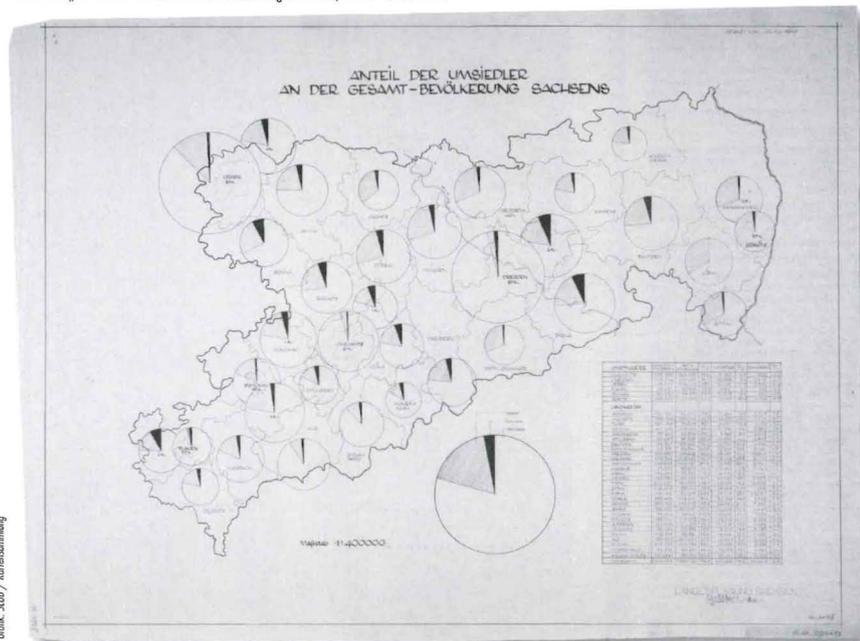
In Auerbach erfolgte die Einquartierung von Vertriebenen unter anderem in der heutigen Geschwister-Scholl-Schule. Güterzug (Bild oben) mit Vertriebenen auf dem Bahnhof Dresden-Neustadt, 1945

Verwaltung der Flüchtlinge und Vertriebenen

Nach den Vorstellungen der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler sollten Umsiedlerausschüsse vor Ort das entscheidende Element zur Integration werden und Verwaltung, Parteien, Massenorganisationen sowie die Vertriebenen selbst einbinden.

Im Frühjahr 1947 konnte sich die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler gegenüber den Ländern in der sowjetischen Besatzungszone durchsetzen. In der Folge kam es zur Errichtung etlicher lokaler Umsiedlerausschüsse, die sehr unterschiedliche Wirksamkeit entfalteten.

Anteil der „Umsiedler“ an der Gesamtbevölkerung Sachsens, Stand 15.10.1947



Genf: SUB / Xeresammlung

Lager und Lagerinsassen in Sachsen von 1945 bis 1948

Zeitraum oder Datum	Zahl der Lager	Kapazität der Lager insg. (höchste Zahl der Insassen)	Zahl der Insassen pro Lager
Herbst 1945	107	58.634	548
25. Januar 1946	58	60.515	1.043
Dezember 1946	32	50.580	1.581
1. Oktober 1947	25	47.170	1.887
Rostock	10	16.000	1.600

Statistik, Walter Schrammek

Zahl der Vertriebenen, der arbeitsfähigen und der arbeitenden Vertriebenen in Sachsen von 1947 bis 1948

Monat/Jahr oder Datum	Zahl der Vertriebenen	Davon arbeitsfähig gemeldet	Davon arbeitend
Februar 1947	847.276	40,8% (345.260)	72,1% (248.830)
August 1947	893.622	44,7% (399.512)	75,6% (302.036)
Dezember 1947	1.006.982	45,3% (457.071)	73,6% (334.836)
Januar 1948	963.076	44,3% (424.457)	81,2% (359.409)
Juni 1948	1.014.334	44,3% (449.348)	84,2% (378.345)
Dezember 1948	997.789	45,6% (454.514)	71,0% (322.665)

Statistik, Walter Schrammek

Ansiedlung

Eine Folge des Ansiedlungsbeschlusses war die Errichtung von Auffang- und Quarantänelagern, in denen die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft zunächst untergebracht wurden.

In den Lagern konnte mit vergleichsweise geringem Aufwand eine Versorgung sichergestellt werden, die aber der allgemeinen Situation der Nachkriegszeit entsprechend knapp war.

Für die noch erwarteten 4,5 Millionen Vertriebenen aus Polen und der Tschechoslowakei wurden im Oktober 1945 von der Verwaltung fünf große Durchgangslager eingerichtet: Löbau, Pirna, Marienberg, Oelsnitz und Leipzig.

Einer eigenen Organisationsbildung der Vertriebenen sollte entgegengewirkt werden. Versuche von Vertriebenen, sich z. B. als „Schlesier“ oder „Ostpreußen-Komitee“ selbst zu organisieren, wurden ab Herbst 1945 rigoros unterdrückt.



LiFra-Stütze mit Plakat „Volkssolidarität heißt Hilfe für Heimkehrer und Umsiedler“, Dresden, 1945

Die „Volkssolidarität“, gegründet am 24. Oktober 1945 in Dresden, verstand sich als Hilfsorganisation für jene, die am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden hatten: Kinder, Alte und Kranke, „Umsiedler“ und heimkehrende Kriegsgefangene.

Ab 1949 wurde sie zentralistisch organisiert und von der SED gesteuert.

Sächsische Volkszeitung

Soziale Fürsorge in Sachsen

Sächsische Volkszeitung

Volkssolidarität gegen Winternot!

Einige Mitbürger in unserem Land, Städte und Dörfer, sind im Winter, besonders in den Gebirgsgegenden, mit großer Not zu kämpfen. Die von der Regierung versprochenen Hilfen sind nicht ausreichend.

Das Aktionsprogramm der KPD in der Durchbildung

Das Aktionsprogramm der KPD in der Durchbildung ist ein Programm, das die Partei in der Durchbildung der Arbeiterklasse in der Sowjetunion verfolgt.

Blodi der antifaschistisch-demokratischen Parteien: Demokratische Aktion der KPD, Demokratische Aktion der SPD, Demokratische Aktion der CDU, Demokratische Aktion der KPD.

Lokalpatriotismus - unzeitgemäß!

Die unmaßige Fühlung und Freundschaft, die heute unsere Städte und Dörfer durchziehen, ist ein Zeichen für den Rückgang der Volkssolidarität.

Arbeitslose Briefe

Die Arbeitslosenbriefe sind ein Mittel, um die Arbeitslosen in den verschiedenen Teilen des Reiches zu unterstützen.

Motorrad

Das Motorrad ist ein wichtiges Verkehrsmittel, das die Mobilität der Bevölkerung erhöht.

Im Zeichen des Kulturschicksals

Die Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Existenz, der durch den Krieg schwer getroffen wurde.

Arbeitslose Briefe

Die Arbeitslosenbriefe sind ein Mittel, um die Arbeitslosen in den verschiedenen Teilen des Reiches zu unterstützen.

Motorrad

Das Motorrad ist ein wichtiges Verkehrsmittel, das die Mobilität der Bevölkerung erhöht.

Die „Volkssolidarität“ wirkte einer eigenen Organisationsbildung der Vertriebenen entgegen.

Die sowjetische Militäradministration übte starken Druck auf die deutsche Verwaltung in ihrer Besatzungszone aus. Möglichst schnell sollte den Vertriebenen Wohnraum zugewiesen werden.

Mehr als ein Fünftel aller Wohnungen im Vorkriegssachsen waren durch den Krieg zerstört oder beschädigt worden. 1946 fehlten hier fast 600.000 Wohnungen.

Da die Vertriebenen über keinerlei Hausrat verfügten und sich in der Mangelgesellschaft der Nachkriegszeit selbst das Nötigste nicht neu beschaffen konnten, zogen es viele vor, in den Lagern zu bleiben.



Foto: Deutsches Bundesarchiv

EINGLIEDERUNGSPOLITIK – Erste Nachkriegsjahre: Politische, soziale und wirtschaftliche Eingliederung

Die politischen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone entwickelten zwar karitative Notprogramme, konnten sich aber in den ersten beiden Jahren nach dem Krieg nicht auf die Vertriebenenproblematik konzentrieren. Zum einen waren alle Parteien mit dem Aufbau ihrer Strukturen und ihres Apparates beschäftigt, zum anderen erlaubte die strikte Kontrolle durch die sowjetische Besatzungsmacht nur sehr eingeschränkte Wirkungsmöglichkeiten.

Erst zu den Wahlen im Herbst 1946 setzten sich die politischen Parteien mit der Vertriebenenfrage auch konzeptionell auseinander. Die Vertriebenen stellten einen Machtfaktor bei den halbfreien Wahlen dar, der einkalkuliert werden musste.



Die soziale Lage der Vertriebenen war von bitterer Armut geprägt. Zwei Fahrräder mit Zettel: „Wir sind 2 Flüchtlingsräder – bitte nicht stehlen“, ca. 1948.

Dokument: SÜB, Dresden



Neue Leitung der CDU

Kein Plan für die Reaktion – Gemeinsame Politik mit den übrigen Parteien

Berlin, 20. Dezember 1945. Der „Jahresrückblick“ vom 20. Dezember 1945, den die Reichsleitung der CDU herausgegeben hat, enthält eine Reihe von Hinweisen auf die Lage der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone. In der Einleitung des Jahresrückblicks heißt es: „Die CDU hat in der Sowjetischen Besatzungszone eine wichtige Rolle zu spielen. Sie ist die einzige Partei, die in der Sowjetischen Besatzungszone eine eigene Organisation hat.“

Die Ursachen für den Wechsel

Die Ursachen für den Wechsel der CDU in die Sowjetische Besatzungszone sind vielfältig. Ein Hauptgrund ist die Vertriebenenfrage. Die Vertriebenen stellen einen großen Teil der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone dar. Die CDU hat sich verpflichtet, für die Interessen der Vertriebenen einzutreten. Ein weiterer Grund ist die politische Lage in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Sowjetische Besatzungsmacht hat eine strikte Kontrolle über die politischen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone. Die CDU hat sich verpflichtet, diese Kontrolle zu akzeptieren.

Die Stellungnahme der „Neuen Zeit“

Die „Neue Zeit“ hat eine Stellungnahme zur CDU in der Sowjetischen Besatzungszone veröffentlicht. In dieser Stellungnahme heißt es: „Die CDU hat sich verpflichtet, für die Interessen der Vertriebenen einzutreten. Sie hat sich verpflichtet, die politische Lage in der Sowjetischen Besatzungszone zu akzeptieren.“

Ausbildungskurse für Neulehrer

Die Sowjetische Besatzungsmacht hat Kurse für Neulehrer in der Sowjetischen Besatzungszone eingerichtet. Diese Kurse sind für Lehrer, die in der Sowjetischen Besatzungszone arbeiten, vorgesehen. Die Kurse sind in verschiedenen Fächern unterteilt. Die Kurse sind von der Sowjetischen Besatzungsmacht finanziert.

Verantwortliche Ämter für die arbeitsfähigen Kräfte der Bodenreform

Die Sowjetische Besatzungsmacht hat Verantwortliche Ämter für die arbeitsfähigen Kräfte der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone eingerichtet. Diese Ämter sind für die arbeitsfähigen Kräfte der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone zuständig.

Die wichtige Aufgabe des SVZ

Die Sowjetische Besatzungsmacht hat die wichtige Aufgabe des SVZ in der Sowjetischen Besatzungszone definiert. Die Aufgabe des SVZ ist es, die Interessen der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone zu vertreten.

Die Aufgabe des SVZ

Die Aufgabe des SVZ ist es, die Interessen der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone zu vertreten. Das SVZ hat die Aufgabe, die Interessen der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone zu vertreten.



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Die soziale Lage

Armut kennzeichnete noch lange Jahre nach Kriegsende die soziale Lage der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone. Ihr Eigentum hatten sie nicht nur durch die Vertreibung, sondern auch durch die Inflation der Nachkriegszeit und schließlich die Sperrung der Bankguthaben durch die sowjetische Besatzungsmacht verloren.

Der Anteil der Bezieher von Armenfürsorge war deshalb unter den Vertriebenen überproportional hoch. Die Sozialfürsorge lastete auf den Gemeinden, die nicht in der Lage waren, die Mittel für eine auch nur annähernd ausreichende Versorgung aufzubringen. Die gezahlten Unterstützungsbeträge reichten nicht für die Sicherung des Existenzminimums, geschweige denn für die Neuanschaffung von Hausrat.

Die Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Lage der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone sollte durch eine erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt erfüllt werden. Trotz der Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit bestand in etlichen Branchen ein Facharbeitermangel.

Die sowjetische Besatzungsmacht und die Zentralverwaltung für Umsiedler versuchten, Arbeitskräfte gezielt zu lenken und Betriebe neu zu gründen, um spezielle handwerkliche und industrielle Fähigkeiten der Vertriebenen nutzbar zu machen, wie etwa Glasbläserei oder Musikinstrumentenbau.

1945 wurden der Vorsitzende der CDU, Dr. Andreas Hermes, und sein 1. Stellvertreter, Dr. Walther Schreiber, aufgrund ihrer gemäß SED-Diktum reaktionären Einstellung zur Niederlegung ihrer Ämter gezwungen (Zeitungsausschnitt). Nachfolger wurden Jakob Kaiser (Bild links) und Ernst Lemmer. Beide wurden im Dezember 1947 als Vorsitzende der Ost-CDU von der sowjetischen Militäradministration abgesetzt. Hauptursachen waren deren kritische Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und die damit verbundene Zuwendung der Vertriebenen zur CDU in der SBZ.

Flüchtlinge und Vertriebene als politischer Einflussfaktor

Die SED formulierte 1946/47 genauere Vorstellungen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Paul Merker, Mitglied des Zentralsekretariats der SED, legte die Vorstellungen seiner Partei zur Eingliederung der Vertriebenen in der Schrift „Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems“ dar.

Im Kern bedeutete dies, dass die Vertriebenen in der einheimischen Bevölkerung aufgehen und ihre landsmannschaftlichen Eigenarten ablegen sollten. Die Vorstellung einer Integration, bei der die Zuwanderer die gewachsene Kultur der Einheimischen mit ihren eigenen Traditionen bereichern sollten, war den politischen Machthabern fremd.

Ablehnung und Verständnis

Genauso häufig wie Diskriminierung und Ablehnung gab es auch Verständnis und erstaunliche Hilfsbereitschaft bei der Altbevölkerung. Solch positive Wertungen vermitteln zeitgenössische Beschwerdeschreiben allerdings nicht. Befragungen verdeutlichten, dass sich soziale Beziehungen insbesondere unter den Vertriebenen selbst abspielten, auch der Freundes- und Bekanntenkreis setzte sich meist aus Vertriebenen zusammen.

Selbst bei späteren Eheschließungen war der Partner häufig ein Vertriebener. Von einer schnellen Integration konnte daher kaum die Rede sein.



Eine „LPG-Familie“ - die Vertriebenen Heinz Gerber und Frau Toni als Mitglieder der LPG „Glück auf“ in Wergzohna mit ihrer Tochter Rosemarie. Wie viele Heimatvertriebene hatten sie sich in ihrer neuen Heimat kenneingelernt. Sie waren nach Eingliederung in den Arbeitsmarkt in der neuen Heimat angekommen, wie hier bei den Feiern zum „Tag der Republik“ zu sehen ist.

Plakat für die Wahlwerbung der LDP „Freier Bauer auf eigener Scholle LDP Dein Wunsch – unser Ziel“, ca. 1946

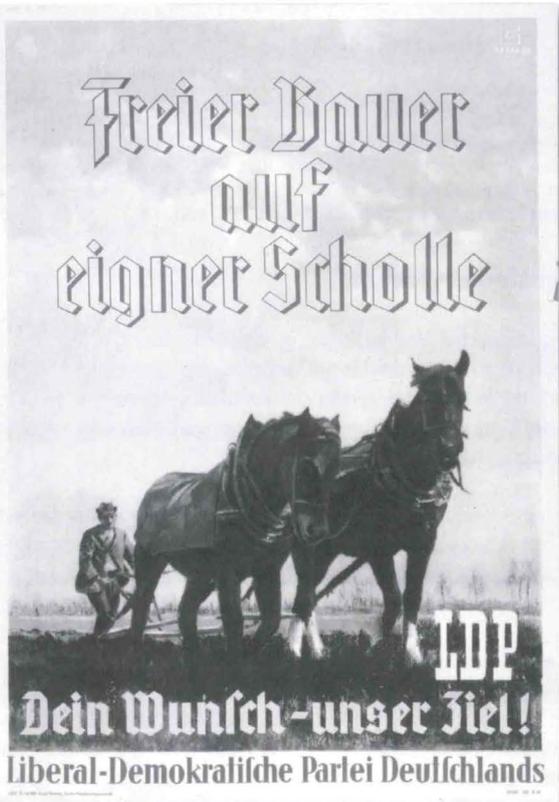


Foto: Deutsches Bundesarchiv

Die CDU verstand sich in besonderer Weise als Sachwalterin der Interessen der Vertriebenen. Bis zur ihrer Gleichschaltung in der Sowjetischen Besatzungszone zur Jahreswende 1947/48 musste die CDU sich jedoch besonders vorsehen, um nicht in Revanchismusverdacht zu geraten.

Zu deutlich war ihre Sympathie für Forderungen nach einer Grenzrevision. Ursache für die Absetzung des ersten ostdeutschen CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes im Dezember 1945 waren ganz maßgeblich seine Äußerungen über eine Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze. Diese Lektion wurde in der CDU verstanden. Dem entsprechend gab es nur wenige programmatische Aussagen zur Eingliederung der Vertriebenen. Die Haltung der CDU wurde in den Landtagsdebatten der SBZ am deutlichsten. Hier trat sie gegen SED und LDP als Vertreterin der Vertriebeneninteressen auf, während die LDP vor allem die Belange der ansässigen Bevölkerung vertrat.

Die Nähe der CDU zu den beiden Großkirchen war ein großer Vorteil in der Vertriebenenarbeit, da die Kirchen in der SBZ/DDR den einzigen Bereich bildeten, der dem Einfluss der Machthaber teilweise entzogen war.

Die Wohnraumfrage

Ein weiteres gravierendes Problem war die Unterbringung in private Wohnverhältnisse. Befragt man ostdeutsche Vertriebene nach ihren Erinnerungen an die Nachkriegszeit, dann ist die Wohnraumunterbringung häufig der einzige positiv bewertete Aspekt.

Allerdings brachte die forcierte Einweisungspolitik auch gravierende Probleme mit sich. So musste die Ausstattung der Zimmer, die den Vertriebenen überlassen wurden, in der Regel von den Hauptmietern bzw. Eigentümern gestellt werden. Damit waren Konflikte unausweichlich.

„Umsiedler – Die SED hilft Euch eine neue Heimat schaffen – Wählt SED“, Wahlplakat der SED, ca. 1946/1950



Foto: Deutsches Bundesarchiv

SACHSEN

„NEUE HEIMAT – NEUES LEBEN“? – „Integration“ durch materielle Hilfe und politische Einflussnahme

Das Konzept der Sowjetischen Besatzungsmacht und der DDR zur Integration der Vertriebenen war rein materiell geprägt und verwehrt den Vertriebenen, ihre eigenen ideellen Werte in die Gesellschaft der SBZ/DDR einzubringen.

Der Abbau der Umsiedlerverwaltung

Ab 1948 zeichnete sich immer stärker ab, dass alle Bemühungen um eine Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft nur langfristig erfolgreich sein würden. Trotzdem kam es zu einer paradoxen Entwicklung: dem Abbau der Umsiedlerbehörden. Dies hatte vor allem politische Gründe. Die Sowjetunion verlangte eine unumkehrbare Eingliederung der Vertriebenen in die Gesellschaft, um die neuen Grenzen in Ost- und Ostmitteleuropa zu sichern, aber auch, um ihre Politik zu forcieren, die auf eine Gleichschaltung der gesamten Gesellschaft ohne Individualität zielte.

Bereits ab 1948 gab es Versuche, die Umsiedlerbehörden zu verkleinern. Schon im September 1947 war es nicht zur Gründung des geplanten Zentralen Umsiedlerbeirats gekommen. In den folgenden beiden Jahren wurden dann die Umsiedlerausschüsse auf den unteren Ebenen aufgelöst. Die Zentralverwaltung für Umsiedler wurde im April 1948 in die Deutsche Verwaltung des Inneren eingegliedert. Für die folgenden Monate war auch die Auflösung der Umsiedlerverwaltungen der Länder geplant.

Die sächsische Landesregierung stellte sich diesen Planungen entgegen und es dauerte bis 1950, bis die sächsische Umsiedlerverwaltung vollständig im Innenministerium aufgegangen war.

„Das will die SED!“, aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Gemeindewahlen 1946

Das will die SED!

Kriegsgefangene Heimkehrer • Umsiedler

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert:

Baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen. Aufnahme von Grußsendungen der Gefangenen; Benachrichtigung der Angehörigen. Betreuung aller Heimkehrer und Umsiedler. **Beschaffung von Wohnung und Arbeit für Heimkehrer und Umsiedler.** Versorgung mit Kleidung, Wäsche und Wirtschaftsbedarf. **Besondere Fürsorge für die arbeitsunfähigen Heimkehrer und Umsiedler.** Bevorzugte Abfertigung der Umsiedler und Heimkehrer bei allen Verwaltungsstellen.

Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Gemeindewahlen 1946



Propaganda-Foto zum Umsiedlergesetz von 1950 mit der originalen Bildunterschrift: Neubauer Franz Engel aus Neudietendorf bei Erfurt: „Das neue Gesetz über Entschuldung und Kredithilfe gibt mir die Möglichkeit, eine neue Wasserleitung zur Berieselung des Gemüses zu bauen und damit zur Erfüllung des Fünfjahresplans beizutragen“.

Die „Umsiedlerwochen“

Die Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft wurde zudem durch das meist schwierige Verhältnis zu den Einheimischen erschwert. Intoleranz und Verständnislosigkeit gegenüber den Problemen der anderen waren nicht selten mit verbalen und tätlichen Auseinandersetzungen verbunden.

Sogenannte „Umsiedlerwochen“, die in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone zu verschiedenen Zeiten durchgeführt wurden, waren für die Vertriebenen eine letzte offizielle Gelegenheit, um noch einmal ihre Probleme öffentlich zu artikulieren.

In Sachsen nannte sich die Aktionswoche „Neue Heimat – Neues Leben“ (16. und 24. Oktober 1948). Neben Sammlungen von Hausrat, Wäsche, Schuhen und Sonderzuteilungen der Betriebe für „Umsiedler“, Kriegsheimkehrer und Ausgebombte fanden Vorträge und Veranstaltungen statt.

Inoffizielle Berichte verdeutlichten, dass die Aktion wenig erfolgreich blieb. Nach Abschluss dieser Woche wurden die Vertriebenen offiziell als „in die neue Heimat integriert“ betrachtet. In den offiziellen Bevölkerungsstatistiken tauchten die Vertriebenen nicht mehr gesondert auf.

Versorgung von „Umsiedlern“ mit Kleidung, Kohle und Kochtöpfen, um 1950



Das „Umsiedlergesetz“

Dass der Eingliederungsprozess nicht bereits 1948 abgeschlossen war, wurde durch das 1950 erlassene DDR-„Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ (kurz Umsiedlergesetz) deutlich. Diese gezielt auf Vertriebene ausgerichtete Förderung wurde von der SED und den Sowjetischen Machthabern im Vorfeld der Wahlen zur Volkskammer am 15. Oktober 1950 beschlossen. Hintergrund war zudem die Weigerung vieler Vertriebenen, dem von der Sowjetunion vorgegebenen Kurs der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (sogenannte „Friedensgrenze“) zuzustimmen.

Das Gesetz bot zunächst eine Reihe von substantiellen Hilfen für die Vertriebenen, z.B. die Fortführung des Neubauern-Bauprogramms, die Unterstützung der „Neubauern-Umsiedler“ durch Kredite, die Lieferung von Vieh und die Herabsetzung des Ablieferungssolls, die Bevorzugung bei der Vergabe von Wohnraum. Handwerkern unter den „Umsiedlern“ sollte mit Darlehen der Wiedereinstieg in den alten Beruf erleichtert werden. Für die schulische Ausbildung der Kinder der Vertriebenen war Förderunterricht und eine Erziehungsbeihilfe vorgesehen. Kernstück des Gesetzes war die Vergabe von zinslosen Krediten bis 1.000 Mark für die Anschaffung von Möbeln und Hausrat.

Die Planung des Gesetzes erfolgte, ohne die dünne Warendecke der DDR-Volkswirtschaft und die angespannte Haushaltssituation der DDR zu berücksichtigen. Nach den Wahlen zur Volkskammer wurde deshalb die Vergabe der Kredite seit November 1950 wieder eingeschränkt und bereits gegebene Kreditzusagen teilweise sogar rückgängig gemacht. In vielen Fällen führte dies zu weiterer Desillusionierung der Vertriebenen und zu einer verstärkten Abwanderungswelle in den Westen zu Beginn der 50er Jahre. Im Westen Deutschlands versprachen sich viele Vertriebene nach Inkrafttreten der ersten gesetzlichen Regelungen für einen Kriegslastenausgleich 1949 und nach Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen 1950 eine bessere Lebensgrundlage.

Aufstiegchancen für Vertriebene

Die Erfolge des SED-Staates bei der Eingliederung insbesondere der jüngeren Vertriebenen-Generation beruhten nicht nur auf politischer Einflussnahme, sondern auch auf realen sozialen Aufstiegangeboten.

Das hier gezeigte Foto von 1957 gehört zu den Propaganda-Aufnahmen über die erfolgreiche Integration junger Vertriebenen in die Gesellschaft der DDR.



Foto: Deutsches Bundesarchiv / Siepert

Die originale Bildunterschrift von 1957 lautet: „Umsiedler aus der ČSR fand neue Heimat in der DDR. Ganz im Gegensatz zur Adenauer-Regierung, wo gewissenlose Politiker alles daransetzen, das Lebensniveau der Umsiedler so tief wie möglich zu halten, um sie für ihre Revanchepolitik missbrauchen zu können, ist die Regierung der DDR ständig bemüht, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben. Der jetzt 28-jährige Erhard Schmidt siedelte vor einigen Jahren aus der ČSR in die DDR über und arbeitete in der Landwirtschaft. 1950 begann er seine Arbeit als Richthelfer im Stahl- und Walzwerk Riesa und legte später seine Prüfung ab als Profilmwalzer. Dieses Ziel konnte er durch den Besuch der Betriebsvolkshochschule erreichen.“

So fand der ehemalige Umsiedler, der mit seiner Familie heute ein Haus der Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft mit Garten bewohnt, eine neue Heimat und eine gesicherte Existenz in der Deutschen Demokratischen Republik. Abends hilft Eduard Schmidt oftmals noch seiner Tochter Elvira bei den Hausaufgaben.“

Foto: Deutsches Bundesarchiv / Ilja-Mißel



Originalbildunterschrift aus den 1950er Jahren: „Für mich steht es fest, am 15. Oktober die Kandidaten der Nationalen Front zu wählen. Denn ich habe hier eine neue und schöne Heimat gefunden, habe schon wieder einen ganz netten Viehbestand und genieße alle Rechte als Bürger der DDR. Ich rufe hiermit alle Schlesiendeutschen auf, sich meiner Meinung anzuschließen und will auch noch in unserer Gemeinde bei allen Umsiedlern aufklärend wirken, damit alle ihre Stimme am 15. Oktober den Kandidaten der Nationalen Front geben.“

„Volksaktion für Neubauern“, Ziegelbergung für Neubauernhöfe im Kreis Dresden, unter Beteiligung des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens (KWU) und von Jugendwerkstätten. Dresden, Striesen, Fetscherplatz, 27. März 1949



Fotos: StUB / Deutsche Fotothek / Erich Höfner & Ulrich Pohl

SACHSEN

DIE VERGANGENHEIT ALS TABU – Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis der DDR

*Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen.
Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.*

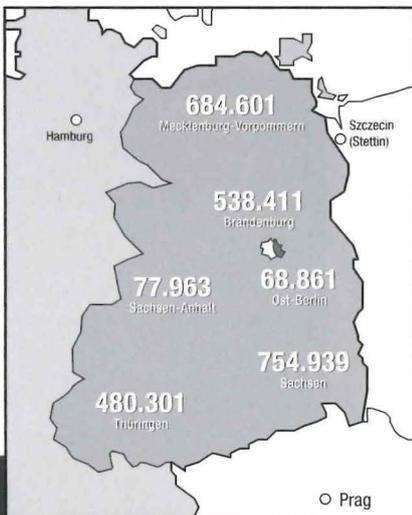
Christa Wolf

Fremd unter Fremden

Obwohl es sich bei der Aufnahme der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland um eine „Wanderbewegung in das Gebiet des eigenen Volkes“ handelte, waren sie Fremde unter Fremdem. Auch für die Einheimischen waren die Vertriebenen Fremde, und das Zusammenleben wurde durch tiefgreifende soziale und kulturelle Konflikte geprägt.

Auf den Schock der brutalen Vertreibung folgte eine weitere traumatische Erfahrung: die tief enttäuschte Hoffnung der Ankommenden, unter ihren Landsleuten solidarische Aufnahme zu finden. Stattdessen fühlten sich viele Vertriebene von Alteingesessenen materiell und kulturell diskriminiert und als Menschen „zweiter und dritter Klasse“. Dies gilt für die Nachkriegsgesellschaft der DDR und BRD gleichermaßen.

Die „Neue Heimat DDR“ –
Flüchtlinge und Vertriebene 1950.
Volkscählungsdaten von 1950
übertragen auf die heutigen
neuen Bundesländer.



Grafik: Alexander Abramow, Quelle: Der Spiegel 1950 in SPRECHT special 2/2002



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Über die „Grüne Grenze“ aus der Sowjetischen Besatzungszone, Ende 1940er Jahre. Von den bis 2,7 Millionen „Republikflüchtigen“ bis zum August 1961 waren 950.000 Vertriebene.

Treffpunkt Zoo: Halle und Leipzig

1950 trafen sich erstmals Hunderte Vertriebene im Zoo von Halle, um der alten Heimat zu gedenken, Freunde aus Jugendtagen wiederzusehen, Erinnerungen auszutauschen, durch die Vertreibung verlorene Kontakte wieder zu knüpfen.

Der Zoo war ein idealer Treffpunkt. Die sogenannten „ehemaligen Umsiedler“ wurden allerdings von der Volkspolizei observiert. Als sich diese Treffen im Zoo wiederholten, schritt die Staatsmacht 1953 ein – sie nahm 598 Heimatvertriebene beim Besuch des Zoos fest. Das war das Ende dieser Treffen. Das Thema Heimat und Erinnerung wurde in die Wohnzimmer verbannt, selbst das gemeinsame Singen von Volksliedern aus ihrer alten Heimat war verdächtig und in der Öffentlichkeit verboten.

Anfang der 1950er Jahre trafen sich wie im Zoo von Halle auch im Leipziger Zoo alljährlich Tausende Vertriebene aus Schlesien und dem Sudetenland, um gemeinsam der alten Heimat zu gedenken. Meist geschah dies am 10. Mai, dem von den westdeutschen Vertriebenenverbänden gefeierten „Tag der Heimat“.

Die starke Repression vor und nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 beendete auch diese Zoo-Treffen in Leipzig. Viele gerade der älteren Vertriebenen machten sich stattdessen bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr auf den Weg, um an den großen Treffen der Schlesier, Sudetendeutschen und Ostpreußen in Westdeutschland teilzunehmen und tarnten das Ganze als Verwandtenbesuch.

Kein Recht auf Heimat

1950 verabschiedete die DDR-Volkskammer ein Gesetz zur Verbesserung der Lebenssituation der Vertriebenen („Umsiedlergesetz“). Während die ökonomische und soziale Eingliederung nur langfristig und nur teilweise erfolgt ist, wurde die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen in der DDR aus politischen Motiven unterdrückt. Ein „Recht auf Heimat“ lehnte die DDR als Ausdruck revanchistischen Denkens ab. Als Heimat galt der SED der sozialistische Staat. Auch aus diesem Grunde wurden die Heimatvertriebenen in der DDR verharmlosend „Umsiedler“ genannt.

Mit dem „Görlitzer Vertrag“ schaffte die DDR 1950 aber auch politische Fakten. Sie erkannte die „Oder-Neiße-Grenze“ an und setzte damit ein wichtiges politisches Signal in Richtung Polen – die neue Grenze wird Bestand haben. Für die Vertriebenen, die in der DDR lebten, hieß das: Die Heimat ist für immer verloren.

Die Vertreibung durfte in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR aus Rücksicht auf die Sowjetunion als Führungsmacht wie auch auf die Verbündeten Polen und ČSSR nicht öf-

Quelle: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Altkanal Jena, Axel Thierker

„Freiheit für Schlesien“.
Die Vertriebenenverbände in
der Bundesrepublik im Jahr
1959 konnten ihr Recht auf
Heimat öffentlich betonen.

LITERATUR – Vorsichtige und langwierige Annäherung an individuelle Flucht- und Vertreibungserfahrungen

Flucht und Vertreibung waren kein Thema der Massensliteratur, sondern blühten eher versteckt und im Verborgenen. Die Schilderungen der Autorinnen und Autoren richteten sich nicht nur an bekannten Tatsachen aus, sondern auch an den ideologischen Vorgaben. Individuelle Vertriebenenschicksale standen nicht im Vordergrund.

Für die Anfangszeit charakteristisch sind vor allem die seit 1949/50 auf politischen Druck veröffentlichten Laiengedichte. Titel wie „Die alte Heimat ist in guten Händen“ sollten vor allem gegen die Sehnsucht der Flüchtlinge und ihre Erinnerung an die alte Heimat ankämpfen.

Heiner Müller (1929 – 1995)

In den sechziger Jahren wurde ebenso wenig zum Thema Vertreibung veröffentlicht wie in den fünfziger Jahren. Hervorzuheben ist Heiner Müllers Drama „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ von 1964, das zwar sozialistisch, aber nicht systemkonform war. Schon die erste aufgeführte Fassung von 1961 bewirkte dessen Verbot.

Christa Wolf (1929)

Ein literarisch sehr anspruchsvoller Beitrag zur Vertreibungsthematik ist Christa Wolfs Roman „Kindheitsmuster“ (1976). Sie schreibt von „Flucht“ und „Flüchtlingen“ und erwähnt den Beschuss eines Flüchtlingszuges durch sowjetische Panzer.

Aber da die Autorin das Leben in der alten Heimat fest mit der NS-Ideologie verknüpft, nimmt ihre Protagonistin die Flucht rückblickend zwar auch als Heimatverlust wahr („Man lässt den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint“), mehr jedoch als eine Befreiung von dem Bösen.

Ursula Höntsch-Harendt (1934)

In den achtziger Jahren fand dann das Vertreibungsthema in der DDR-Literatur stärkere Beachtung. Herausragend dabei war der Tabubruch der gebürtigen Schlesierin Ursula Höntsch-Harendt. In ihrem Roman „Wir Flüchtlingskinder“ (1985) wurde der Fluchtvorgang erstmals offen im Titel angesprochen. Der Roman beschäftigte sich in ganzer Breite mit den Themenkreisen „Alte Heimat“, „Kriegsende“, „Umsiedlung und Ankunft in der SBZ“.

Vor allem die Schrecken der Flucht werden in allen Details dargestellt. Erstmals war so in der DDR etwas zu lesen über die endlosen Trecks, erfrorene Säuglinge, halbverhungerte Alte, von Vergewaltigung, Mord und Selbstmord. Ebenso wurde offen auf das kollektive Massenschicksal der Vertreibung hingewiesen.



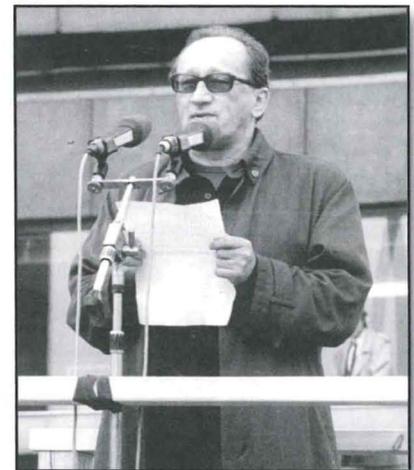
Die Schriftstellerin Anna Seghers (Bildmitte) in einer Delegation deutscher Kulturschaffender während ihres Aufenthaltes in Leningrad auf dem Isaak-Platz, auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes im April 1948

Foto: Deutsches Bundesarchiv



Heiner Müller, Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande, Rotbuch Verlag, 1975

Foto: Privat



Müller spricht bei der Berliner Großdemonstration am 4. November 1989

Foto: Deutsches Bundesarchiv / Heiner Link



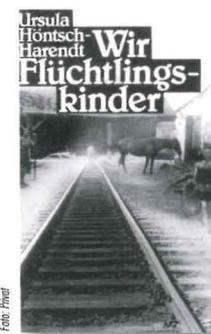
Christa Wolf, Kindheitsmuster, Erstausgabe, Aufbau-Verlag, 1976

Foto: Privat



Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zeichnet die Schriftstellerin Christa Wolf mit dem Nationalpreis III. Klasse für Kunst und Literatur am 5.10.1964 in Berlin aus.

Foto: Deutsches Bundesarchiv, Peter Heinz Jung



Ursula Höntsch-Harendt, Wir Flüchtlingskinder, Mitteldeutscher Verlag Halle-Leipzig, 1985

Foto: Privat

Anna Seghers (1900 – 1983)

1952 schrieb Anna Seghers eine fünfseitige Kurzgeschichte mit dem Titel „Die Umsiedlerin“, auf die sich später mit Christa Wolf und Heiner Müller zwei einflussreiche DDR-Autoren beziehen sollten.

Der Anfang von Seghers' Geschichte ist charakteristisch: „Eine Frau namens Anna Nieth, die Ende des Krieges beim Einzug in Polen aus ihrer Provinz mit Schicksalsgefährten nach Westen gezogen und schließlich in dem kleinen Dorf Lossen hängen geblieben war ...“ Die tatsächliche Herkunft der Vertriebenen bleibt unbekannt. Es kommt „zum Einzug in Polen“, wer aber dort wiederum einzog, bleibt im Dunkeln.

Benno Voelkner (1900 – 1975)

Benno Voelkners 1952 erscheinener Danzig-Roman „Die Tage werden heller“ liest sich wie eine böse Parodie auf die tatsächlichen Geschehnisse. Da winken während der Vertreibung glückliche Danziger einem Sowjetoffizier aus dem Transportzug zu. Die Aussiedlung scheint gelungen. Selbst der Untergang von Flüchtlings Schiffen wurde von Voelkner begrüßt, da es ja nur die „braunen Bonzen“ getroffen habe.

Franz Fühmann (1922 – 1984)

Ähnlich äußert sich auch Franz Fühmann, der der Shakespearischen Komödie verschiedene Motive entnimmt und diese in seiner Erzählung „Böhmen am Meer“ verwendet, in der er Sudetendeutsche darstellt, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Böhmen nach Deutschland vertrieben und an der Ostsee (am Meer) angesiedelt worden waren. Fühmann, der selber aus Böhmen stammt, bejaht in der Erzählung die Umsiedlung uneingeschränkt.



Foto: Deutsches Bundesarchiv / Göttsch-Serif

An der „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ von Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern aus europäischen Ländern vom 13. bis 14. Dezember 1981 nahm Franz Fühmann (rechts) teil.



Foto: Privat

Franz Fühmann, Böhmen am Meer. Novelle, 3. Auflage, Hinstorff-Verlag, Rostock, 1965

Publikationen nach 1989

Nach der friedlichen Revolution kam es zu zahlreichen literarischen Neuerscheinungen, die sich Flucht, Vertreibung und Neuanfang in Sachsen zum Inhalt nehmen.



Foto: Heinz Drewniok

Heinz Drewniok im Gespräch mit Gotthard Bunzel, 2007

Nahezu fünfzig Jahre nach Flucht und Vertreibung konnten sich Betroffene erstmals frei über ihre Erlebnisse äußern. Häufig wurden erst nach 1990 Kinder und Enkel, welche vielfach ein großes Interesse an diesem Thema zeigen, von der eigenen Familiengeschichte in Kenntnis gesetzt.

Es entstanden zahlreiche Publikationen, in denen die Lebenswege der in Sachsen verbliebenen Heimatvertriebenen dargelegt wurden und die nun für eine breite Öffentlichkeit zugänglich sind.

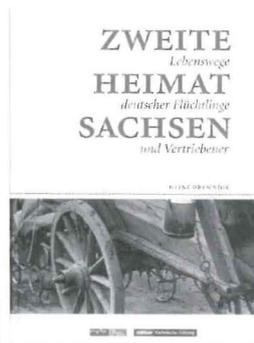


Foto: Privat

Heinz Drewniok, in Gleiwitz geboren, Redakteur und Reporter bei MDR 1 Radio Sachsen, gab dieses Buch im Rahmen der Recherchen zu einem großen Themenabend des MDR Sachsenspiegel und MDR 1 Radio Sachsen heraus.



Foto: Privat

Anna Seghers, Der Bienenstock, Band 2, Aufbau-Verlag, 1953

SACHSEN

BODENREFORM – LANDWIRTSCHAFT – Neues Land in neuer Heimat? Bodenreform und Kollektivierung

Die „Demokratische Bodenreform“ und die Enteignung der „Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ gehörten zu den markantesten Ereignissen in der Sowjetischen Besatzungszone. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ zogen bereits im Sommer 1945 Agitatoren der KPD durch die Dörfer, um die entschädigungslose Enteignung jeglichen Grundbesitzes über 100 Hektar zu propagieren.

Anfang September erließen die Landes- und Provinzialverwaltungen übereinstimmende Verordnungen über die Durchführung der Bodenreform. Das enteignete Land wurde in durchschnittlich 5 Hektar große Parzellen aufgeteilt und an Landarbeiter, Vertriebene und Kleinbauern übergeben.

Mit insgesamt 3,3 Millionen Hektar fiel rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetischen Besatzungszone unter die Bestimmungen der Bodenreform.

Feierliche Übergabe einer Urkunde über die Zuweisung eines Grundstücks durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Sachsen, Kurt Fischer, Helfenberg/Rockau, 1945.



Foto: Fotos: SUD / Deutsche Fotobank / Erich Hillme & Erich Pohl



Urkunde vom 2. Mai 1946 über die Zuweisung eines Grundstücks im Zuge der Bodenreform

Dokument: SUD, Dresden



Fotos: SUD / Deutsche Fotobank / Erich Hillme & Erich Pohl

„Herrenzeit aus“ – mit der Losung: „Freie Bauern auf freier Scholle“ ziehen Bürger aus Helfenberg/Rockau im Herbst 1945 in das enteignete Rittergut Helfenberg ein. Der stellvertretende Ministerpräsident Sachsens, Kurt Fischer, (Bild Mitte) spricht auf dem enteigneten Rittergut anlässlich der Bodenreform, und Kinder führen aus diesem Anlass ein Festprogramm auf, 1945.

Umsetzung der Reform in Sachsen

Eine wesentliche Begründung für die Bodenreform war, Vertriebenen eigenes Land und damit eine wirtschaftliche Existenzgrundlage übergeben zu können. Der verspätete Wechsel von der Abschiebung zur Ansiedlung der Vertriebenen in Sachsen hatte zur Folge, dass diese anfangs nur unterdurchschnittlich von der Bodenreform profitierten.

Als die Boden-Verteilungskommissionen im Herbst 1945 gebildet wurden, durfte sich ein Großteil der Vertriebenen noch gar nicht legal in Sachsen aufhalten. Mit der Bodenreform wurden in Sachsen neben 13.689 Einheimischen 7.463 Vertriebene zu Neubauern. Anfang 1950 bewirtschafteten Vertriebene in Sachsen 37 Prozent des aufgeteilten Bodens auf 23 Prozent aller Neubauernstellen.

GRENZANERKENNUNG UND REPRESSIONALIEN – Protest und Zurückhaltung

Nicht nur mit materiellen Hilfsprogrammen sondern auch mit Grenzenerkennungs- und Repressionspolitik sollte die Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft der SBZ/DDR zügig vorangetrieben werden. Bereits 1950 erkannte die SED-Führung den Grenzverlauf zwischen der DDR und Polen an.

Am 6. Juli 1950 wurde das Görlitzer Abkommen von Vertretern beider Staaten in Zgorzelec, dem nun polnischen Teil von Görlitz, unterschrieben. Darin wurde der Grenzverlauf festgehalten, allerdings verzichtete die Regierung der DDR trotz des zunächst ungelösten Problems auf der Insel Usedom auf die Geltendmachung von Grenzkorrekturen. Auch wurde die Teilung verschiedener Städte und Dörfer entlang der Oder und Neiße, wie Küstrin, Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz, sowie der Verlust von Stettin und Swinemünde ohne Widerspruch akzeptiert.



Foto: Deutsches Bundesarchiv



Mark: Privat

In der DDR 1950 herausgegebene Briefmarke zum Görlitzer Abkommen.

Der Premierminister Polens, Josef Cyrankiewicz, und der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, in den Straßen von Görlitz/Zgorzelec auf dem Weg ins Kulturhaus zur Unterzeichnung des Grenzabkommens vom 6. Juli 1950.



Foto: Deutsches Bundesarchiv

Am 27. Januar 1951 unterzeichneten der Leiter des polnischen Außenministeriums Skrzyszewski und Außenminister Dertinger in Frankfurt/O. das Abschlussprotokoll der Grenzmarkierung der Oder-Neiße-Grenze. Im offiziellen Sprachgebrauch der DDR hieß die Grenze auch „Oder-Neiße-Friedensgrenze“.

„Die Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen haben, von dem Wunsch erfüllt, den Frieden zu festigen und das unter Führung der Sowjetunion stehende Friedenslager im Kampf gegen die Umtriebe der imperialistischen Kräfte zu stärken, sowie in Anbetracht der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik bei der Festigung der neuen demokratischen Ordnung und der Entwicklung der Kräfte, die sich um die Nationale Front des demokratischen Deutschland scharen, vereinbart, dass es im Interesse der Weiterentwicklung und Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen, des Friedens und der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke liegt, die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende, unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren.“

Auf diese Weise verwirklicht die Deutsche Demokratische Republik die Erklärung ihres Ministerpräsidenten Grotewohl vom 12. Oktober 1949. In Durchführung dieser Vereinbarung beschlossen beide Parteien, innerhalb Monatsfrist die Markierung der festgelegten und bestehenden Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße sowie die Frage der Grenzübergänge des lokalen Grenzverkehrs und der Schifffahrt auf den Grenzgewässern durch ein Abkommen zu regeln.“

Wortlaut der Deklaration des deutsch-polnischen Abkommens über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze in Warschau

Quelle: Die Wahrheit dem Volke, Nr. 6, Die Oder-Neiße-Friedensgrenze, Berlin 1950



Foto: Deutsches Bundesarchiv / Walter Heilig

Das Grenzschild, vor der gesperrten Brücke nach Kleinschöna, heute Sieniawka, im Raum Zittau, am 15. Mai 1957.

Die Karte zeigt den Grenzverlauf zwischen Deutschland und Polen entlang der Oder und Neiße – betroffen war auch das Gebiet der ehemaligen Amtshauptmannschaft Zittau östlich der Neiße um Reichenau, das seit 1945 zu Polen gehört.



Karte: Alexander Altmann

Protest – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Am Volksaufstand waren über eine Million Menschen beteiligt.

Ursachen des spontanen Aufstands waren politische und sozialpolitische Forderungen. Nicht nur vereinzelt forderten insbesondere Vertriebene („Umsiedler“) eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Besonders Vertriebene, die in den Dörfern unmittelbar östlich der Flüsse gewohnt hatten, lehnten die Grenze ab. Im Juni 1953 wurde auch in den ländlichen Regionen um Dresden und Görlitz, wo viele „Umsiedler“ lebten, öffentlich gefordert, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR zurückzunehmen.

Aus Breslau wird Wrocław

Die Politik der Anerkennung der Grenze diente dabei in doppelter Hinsicht der Stabilisierung des politischen Systems in der DDR: zum einen für die „Normalisierung“ des Verhältnisses zu den Nachbarn Polen und Tschechoslowakei und zum anderen zum Vorantreiben der Integration der Vertriebenen in die DDR-Gesellschaft.

Wer diese Grenze öffentlich in Frage stellte, konnte als Kriegshetzer strafrechtlich verfolgt werden. Wer weiterhin Breslau „Breslau“ nannte, wurde als unbelehrbarer und gefährlicher „Revanchist“ verdächtigt.

In der Grenzfrage verblieb auch in den folgenden Jahrzehnten eine Diskrepanz zwischen der offiziellen Haltung der SED-Führung und der durch Geheimumfragen ermittelten Einstellung in der Bevölkerung der DDR zur Grenzfrage. Eine geheime Telefonumfrage des Geheimdienstes vom Frühjahr 1965 zeigte, dass 22–25% der DDR-Bevölkerung für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze plädierten. Dies entsprach in etwa den Umfragewerten im Westen Deutschlands.

Die Bundesrepublik Deutschland erkannte erst am 7. Dezember 1970 unter Kanzler Willy Brandt im Warschauer Vertrag die Oder-Neiße-Linie unter dem Vorbehalt einer Änderung im Rahmen einer Friedensregelung als faktische unverletzliche Westgrenze Polens an.

Kirche als Freiraum

Den Vertriebenen in SBZ/DDR war es nicht erlaubt, sich als Interessengruppe in der Gesellschaft zu konstituieren und Vertreibung, Heimatverlust oder gar die Oder-Neiße-Grenze öffentlich zu thematisieren. Eine institutionelle Ersatzfunktion boten die Kirchen in der DDR. Besondere kirchliche Medien und kirchliche Organisationsstrukturen für Vertriebene blieben für die SED schwer zu kontrollieren.

Die Kirche in der DDR bot nicht zu unterschätzende Freiräume. Noch einmal – 1954 auf dem 6. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Leipzig – wurde das Thema der Vertreibung in der DDR öffentlich hörbar. Schwerpunkt dieses Kirchentages war der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Folgen.

Der 6. Deutsche Evangelischen Kirchentag gilt als Anstoß für die stark umstrittene Ostdenkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) von 1965 und als Anstoß für die späteren Ostverträge der deutschen Bundesregierung.

Im Text der „Ostdenkschrift“ von 1965 wurde das Unrecht gegenüber den deutschen Vertriebenen beklagt, zugleich aber empfohlen, das Heimatrecht der polnischen Bevölkerung in den Gebieten jenseits von Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und nicht durch Vertreibung neues Unrecht zu schaffen.

Zur Hauptversammlung des 6. Kirchentages auf der Rosentalwiese erschienen 650.000 Besucher. Er war der letzte gesamtdeutsche Kirchentag bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990 und gilt als der bei weitem größte Kirchentag, der jemals stattgefunden hat.



Foto: Deutscher Bundestag

17. Juni 1953 in Görlitz

„Die Stunde der Freiheit hat geschlagen. Görlitzer, es lebe die Juni-Revolution von 1953!“ Voller Optimismus rief der alte Sozialdemokrat Max Latt diese Sätze den 35.000 Görlitzern zu, die sich am 17. Juni 1953 trotz des von den Sowjets ausgerufenen Belagerungszustandes auf dem Obermarkt der heute in Ostsachsen gelegenen niederschlesischen Stadt versammelt hatten.



Foto: Alexander Krawcow

Görlitz wurde zur „heimlichen Hauptstadt“ der Vertriebenen. In der Grenzstadt galten besondere Bedingungen hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung. So machten die Vertriebenen 40 Prozent der Bevölkerung in Görlitz aus.

Die Überwindung der Teilung der Stadt und die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat war damals ein gemeinsames Anliegen der Görlitzer.

Die Forderungen der Bevölkerung wurden später von der SED-Führung als revanchistische Zielsetzungen gewertet. „Auch das Selbstbewusstsein der Görlitzer Bevölkerung wich nach der Niederschlagung des Aufstandes, als die Jagd nach den Aufständischen einsetzte und die ersten hohen Zuchthausstrafen für die Beteiligung an Protestaktionen verhängt wurden, allmählich der Trauer, zunehmender Zurückhaltung und später der Resignation“

Heidi Roth in: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Köln 1999.



Foto: Deutscher Bundestag

Der 6. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 7. bis zum 11. Juli 1954 in Leipzig statt und stand unter dem Motto „Fröhlich in Hoffnung“ (Römer 12, 12).

SACHSEN

„SCHLESISCHER BERGBAU IN SACHSEN“ – Zwangsverpflichtung und Freiwilligkeit – die Wismut

Tausende Flüchtlinge und Vertriebene fanden nach 1945 im Erzgebirge und damit im Bergbau eine neue Heimat. Heute zeugen vielfach noch die Familiennamen von den ursprünglichen Wurzeln dieser Familien. Auf den Briefkästen finden sich z.B. Familiennamen wie Kramlowski, Gutkowski, Przybylski oder Nemeč.

Besonders seit Kriegsende prägte der Uranerzbergbau, der durch die sowjetische Besatzungsmacht voran getrieben wurde, die Region Westergebirge. Offizielle Titel der 1947 gegründeten Gesellschaft waren „Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetallindustrie Wismut“ (SAG), ab 1953 „Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft“ (SDAG).

Nationalpreisträger 1949 – Otto Fleischer (l.) und Adolf Hennecke (2. v.r.)



Foto: Privatarchiv Dr. Ingrid Klaus Fleischer, Zschornau



Foto: Bergakademie Freiberg, Fotosammlung

Anton Lissner (1885–1970)

Foto: BfW Kreisverband Freiberg



In Schlesien wie in Sachsen: Bergmänner in Tracht – hier bei einer Berg- und Hüttenparade in der Kirchgasse, Freiberg

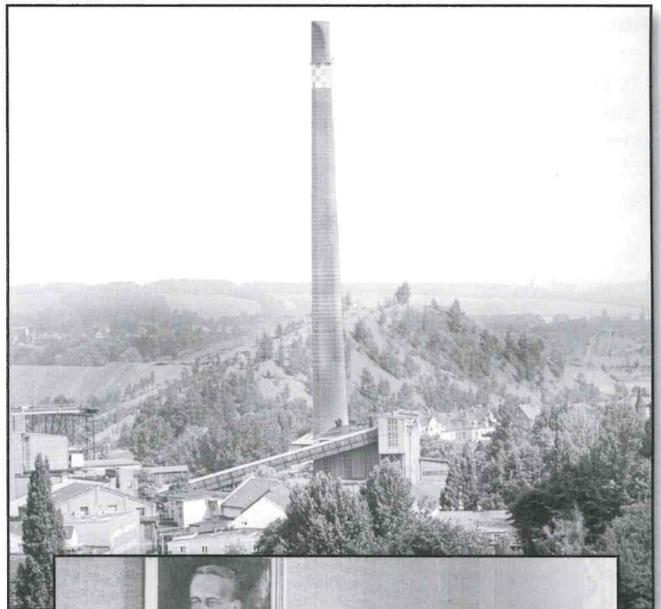


Foto: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek



Foto: Privatarchiv Dr. Ingrid Klaus Fleischer, Zschornau

Otto Fleischer (Mitte) im Martin-Hoop-Stab, 1948 und die Erzaufbereitungsanlage Crossen (Bild oben)

Die Bergakademie Freiberg

Ehemals in Breslau tätige Professoren arbeiteten sowohl im Bergbau als auch an der Bergakademie Freiberg. Von 1947 bis 1949 nahm einer von ihnen die höchste Stelle der universitären Selbstverwaltung ein. Als Rektor bestimmte der Eisenhüttenkundler Ernst Diepschlag maßgeblich die Nachkriegsentwicklung der Bergakademie und genoss als Wissenschaftler höchstes Ansehen.

Auch der ehemalige Prager Professor für Anorganische Chemie, Anton Lissner, wurde nach seiner Ausweisung aus der Tschechoslowakei im Herbst 1945 zum ordentlichen Professor an der Bergakademie berufen.

Der sächsische Steinkohlebergbau nach 1945 ist untrennbar mit dem Namen Otto Fleischer verbunden. Der ehemalige Werksleiter der oberschlesischen Giesche-Gruben wurde vom sächsischen Wirtschaftsministerium als Technischer Direktor der Zwickauer Steinkohleverwaltung eingesetzt. Ende der vierziger Jahre gelang es Fleischer, den Martin-Hoop-Schacht in Betrieb zu nehmen und damit die Produktion zu vervielfachen.

Zusammen mit Adolf Hennecke erhielt er 1949 den Nationalpreis. Ein Grubenunglück im Martin-Hoop-Schacht 1952, das 38 Tote forderte, wurde Fleischer zur Last gelegt. Obwohl er schon 1950 eine Professur an der Bergakademie Freiberg angetreten hatte, konstruierte die Staatssicherheit eine „oberschlesische Verschwörung“. Fleischer wurde bis 1960 inhaftiert und durfte nicht mehr an der Bergakademie arbeiten.

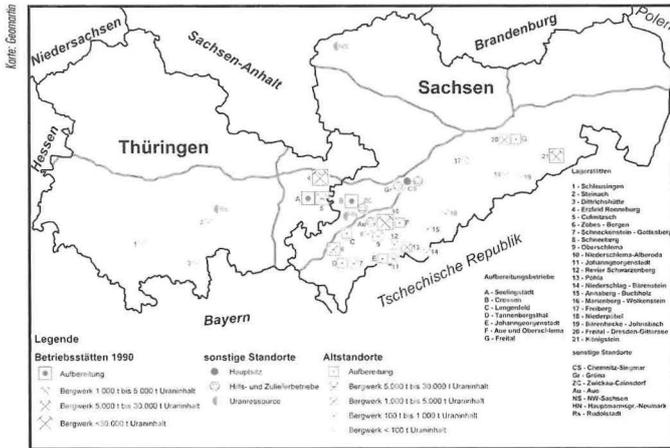
Die Wismut

Sowjetische Experten begannen im Zusammenhang mit dem auf Hochtouren laufenden Programm zum Bau einer Atombombe in der UdSSR noch 1945 mit der Erkundung von Uranerzlagern in der Erzgebirge. In dieser ersten Phase bis zum Frühjahr 1947 konnte der Arbeitskräftebedarf durch die einheimische Bevölkerung abgedeckt werden. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte im Bereich ihrer Zone einen nahezu unbeschränkten Zugriff auf Arbeitskräfte für den „Erzbergbau in Aue“. Der eigentliche Zweck, die Gewinnung von waffenfähigem Uran, sollte sorgfältig geheim gehalten werden. Schon die Bezeichnung „SAG Wismut“ diente der Verschleierung.

Seit 1947 wurde der enorme Arbeitskräftebedarf hauptsächlich über Zwangsverpflichtungen realisiert. So erließ die SMAD am 1. August 1947 einen Befehl zur Stellung von 20.000 Personen. Ab 1948 lockten materielle Vergünstigungen immer mehr freiwillige Arbeitskräfte in das Erzgebirge.

Eine genaue Aufstellung der Herkunft der Beschäftigten der Wismut ist schwierig. Der Anteil der Vertriebenen war offenbar nicht überdurchschnittlich. Jedoch spielen in der Erinnerung vieler Bergleute die aus Schlesien, dem Sudetenland oder aus Ungarn zum Uranbergbau gekommenen Kumpel eine größere Rolle als dies die Statistik ausdrückt.

Vor allem aus dem Waldenburger Revier in Schlesien kamen zahlreiche berufserfahrene Männer zur Wismut. Viele von ihnen stiegen in Schlüsselpositionen auf. Nicht zu Unrecht sprach man bei der Wismut AG in dieser Zeit vom „schlesischen Bergbau“.



Karte der Standorte der Wismut in Thüringen und Sachsen, Stand 1990



Strahlungsmessung, Wismutbergbau



Plakatanschlag der „Erzbergbau AG. Wismut“ zur Anwerbung von Arbeitskräften, Dresden, 1949 (Szene aus dem amerikanischen Dokumentarfilm „Two Cities. A film document photographed east and west of the iron curtain“)

Die Bergbau-Stadt Schneeberg

In Schneeberg war die Einwohnerzahl von 1945 bis 1949 um fast 10.000 Einwohner auf insgesamt 23.112 Einwohner gestiegen. Viele alteingesessene Schneeberger kannten die Schrecken des Krieges nur aus den Wochenschauen bzw. aus den Erzählungen der Heimaturlauber. Sie empfanden die zugezogenen Bergarbeiter und ihre Familien zuerst vor allem als eine Belastung. Die „Uhiesigen“ waren Nahrungskonkurrenten und trugen vermeintlich die Schuld an der Einschränkung des persönlichen Wohnraumes und der wirtschaftlichen Mangelsituation.



Bergarbeiter mit Bohrmachine

In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 kamen immer mehr Bergleute aus den ober- und niederschlesischen Steinkohlengruben, aus dem Sudetenland sowie aus Siebenbürgen nach Schneeberg. Die Unterbringung dieser Bergleute bereitete besondere Probleme.

Schon ab Ende 1946 bestand ein Zuzugsstopp. Über die Aufnahme entschied einzig und allein der Stadtkommandant.

„Ich arbeitete bis 1946 in Waldenburg. Ich wusste, dass ich und meine Familie früher oder später das nun polnische Gebiet verlassen mussten. Über das Umsiedlerlager Frankfurt wurde ich als Bergmann zum Bergbau nach Schneeberg eingewiesen. Wir kamen nach vielen Tagen Bahnfahrt gegen Mittag auf dem Bahnhof Neustädtel an.

Dort musste ich trotz Arbeitseinweisung mit meiner Familie bis gegen 22.00 Uhr ausharren, weil der Stadtkommandant nicht anwesend war. Bei seinem Eintreffen wurde ich zu ihm geführt. Nach Vorlage der Papiere und dem Verweis, ich sei Bergmann, wurde mir eine Wohnung zugewiesen. Zwei Tage später arbeitete ich als Angestellter der Firma W. Wagner GmbH Essen in der Teufe des Schachtes 5.“

Bericht eines Bergmanns aus dem Waldenburger Gebiet

FLÜCHTLINGSPROFESSOREN – Aufstiegschancen für Hochschul-lehrer in der neuen Heimat

Bis 1945 bestanden in den deutschen Ostgebieten, aber auch in Prag, Brünn und Tetschen, deutsche bzw. deutschsprachige Hochschulen. Mit dem Vorrücken der Roten Armee stellten sie ihren Lehrbetrieb ein. Nach Kriegsende wurden diese Hochschulen geschlossen – es entstanden neue Universitäten, an denen allerdings keine deutschen Hochschullehrer mehr tätig sein konnten.

Die „Flüchtlingsprofessoren“ waren für die Hochschulen der DDR, natürlich auch im Land Sachsen, von großer Bedeutung. Jeder zehnte ordentliche Professor war zuvor an einer der „Osthochschulen“ beschäftigt gewesen, an der Bergakademie Freiberg sogar jeder sechste.

Otto Rosenkranz (1911–2007)

Otto Rosenkranz gehörte in den späten 1950er Jahren zu den bekanntesten Agrarwissenschaftlern der DDR. Er zählte zu denjenigen „Flüchtlingsprofessoren“, denen nach 1945 der größte soziale Aufstieg gelang. Der ehemalige Posener Dozent wurde nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zum Lehrstuhlinhaber an der Universität Leipzig und Direktor der landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen in Gundorf.

Seine Ideen zur Optimierung der Landwirtschaft durch größere Produktionsflächen und gezielten Maschineneinsatz wurden von der SED-Führung als Grundlage für die Umstrukturierung der Landwirtschaft herangezogen. „Das Handbuch des Genossenschaftsbauern“ fasste nicht nur bisherige wissenschaftliche Erkenntnisse, auch aus der NS-Zeit, zusammen. Es bildete gleichzeitig eine Anleitung für die neue Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG).

Hans Franke (1909–1955)

Der in Breslau gebürtige Mediziner habilitierte sich 1943 in Königsberg und wurde dort zum Dozenten ernannt. 1948 wurde er an der Universität Leipzig zum Dozenten, 1951 zum Professor mit vollem Lehrauftrag ernannt. Im darauffolgenden Jahr verließ Hans Franke die DDR und leitete bis zu seinem Tod die Innere Abteilung des Städtischen Auguste-Victoria-Krankenhauses in Berlin-Schöneberg.

Julius Forssmann (1879–1952)

Die Wiedereinstellung ehemaliger NSDAP-Mitglieder erfolgte oft auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht. Der Posener Slawist Julius Forssmann war im Juli 1945 in Leipzig eingetroffen. Obwohl er der NSDAP angehört hatte, wurde er schon 1946 wieder an der Universität Leipzig beschäftigt.



Postkarte: Landsmannschaft Ostpreußen



Postkarte: Privatbesitz

Ansicht der Universität Breslau und Universität Königsberg mit Säulenhalle (Bild oben) auf historischen Postkarten, vor 1945



Foto: Bergakademie Freiberg, Fotosammlung

Bergakademie Freiberg – Kegelbau (1962)



Foto: Privatbesitz Dr. Siegfried Schramm, Leipzig

Foto: UAL, DF 1591



Prof. Rosenkranz (Bild oben rechts) im Gespräch mit Landwirtschaftsminister Wladimir W. Mazkewitsch (r.); Hans Franke (Bild oben) und Julius Forssmann (Bild rechts)



Foto: UAL, Fotosammlung N 1153

Professoren der „Osthochschulen“

An den Hochschulen der SBZ wurden Ende 1945 alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP entlassen. Ende der vierziger Jahre konnten jedoch viele von ihnen in den öffentlichen Dienst zurückkehren. Die „Entnazifizierung“ sowie die Abwanderung von Professoren in die westlichen Besetzungszonen führten aber zu einem Mangel an Fachkräften in der SBZ.

Die meisten „Flüchtlingsprofessoren“, die sich nach 1949 noch in der DDR aufhielten, arrangierten sich mit diesem Staat. Sofern die Wissenschaftler bereit waren, sich der SED-Herrschaft gegenüber loyal zu verhalten, boten sich ihnen gute Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten. Professoren der „Osthochschulen“ stiegen in die höchsten Ämter an Universitäten auf.

Universität	Lehrkörper	FP	Anteil FP	o. Prof.	FP als o. Prof.	Anteil-FP als o. Prof.
Berlin	210	7	3,3%	86	6	7,0%
Halle	123	11	8,9%	49	7	14,3%
Greifswald	44	3	6,8%	22	2	9,1%
Leipzig	146	6	4,1%	51	5	9,8%
Rostock	66	6	9,1%	35	5	14,3%
Dresden	97	6	6,2%	59	6	10,2%
Jena	93	8	8,6%	39	5	12,8%
Freiberg	30	5	16,7%	24	5	20,8%
Gesamt	809	51	6,3%	365	41	11,2%
Vergleich Bayern	885	54	6,1%	313	27	8,6%

Statistik: Dr. Michael Frank

Anteile „Flüchtlingsprofessoren“ (FP) unter ordentlichen Professoren (o.Prof.) bzw. im Lehrkörper der Universitäten der DDR (WS 1952/53)

Anton Lissner (1885–1970)

Der Prager Professor für Anorganische Chemie wurde nach seiner Ausweisung aus der Tschechoslowakei im Herbst 1945 zum ordentlichen Professor an die Bergakademie Freiberg berufen.

Anton Arland (1895–1975)

Der 1895 im böhmischen Eisenbrod geborene Anton Arland prägte die Entwicklung der Universität Leipzig in den fünfziger Jahren entscheidend.

Als Dekan der Philosophischen Fakultät und Prorektor für Forschung (1951–1961) war der Agrarwissenschaftler einer der höchsten Repräsentanten der Alma mater. Die von Anton Arland durchgeführten Forschungen zielten insbesondere auf die Steigerung der Ertragshöhe und Ertragssicherheit von Kulturpflanzen ab.

Helmut Heinrich (1904–1997)

Der Mathematiker Helmut Heinrich war nach seiner Flucht aus Breslau bis Oktober 1946 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Junkers-Flugmotorenwerken in Dessau, zeitweilig auch als Dozent an der Technischen Hochschule Dresden tätig.

Als „Spezialist“ wurde er von der Besatzungsmacht in die Sowjetunion deportiert und konnte erst 1954 nach Dresden zurückkehren. Dort wirkte er u. a. als Direktor des Instituts für Angewandte Mathematik und Dekan der Fakultät.

Wiederaufnahme der Beziehungen

Wie andere Hochschulen der DDR schloss auch die Karl-Marx-Universität Leipzig in den siebziger Jahren Kulturabkommen und Arbeitsvereinbarungen mit Universitäten in sozialistischen Ländern ab.



Foto: UUL, ZfP 2701

Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags der Universität Leipzig und der Universität Wrocław (Breslau), 1973

Dass es sich bei der Universität Wrocław um die ehemalige deutsche Universität Breslau handelte, wurde bei der Unterzeichnung durch Rektor Gerhard Winkler und den Vertreter der SED-Kreisleitung, Dietmar Keller, nicht thematisiert.

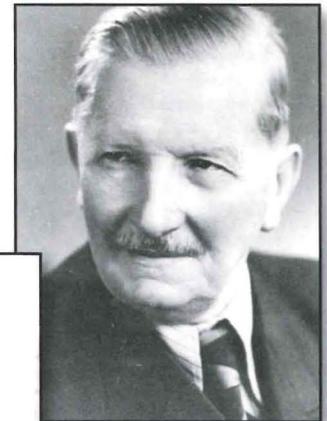


Foto: Bergakademie Freiberg, Fotosammlung



Foto: UUL, Fotosammlung, M.681



Foto: UUL, DF 1591

SACHSEN

DIE ROLLE DER KIRCHEN – Materielle Nothilfe und Seel- sorge – für die aus der Heimat Vertriebenen

Der Evangelischen und der Katholischen Kirche war die karitative Sorge um die Flüchtlinge und Vertriebenen, die schon in der Kriegszeit eingesetzt hatte, gemeinsam. Die örtlichen Pfarr- und Gemeindeglieder waren meist die ersten Anlaufstellen in der Zusammenbruchsgesellschaft. Die Wohlfahrtsapparate beider Kirchen – Innere Mission, die heutige Diakonie, und Caritas – waren im Jahr 1945 die einzigen funktionsfähigen Wohlfahrtsorganisationen, die nach dem Zusammenbruch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt wirksame Hilfe leisteten. Durch die ab 1946 einsetzenden Spenden ausländischer Christen bestand für Vertriebene die Möglichkeit, Leistungen zu erhalten, die unabhängig von staatlichen oder staatsnahen Stellen wie der Volkssolidarität waren.

Die Seelsorge für die Vertriebenen oblag nach den Bestimmungen des Kirchenrechts zunächst den tätigen Pfarrern vor Ort. Die große Zahl der Vertriebenen in den vielfach entfernten Auffang- und Quarantänelagern war für sie oft eine nicht erfüllbare Herausforderung. In Sachsen wurde seit 1945 von der SMAD, später von der SED, versucht, die seelsorgerische Arbeit in den Lagern zu unterbinden und politische Schulungen in den Vordergrund zu stellen.

Ein katholischer Priester im Gespräch mit Gemeindegliedern. Oft begleiteten die Geistlichen ihre Gemeinden auf der Flucht. – Brief (Dokument unten) des Erzbischöflichen Amtes Görlitz an die vertriebenen Breslauer Priester, 1946



Foto: Bischöfliches Ordinariat Görlitz

ERZBISCHÖFliches AMT
Görlitz, Blumenstr. 30/37

Hochwürdigster Herr! Lieber Mitbruder!

Beim Betreten deutscher Bodens in Wehrkirch entboten wir Ihnen ein herzliches Willkommen. Nach harten, persönlichen Erlebnissen, dem Verlassen Ihrer Seelsorgestelle und dem Abschiede aus dem Lande das seit dem Tode der hl. Hedwig Heimat unserer Ahnen war, erwartete Sie unser armes, aus tausend Wunden blutendes Deutschland als Kämpfer für das Reich Gottes. Als solchen grüßen wir Sie hier in dieser Stunde! Sie an die Grenze haben andere Lebenssorgen Sie in Anspruch genommen. Nun ist die Notlage überschritten. Eine neue Zukunft liegt vor Ihnen. Sie wird sich auf dem Boden, der uns geliebt hat, gestalten. Auf diesem Boden haben Millionen hunderttausender Katholiken aus dem Osten eine neue Heimat gefunden. In dem weiten, das Gebot des Herrn erfüllenden Ostgebiete. Vor allem denken wir hier an die ungeschützten, heimatlosen Menschen schmerzlich mit wahrem Heilshunger auf Christus. Es sind zuckende Tatsachen, dass viele ohne Priester sterben, ganze Gemeinden dauernd in härtester Zeit ohne den Trost des hl. Glaubens bleiben, dass eine junge Generation unserer Breslauer Diözesanen – vielleicht auch Ihrer eigenen Pfarrkinder – heranwächst, die niemand zu Christus führt. Noch rufen diese Menschen nach Priestern. Aber wie lange werden sie rufen, wenn sie es immer vergeblich tun und inzwischen die Not ohne Gott zu tragen oder besser, zu verfluchen lernen und sich auf andere Weise "geholfen" halten? Angesichts dieser Unmengen Seelsorgebedürfnis in der sowjetischen Zone sind alle Priester unserer Diözese herzlichst gebeten im Sinne der von Hochwürdigsten Herrn Kapitularvikar ergangenen Anweisung, sich sofort bei uns zum Zwecke der Einweisung in ein neues Arbeitsfeld zu melden. Danach werden wir Sie einer Bischöflichen Dienststelle zuweisen, die Ihnen die Seelsorgefunktion in Ihrer neuen Seelsorgestelle erwirkt. Damit kann die Zonenlinie wieder in bestlicher Richtung überschritten werden. Gott segne Ihren Weg in Ihren neuen Arbeitskreis und Ihr neues Bistum!

Fischer
Donkapitular.

Dokument: Bischöfliches Ordinariat Görlitz

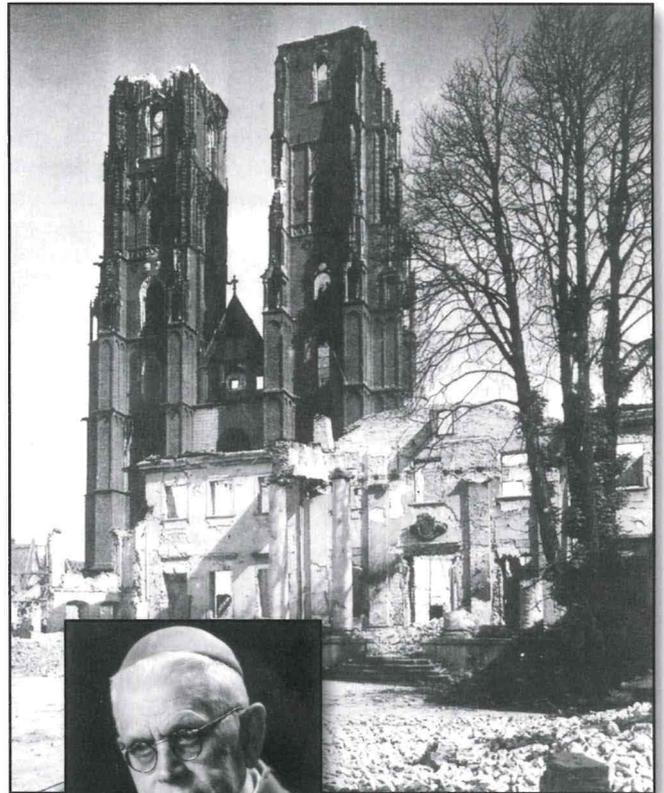


Foto: Bischöfliches Ordinariat Görlitz

Der 1945 zerstörte Breslauer Dom



Der Kapitularvikar, Dr. Ferdinand Prontek, leitete den kleinen Restteil des Erzbistums Breslau westlich von Oder und Neiße – das Erzbischöfliche Amt Görlitz. Er war der einzige hohe katholische Würdenträger aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der seinen Sitz in der DDR nahm.

Auffangbecken für Vertriebene

Beide Großkirchen trafen die Grundsatzentscheidung, zwar vertriebene Geistliche einzustellen und die Belange der vertriebenen Christen besonders zu berücksichtigen, aber keine speziellen Vertriebenengemeinden zu schaffen.

Einzig die Kirchen boten den Vertriebenen einen Rückzugsraum an, wo sie sich ohne Angst vor staatlichen Schikanen zu einer spezifisch landsmannschaftlichen Identität bekennen und kulturelle Traditionen weiter pflegen konnten. Danziger Liederabende oder schlesische Nachbarschaftskreise gab es in der DDR nur in den Kirchengemeinden.

Neue katholische Pfarrgemeinden

Sachsen war mehrheitlich evangelisch. In den evangelischen Gemeinden stellten die Flüchtlinge und Vertriebenen meist nur einen Bruchteil der Gemeindeglieder dar, so dass die Einheimischen nicht gezwungen waren, sich ernsthaft auf die Vertriebenen einzustellen.

Anders war die Situation in der katholischen Kirche, die sich größtenteils in der Diaspora befand und eine Kirche der Zuzuwandernden war. Es entstanden zahlreiche neue katholische Pfarrgemeinden, in denen die Vertriebenen die Mehrheit darstellten, häufig auch noch unter der Leitung eines ebenfalls vertriebenen Priesters, der das Schicksal seiner Gemeinde teilte. Kirchliche Quellen gehen davon aus, dass bis zu 40 Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen Katholiken waren.

HELFFEN BEIM WIEDERAUFBAU – Heimatvertriebene und der wirtschaftliche Wiederaufbau

Der rasche wirtschaftliche Aufbau nach dem Krieg ist bis heute in der öffentlichen Erinnerung in Deutschland, wie auch in der persönlichen Erinnerung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration als „wunderbare“ Erfolgsgeschichte verwurzelt.

Einen wichtigen Beitrag dazu haben auch die Flüchtlinge und Vertriebenen geleistet, die als Arbeitnehmer fehlende Arbeitskräfte ersetzten oder als Unternehmer neue Industriezweige aufbauten, einheimische Produktpaletten erweiterten und dazu beitrugen, lokale wie regionale Wirtschaftsstrukturen zu modernisieren.

In der Möbelfabrik Mühlhausen (Thüringen). Hier wurden im November 1947 Möbelteile für den Bevölkerungsbedarf gefertigt. Die Möbel wurden zu dieser Zeit über die Ausschüsse der Volkssolidarität an die Vertriebenen ausgegeben, die in ihren Wohngebieten eine neue Heimat gefunden hatten.



Foto: Deutsches Bundesarchiv / Dreyer

Neue Industriezweige entstehen

Aus den Randgebieten der Tschechoslowakei sind schon viele Hunderttausende deutsche Umsiedler in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands gekommen. Weitere folgen nach. Das Tempo des Wiederaufbaus und die Rückkehr zu einem normalen friedlichen Leben hängt wesentlich von der Zahl der zur Verfügung stehenden fachlich ausgebildeten Arbeitskräfte und ihrer Leitung ab. Die Umsiedler helfen uns, den Mangel an Arbeitskräften zu überwinden, ja noch mehr, sie bringen notwendige Facharbeiter mit, die eine Bereicherung für unsere deutsche Industrie darstellen und selbst solche Industriezweige erreichen können, die vordem in Deutschland nicht sehr verbreitet waren.

In der sächsischen TEXTILINDUSTRIE wurden in den letzten Wochen mehrere Tausend Textilarbeiter eingestellt, die aus der nordböhmischen Textilindustrie kommen. Trotzdem besteht noch Arbeitskräftemangel. Sachsen holt aus Gebieten der sowjetischen Besatzungszone noch süddeutsche Textilarbeiter, die bereits in anderen Provinzen der Zone untergebracht waren, da noch Zehntausende von Textilarbeitern für die sächsische Industrie benötigt werden.

Die METALLARBEITER unter den Umsiedlern sind über sämtliche Länder und Provinzen verteilt worden, weil Metallarbeiter überall gesucht sind. Eine größere Gruppe Umsiedler arbeitet im Eisenwerk Thale im Harz an den Schmelzöfen und im Walzwerk.

BERGARBEITER aus dem Falkenauer und Teplitzer Revier wurden im thüringischen Erzgebirge untergebracht. In Bitterfeld und Mansfeld fördern Bergarbeiter aus Brüx und Aussig. Die Entwicklung des deutschen Kohlen- und Erzbergbaus erfordert die Einstellung weiterer Bergarbeiter, so dass noch viele Bergarbeiterumsiedler Beschäftigung finden können.

Die böhmische GLASINDUSTRIE und die Gablonzer Schmuckindustrie haben Weltruf. Die Glasarbeiter, die aus dem Sudetenland kommen, sind Spezialisten und Künstler in ihrem Beruf. Mit ihrer Hilfe wird Deutschland auf dem Weltmarkt einen bedeutenden Platz im Export von KUNSTGLAS und GLASSCHMUCK erreichen. Es besteht der Plan, die Arbeiter und Fachleute der Gablonzer Schmuckindustrie im wesentlichen in Thüringen zu konzentrieren, da dort die Glasindustrie heimisch ist. Aber auch die Provinzen Sachsen und Brandenburg bewerben sich um die sudetendeutschen Glasarbeiter. Die Provinzialverwaltung Sachsen stellt bereits einen Kredit von vier Millionen Mark an Umsiedler zum Aufbau einer Glasindustrie zur Verfügung, die ihr Zentrum in Quedlinburg haben soll.

Die MUSIKINSTRUMENTENMACHER aus dem böhmischen Teil des Erzgebirges brauchen nicht weit umzusiedeln, wenn sie weiter Geigen, Cellos, Gitarren, Ziehharmonikas und Blasinstrumente aus Blech oder Holz bauen wollen.

In Jüterbog wird die Erzeugung KÜNSTLICHER BLUMEN eingerichtet. Die Fach- und Heimarbeiter dazu kommen aus den Gebieten von Schluckenau.

Die SPITZENKLÖPPELEI, ein wichtiger Zweig der Heimindustrie, hat Zuflucht in Thüringen und im sächsischen Erzgebirge gefunden.



Foto: SLUB / Deutsche Fotothek / Erich Höme & Erich Pohl

Arbeiterin – eine „Umsiedlerin“, wie die Vertriebenen im offiziellen Sprachgebrauch der DDR bezeichnet wurden, an ihrem Arbeitsplatz. Davor ein Plakat mit ihrer Selbstverpflichtung, aus der Foto-Serie: „Verpflichtungen“ anlässlich des 7. Jahrestages der Zerstörung Dresdens, 1952.

Zum Erntefest haben die Vertriebenen im Kulturhaus eine Tafel mit den Aufbauergebnissen des Dorfes ausgehängt. Hier spricht Neubauer Bernsee (links, mit Bleistift) mit den Vertriebenen über das Blitzbauprogramm, 1950.

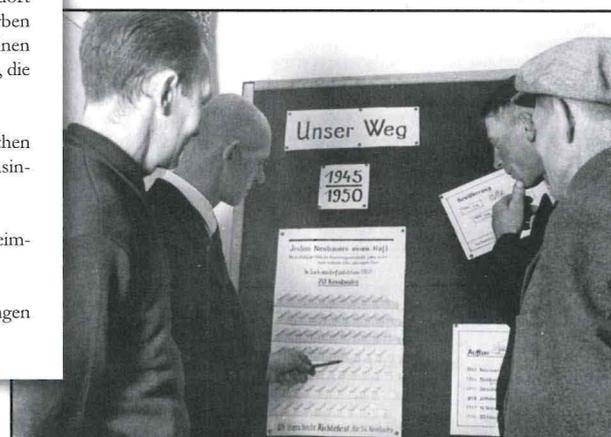


Foto: Deutsches Bundesarchiv

Dokument: Auerbacher Zeitung

Abschrift eines Artikels über Etablierung neuer Industriezweige in der Region um Auerbach durch den Zuzug der „Umsiedler“, Auerbacher Zeitung, Montag, 19. August 1946

Flüchtlinge und Vertriebene als wirtschaftlicher Faktor

Der Wiederaufbau Sachsens nach Kriegsende wurde durch die Heimatvertriebenen wesentlich beeinflusst und angekurbelt. Denn unter ihnen waren gut ausgebildete Fachkräfte aus allen Bereichen, aber auch Unternehmer, Akademiker und Ingenieure. Sachsen gewann mit ihnen ein gewaltiges wissenschaftlich-technologisches Potenzial.

An den Beispielen Bergbau und Landwirtschaft, aber auch Bau-, Glas-, Textil- und Bekleidungsindustrie lässt sich nachvollziehen, wie Flüchtlinge und Vertriebene gemeinsam mit den Einheimischen den Aufbau bewältigten und neue Akzente setzten.

Margarete Hauptvogel, ein Vertriebenen-Kind, hier im 2. Lehrjahr mit ihrer Lehrmeisterin, 1950



Fotos: Deutsches Bundesarchiv



Dietrich Porath beim Schweißen eines Auspufftopfes einer „Nati-Raupe“ 1958. Der Bedarf an Fachkräften konnte ohne die Heimatvertriebenen nicht befriedigt werden. Sie halfen, dieses Problem zu lösen.

Propaganda-Foto „Schilfa, Bauern mit Melkmaschinen“, 6. September 1960



Fotos: Deutsches Bundesarchiv

Das Schicksal eines Unternehmers

Zu Fuß von Berzdorf nach Löbau, diesen Weg lief Wenzel Pietsch 1945, um Genehmigungen für die Aufnahme seines Betriebes zur Glas- und Schmuckwarenherzeugung einzuholen. Wenzel Pietsch, geboren am 6. Oktober 1882 in Kriesdorf im Sudetenland, war unter anderem in Gablonz (Jablonec nad Nisou) selbständig tätiger Glasschleifer.

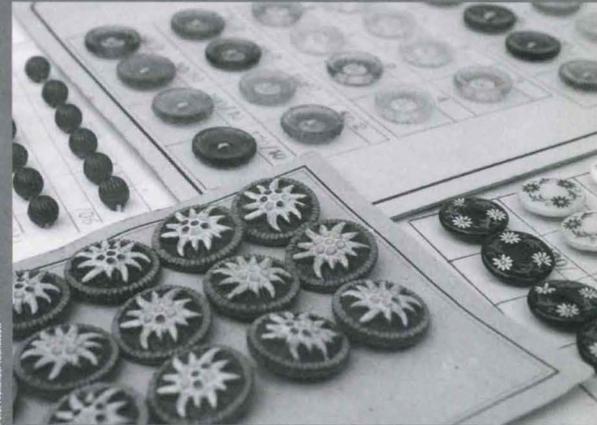


Foto: Alexander Abramow

Nach der Vertreibung aus der Heimat, im Juli 1945, lies sich Wenzel Pietsch unweit der Grenze zur Tschechoslowakei in Berzdorf a.d. Eigen nieder. Er mietete eine alte Ziegelei und richtete diese zur Glasbearbeitung ein. Stangenglas, welches er aus Niesky bezog, wurde genutzt, um Glasknöpfe herzustellen. Diese wurden geschliffen und in Heimarbeit bemalt. Ca. 70 Arbeiter fanden so Arbeit.

Die Geschäfte liefen bis 1949 gut. Es gab Exportaufträge bis nach Reykjavik. Doch die Lieferung dieses Auftrages nach Island wurde von staatlicher Seite unterbunden. Anschließend blieben die erforderlichen Kohlezuteilungen aus. Die Firma W. Pietsch & Co. GmbH musste Konkurs anmelden.

Am 17. Dezember 1950 starb Wenzel Pietsch in Berzdorf a.d. Eigen. Diesen Ort gibt es mittlerweile nicht mehr, er musste dem Braunkohletagebau weichen.

Flüchtlinge und Vertriebene in der Propaganda

Häufig wurde die Integration der Vertriebenen zur Propaganda genutzt: „Wir haben unser gutes Auskommen in unserer neuen Heimat und wollen nicht, daß wir nochmals in Not und Elend gestürzt werden“, so Frau Franziska Steinke.

Die Original Bildunterschrift aus der DDR zu dem hier links abgebildeten Propaganda-Foto lautete weiter: „Als ehemalige Umsiedler bewohnen sie im Ortsteil Schilfa ein neu erbautes Gehöft, für das die Regierung der DDR 23.000 DM zur Verfügung stellte. Jährlich brauchen sie jedoch nur 150 DM für Tilgungsraten und Zinsen zu zahlen. Ihre gemeinschaftlichen Einkünfte in der LPG belaufen sich monatlich auf Netto 800 DM.“

SACHSEN

SICHTBARE ZEICHEN – Lebendige Erinnerung an die Heimat

„Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“, lautet ein Sinnspruch. Er stammt von dem deutschen Schriftsteller Jean Paul aus dem 19. Jahrhundert. Seit der friedlichen Revolution erinnern die Heimatvertriebenen daran, dass ihr Schicksal Teil der deutschen Geschichte ist, ihr kulturelles Erbe Bestandteil der gesamtdeutschen und europäischen Kultur.



In Vitrinen sind zahlreiche historische Schriften und Bücher ausgestellt. Diese dienen als Anschauungsmaterial, vor allem bei der Zusammenarbeit mit Schulen der Region in Projekten zum Thema Flucht und Vertreibung.

In den Heimatstuben, wie hier in Auerbach, finden sich viele Kleinodien und Erinnerungen an die alte Heimat.

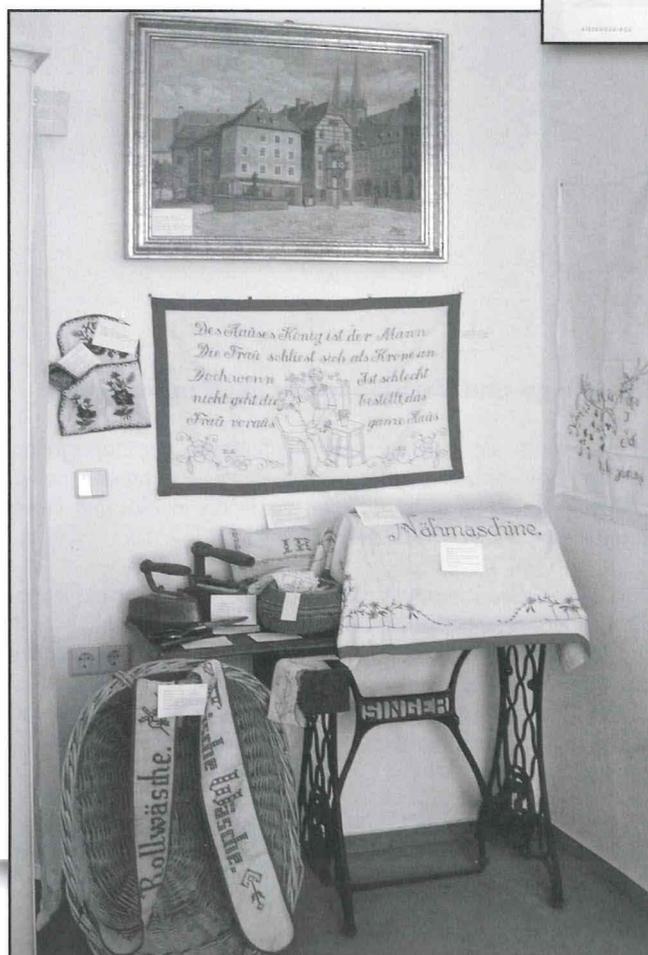


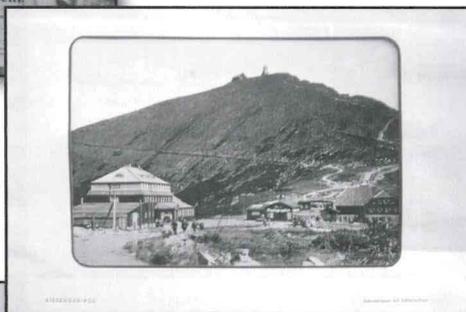
Foto: Privat



Foto: Privat



Ein Teil der Ausstellungsstücke wurde von der Handarbeitsgruppe des BdV Kreisverbandes Auerbach hergestellt. Der Großteil, insbesondere die Trachten, sind jedoch sehr gut erhaltene Originale (Bild oben).



In der Infothek Zwickau existiert eine Sammlung historischer Ansichten. Hier: Schneekoppe mit Schlesierhaus.

Die Heimatstuben

Die Heimatstuben und heimatlichen Sammlungen charakterisieren häufig eine Region anhand von zusammengetragenen Exponaten und Dokumenten, welche vielfach aus dem persönlichen Besitz Vertriebener stammen.

Fotos, Dokumente und Exponate künden von den Regionen, aus denen die Vertriebenen herausgerissen wurden, und zeigen schonungslos die Brutalität des Krieges auf. Ziel der vielen in Heimatstuben und Sammlungen ehrenamtlich Wirkenden ist die Erhaltung und Pflege der Geschichte und Kultur sowie die Vertretung von Vertriebenen und Spätaussiedlern. In den Präsentationen zeigt sich eine starke und ursprüngliche Lebendigkeit, welche vor allem auf deren regionalen Bezug zurückzuführen ist.

Die heimatlichen Ausstellungen zeigen, wenn bisweilen auch mit wenigen Objekten, eine eindrucksvolle Auswahl des kulturellen Erbes der Vertreibungsgebiete. Darüber hinaus gibt es viele Vertreibungs- und Fluchtgepäckstücke, welche in letzter Minute noch mitgenommen werden konnten, wie zum Beispiel Gebets- und Andachtsbüchlein. Ferner gibt es eine Reihe von Vertreibungsdokumenten sowie Bilder, Haushaltsgegenstände und Schmuckstücke zu sehen. Des Weiteren sind traditionelle Trachten aus der Heimat zu besichtigen.

Gedenksteine – Orte der Erinnerung

Die Mahnmale spiegeln das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen wider. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, also auch in Sachsen, konnten sie erst nach der friedlichen Revolution errichtet werden. Oft waren es private Initiativen, die sich dem Aufstellen eines Gedenksteines verpflichtet fühlten, hierfür einen geeigneten Ort suchten und die Spenden und Fördermittel zur Finanzierung ihres Wunsches nach einer bleibenden Erinnerung einwarben.

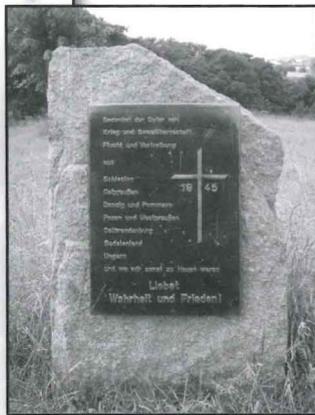
Auffallend sind die vielen Gedenkorte in Grenznähe, welche häufig an tagelange Märsche erinnern und oft an dem Ort errichtet wurden, an welchem die Vertriebenen erstmalig sächsischen Boden betraten.

Bemerkenswert sind weiterhin die vielen Mahnmale, welche in der alten Heimat, vor allem im Gebiet der heutigen Republik Polen, errichtet wurden. Diese sind zweisprachig gehalten und erinnern alte wie neue Bewohner daran, sorgsam mit der Geschichte ihrer Orte umzugehen und verdeutlichen den gemeinsamen Willen einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit.

Fotos: Tessen Mitzsche



Im Amstelpark in Zwönitz befindet sich der „Platz der Heimat“. Hier ist unter anderem ein Gedenkstein und ein Wegweiser aufgestellt, der in den jeweiligen Richtungen die Kilometerzahlen nach ehemals deutschen Städten anzeigt.



Der Vertriebenenfriedhof Freiberg

Etwa 72.000 Flüchtlinge und Vertriebene durchliefen im ersten Jahr nach Kriegsende die Auffanglager in Freiberg. Viele von ihnen verstarben an den Folgen von Flucht und Vertreibung, so dass eine neue Bestattungsstätte, der so genannte „Flüchtlingsfriedhof“, erforderlich wurde.

Im Zeitraum 1945 bis 1948 entstanden hier 1.375 Grabstellen. Die genauen Heimorte der Verstorbenen sind nur bis zum Sterbedatum 1947 bekannt. Danach verbot ein Beschluss der SED-Parteiführung jegliche Erwähnung der Heimorte in den Kirchenbüchern und in den Sterbeurkunden.



Foto: Bernd Pöhl

Im April 1993 wurde im Beisein des Parlamentarischen Staatssekretärs im Sächsischen Innenministerium, Herrn Dr. Albrecht Buttolo, ein „Stein der Mahnung“ auf dem Donatsfriedhof eingeweiht. Bis dahin waren auf dem „Flüchtlingsfriedhof“ keine Grabstellen mehr erkennbar.

2002 wurden nach Einzäunung des Friedhofes und Aufstellung der Stelen, welche die Namen der Verstorbenen tragen, im Beisein des Staatsministers der Staatskanzlei, Herrn Stanislaw Tillich, neue Gedenksteine auf dem „Flüchtlingsfriedhof“ eingeweiht. Die Steine und Stelen sind aus schlesischem Granit gefertigt.



Fotos: Tessen Mitzsche

Die Gedenkstätte „9. Juni 1945“ in Deutschnendorf (beide Bilder) lädt zum Innehalten, Nachdenken und Erinnern an die schrecklichen Kriegs- und Nachkriegsereignisse ein. Errichtet wurde sie insbesondere zum Gedenken an die Opfer des Marsches von Komotau (Chomutov) in tschechische Zwangsarbeitslager.

FAMILIENGESCHICHTE FAUST: 120 Jahre Bäckerei-Konditorei Faust in Weißholz/Schlesien und Großenhain/Sachsen

Vorgeschichte in Schlesien

Die Geschichte dieser Familie beginnt in Schlesien, in Weißholz. Sie ist vor allem die Geschichte des Bruno Faust, welcher dort am 31. März 1932 geboren wurde.

Weißholz mit 320 Einwohnern, links der Oder, liegt knapp 10 km südöstlich der Kreisstadt Glogau. In dieser landwirtschaftlich geprägten Umgebung hatte der Großvater von Bruno Faust, Fritz Faust, im Jahre 1888 eine Mühle und eine Bäckerei gegründet. Beide sind im Jahre 1920 von dessen Sohn Georg Faust, geboren 1886 in Weißholz, übernommen worden.

Neben Mühle und Bäckerei bildete auch die Landwirtschaft eine Existenzgrundlage. Durch zielstrebigem Fleiß war es der Familie Faust gelungen, in Weißholz zu Ansehen und Wohlstand zu kommen. Sie hatte fünf Kinder. Die Töchter Edith (geb. 1925), Irmgard (geb. 1926) und Irene (geb. 1929) lebten noch im elterlichen Haushalt. Der ältere Sohn ist im Jahre 1942 an der Ostfront gefallen, der jüngere Sohn, Bruno Faust, war damals noch ein Kind.



Die Backwindmühle von Georg Faust in Weißholz, vor 1945 (Bild links); Bruno Faust und seine Schwester Irene (Bild unten) vor der Scheune der Familie, Weißholz, ca. 1940



Foto: Pflaß



Foto: Pflaß

Edith Faust, Schwester von Bruno, vor dem Wohnhaus und der Bäckerei bei der Vorbereitung der Evakuierung aus Weißholz, Januar 1945

Historische Ansicht aus Weißholz:
die Schule

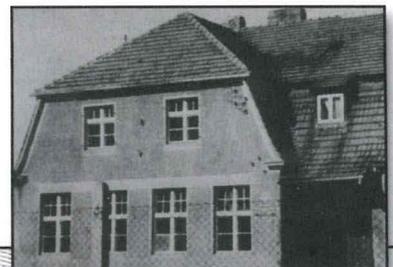


Foto: Pflaß

Ehemaliges Wohnhaus der Familie Faust in Biala (Weißholz), Kreis Glogów (Glogau), ca. 1964

Flucht vor der Roten Armee

Das Leben in Weißholz lief in unveränderten Bahnen, bis der Krieg im Januar 1945 auch dieses Dorf erreichte. Dem Evakuierungsbefehl folgend, ist die Familie Faust am 27. Januar 1945 bei minus 15 bis 20 Grad und Schneetreiben mit einem Pferdewagen im Treck geflüchtet. Die Planwagen wurden mit dem Nötigsten, insbesondere mit einigen Sack Hafer für die Pferde, beladen.

Zunächst ging es in Richtung Glogau, wo bereits am 26. Januar die Totalerakuierung der Stadt angeordnet worden war, anschließend noch am gleichen Tag weiter westwärts. Der Vater war vorerst in Weißholz zurück geblieben, weil er Teig angerührt hatte, der noch zu Brot verbacken werden musste. Er ist zwei Tage später auf dem Fahrrad seiner Familie gefolgt. Mit dem Pferdewagen ging es weiter Richtung Bunzlau, Rauschen und Penzig.

Am 4. Februar 1945 haben sie bei Zodel (nördlich von Görlitz) die Neiße überquert und am 13. Februar 1945 Kuckau erreicht. Von dort war der erleuchtete Himmel über Dresden zu sehen. Am 16. Februar 1945 kamen sie in Königsbrück an; am 20. April 1945 ging es weiter nach Dresden.

Rückkehr nach Schlesien

Doch der Vater wollte wieder nach Hause. Er wollte „Kartoffeln stecken“. Das musste nun bald geschehen, denn wovon sollte die Familie im nächsten Winter leben? Deshalb hatte sich die Familie Faust gleich nach dem Ende des Krieges auf den Weg ostwärts nach Hause gemacht. Doch bereits in Görlitz kamen ihnen massenweise Schlesier entgegen, die bereits vertrieben worden waren und in Richtung Westen drängten.

Es war die Zeit der „wilden Vertreibungen“. Doch der Vater ließ sich nicht beirren. So erreichte die Familie Faust, noch auf einem Pferdewagen, am 15. Juni 1945 wieder ihr Heimatdorf Weißholz. Die Rote Armee hatte den Ort besetzt, und zwischen ihr und den ersten Polen gab es erhebliche Spannungen. Der Ort war verwüstet und geplündert. Die deutsche Bevölkerung war völlig rechtlos.

Zwangsarbeit, Tod und Vertreibung

Georg Faust wurde als Kapitalist und Faschist bezeichnet. Unter Bewachung durch Rotarmisten mussten die Zurückgekehrten in Weißholz auf dem Gutshof arbeiten, wo auch deutsche Soldaten gefangen gehalten wurden.

Am 11. August 1945 hatten alle Deutschen auf Befehl der Roten Armee mit ihren restlichen Habseligkeiten das Dorf zu verlassen.

Unter Bewachung durch Rotarmisten ging es mit Handwagen auf einen Fußmarsch in Richtung Glogau. Sie kamen vorerst bis Noßwitz. Dort wurde den Bewachern bekannt, dass bei einem folgenschweren Zwischenfall ein Rotarmist auf mysteriöse Weise (Vergiftung?) ums Leben gekommen war. Als Vergeltung sollten Deutsche exekutiert werden. Geschossen wurde auf eine junge Frau, die aber nicht sofort tödlich getroffen wurde. Den Rest besorgte ein Schlag mit dem Gewehrkolben. Und dann wurde, in Gegenwart seiner Frau und seiner Kinder, Georg Faust erschossen. Den Säugling der jungen Frau übernahm deren Schwester. Beide haben das Grauen überlebt. Nach dem notdürftigen Verscharren der Getöteten am Wegesrand in einem Spargelfeld wurde die Gruppe von den Rotarmisten an die polnische Miliz übergeben.

Eingesperrt in einer Scheune, verbrachten sie die folgende Nacht. Am nächsten Tag wurden einige aus der Gruppe verhört und dabei auch geschlagen. Unter Bewachung durch polnische Milizen ging der Fußmarsch der traumatisierten Menschen weiter nach Herrndorf. Gemeinsam mit anderen Deutschen mussten sie unter Bewachung durch polnische Miliz auf dem dortigen Gut arbeiten, ohne Entgelt, lediglich für eine notdürftige Verpflegung. Die zur Zwangsarbeit Verpflichteten, es waren etwa 70 Deutsche, wurden innerhalb des geschlossenen Gutshofes in Gesindehäusern untergebracht. Der 13jährige Bruno, geschickt im Umgang mit Pferden, wurde als Kutscher eingesetzt. Er hatte die polnischen Aufseher zur Zentrale der polnischen Miliz in Glogau zu kutschieren.

Am 23. August 1947 erfolgte die endgültige Vertreibung aus Herrndorf. In Glogau wurden je etwa 35 Personen in geschlossene Güterwagen verladen und in Richtung Westen transportiert. Keiner hatte viel Gepäck, es fehlte an Lebensmitteln. Kurz vor Erreichen der Neiße wurde der Güterwagen bei Teuplitz auf ein Abstellgleis gefahren. Alle Personen wurden einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen, wobei das Interesse insbesondere Wertgegenständen und Geld galt. Bei Forst überquerten sie die Neiße. Nach Tagen bei großer Hitze, aber nun ohne Bewachung kamen sie über Naumburg nach Zeitz, wo sie in ein bestehendes Quarantänelager eingewiesen wurden.

Erlebnisbericht von Bruno Faust über seine Vertreibung aus der Heimat, aufgezeichnete von Irma Traut Schirotzek

Ankunft in Sachsen

Am 16. November 1947 fand der weite und schwere Weg aus der Heimat nach zwei Jahren und 10 Monaten in Königsbrück sein Ende.

Im Januar 1948 begann Bruno Faust eine Bäckerlehre in Königsbrück, weil es „weitergehen musste“. Er arbeitete als Geselle und erhielt im Jahre 1955 den Meisterbrief für das Bäcker- und Konditorenhandwerk.



Seit dem 15. November 1956 betrieb Bruno Faust in Großenhain eine eigene Bäckerei. Dafür hat er in seiner Frau Erika die ideale Partnerin gefunden. Am 1. Juli 1989 erfolgte die Übergabe an den Sohn Detlef Faust. Im Jahre 1996 wurde durch die Eröffnung eines Cafés das Geschäft erweitert. Seit dem Jahre 2007 wird das Geschäft in fünfter Generation vom Enkel Sebastian Faust betrieben. Im September 2008 konnte das Geschäft sein 120jähriges Bestehen feiern. In der Speisekarte wird auf diese Geschichte hingewiesen.

Wenn Bruno Faust heute in seine alte Heimat reist, findet er kaum noch etwas Vertrautes. Das Vergangene ist nahezu ausgelöscht, der Friedhof geplündert, die Grabsteine verkauft. Auf weitere Reisepläne in die Heimat angesprochen, sagt er: „Ich werde wohl nicht mehr fahren“. Er ist in Großenhain angekommen. Aber die Erinnerung an Weißholz, das jetzt Białoleka heißt, wird stärker gegenwärtig, je weiter die Lebensjahre von Bruno Faust fortschreiten. Sie scheint ihn zu überwältigen, sobald das Gespräch auf die Heimat und das Schicksal seiner Familie, insbesondere auf das des Vaters, kommt. Diesen Schmerz aller Betroffenen zu respektieren, so Bruno Faust, ist Aufgabe der gesamten deutschen Gesellschaft.

Eine Karte auf Seite 68 zeigt den Weg von Flucht und Vertreibung der Familie aus Schlesien nach Sachsen.

Teigschneide und Plätzchenausstecher – Startkapital in der neuen Heimat



Foto: Alexander Abramow

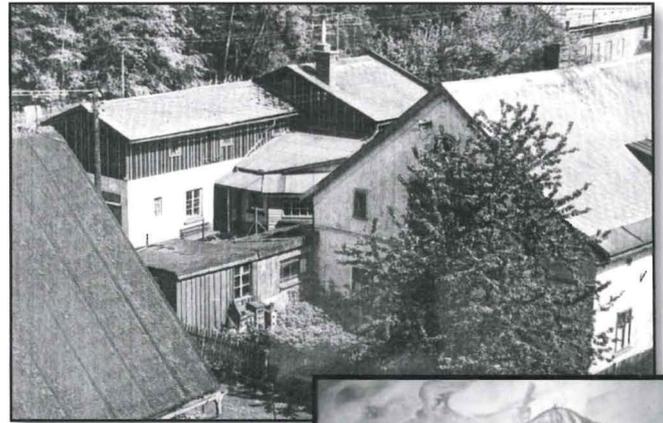
SACHSEN

FAMILIENGESCHICHTE GALL: Vom Koppengeist zu Robotron – die Geschichte der Familie Gall aus Freiheit im Riesengebirge

Aufgewachsen im Riesengebirge

Solange Generationen ihre Erinnerungen weitergegeben haben, lebten deutsche Familien im böhmischen Riesengebirge. Bis 1918 gehörte Böhmen zu Österreich-Ungarn. Die Gebirgsgegenden sind seit dem Mittelalter vorwiegend von Deutschen besiedelt worden. Das Verhältnis zwischen den Deutschen und Tschechen war bis dato friedlich und gut.

„Am 20. November 1938 wurde ich als erstes Kind nach der Besetzung der ČSR durch Hitlerdeutschland in Freiheit an der Aupa geboren. Der Ort heißt heute Svoboda nad Upou und liegt an der Zufahrtsstraße nach Petzer (Pec pod Snezkou) und zur Schneekoppe. Meine Mutter, Erna Gall, geb. Formann, 1913 ebenfalls in Freiheit geboren, erinnert sich noch gut an ihre Schulzeit, in der sie drei Generationen von Politikern als Konterfei im Klassenzimmer hängen sah: Österreichs Kaiser Franz-Josef, Masaryk als Präsident der ČSR und schließlich Hitler. Seit 1899 war bis 1945 am Schulgebäude der Schriftzug angebracht: Volksbildung – Staatenglück“, so Herbert Gall.



Geburtshaus von Herbert Gall, Gebirgs-Straße 90; im Hinterhaus befand sich die Fa. Anton Gall, „Koppengeist“ (oben); „Koppengeist“-Kräuterlikör des Riesengebirges, Reklameschild (links)



Familie Bönsh in der Wiesenbaude, vorn rechts Erna und ihre Mutter Adolfine, ca. 1916

Familie Formann – Josef Formann in K&K-Uniform, Erna, geboren am 9. November 1913, links auf dem Tisch bei der Mutter sitzend, 1914



Abzeichen des Riesengebirgsvereins (RGV) von 1880



Urkunde Heimatsammlung, Josef Formann, 1930

Die Vorfahren

Der Großvater von Herbert, Josef Formann, war den Veröffentlichungen nach eine renommierte Persönlichkeit der Gegend. Er war maßgeblich beteiligt an der Gestaltung der Heimatsammlung und des Vereins für Heimatkunde, der Einführung des Skifahrens im Riesengebirge und der Gründung des Riesengebirgsvereins. Als Geschäftsmann betrieb er einen kleinen Einzelhandel für „Alles“ und einen „Groß“-Handel für technischen Bedarf der Gebirgsbuden und betätigte sich als Mentor für Skisportler.

Seine Frau, Adolfine Formann, geb. Bönsh, war die Mitbesitzerin der Wiesenbaude, der größten und ältesten Baude des Riesengebirges. Die Wiesenbaude war seit Beginn des 20. Jahrhunderts Zentrum des Wintersports. Es gab dort Skisegeln und eine Segelfliegerei, die Eugen Bönsh ins Leben rief. Ebenso fand dort das berühmte Mai-Skirennen im Riesengrund statt.

„Mein Vater Alfons Gall und mein Großvater Anton Gall haben in einer kleinen Manufaktur den beliebten ‚Koppengeist‘ bereitet, einen Likör aus Kräutern, die meine Großmutter im Gebirge gesammelt hat“, erinnert sich Herbert Gall.



Marktplatz von Freiheit. Großmutter Adolfine Formann, Erna und Alfons Gall, Herbert im Kinderwagen, 1942

Kriegsende, Vertreibung und Ankunft in Sachsen

Dann kam im Mai 1945 das Kriegsende, die Familie hatte Tote und Kriegsgefangene zu beklagen. Eine Schwester meiner Mutter, ihr Ehemann in Kriegsgefangenschaft, sie mit Zwillingen allein, nahm sich nach Vergewaltigung durch Russen das Leben.

Die andere Schwester wurde von einem französischen Zwangsarbeiter schwanger, folglich musste sie selbst ins KZ. Dieses Kind wurde aus Gründen der Sicherheit für sein Leben vom eigenen Großvater, Josef Formann, adoptiert und hieß also Herbert Formann.

Mutters Bruder, Werner Formann, ist, noch nicht 20 Jahre alt, Ende 1944 in der Ukraine gefallen. Mein Vater gilt als vermisst. Weitere männliche Verwandte sind ebenfalls vermisst oder tot.

Es folgte die Vertreibung entsprechend der Benesch-Dekrete. Wir wurden am 20. Juni 1945 am Freiheitsbahnhof in offene Kohlewaggons gepfercht. Meine Mutter durfte für sich und uns vier Kinder nur einen Rucksack mitnehmen. Zum Glück kamen meine Großeltern auch mit in diesen Waggon, sonst hätten wir uns kaum wiedergefunden. Wir wurden mit diesem Zug bis Zittau verbracht und dort unserem Schicksal überlassen.

Meine Mutter musste mit uns Buben - ich war mit knapp sieben Jahren der Älteste - und ihren Eltern ums Überleben kämpfen. Schließlich kamen wir größtenteils zu Fuß im August 1945 in Reideburg bei Halle an, wo wir alle in einer Dachkammer zwangsweise bei einer Familie einquartiert wurden. Diese Familie hatte kurz vor Kriegsende ihre beiden Söhne verloren; hatte also nach Meinung der Kommandantur „ungenutzten“ Wohnraum. Die Großeltern sind hier bald verstorben; verhungert, da es für „Nicht-Arbeitsfähige“ keine Lebensmittelkarten gab.

Unsere Mutter und unser Vater, der 1950 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte, hatten für uns vier Jungen folgende Lebensregel: „Wir haben alles verloren, aber wir ermöglichen das, was in unserer Kraft steht, um euch eine solide Ausbildung mitzugeben, die kann euch niemand nehmen!“

Erinnerungsbericht von Herbert Gall

Glückliches Wiederfinden –
Vater wieder da!



Eine Rezeptsammlung von Erna Formann und ein Satz Besteck sind den Galls geblieben.



Foto: Alexander Anassov

Ankunft in Sachsen

Herbert Gall hat in Ilmenau theoretische Elektrotechnik studiert und ist dort auch promoviert worden. In Auerbach arbeitete er im Elektroschaltgerätekombi, dem späteren Roboiron, als Leiter von Entwicklungsgruppen. Ein weiterer beruflicher Aufstieg wurde ihm aufgrund seiner CDU-Mitgliedschaft verwehrt. Trotz aller politischen Schwierigkeiten und ohne Jugendweihe haben auch seine vier Söhne in den Bereichen Technik oder Medizin promoviert.

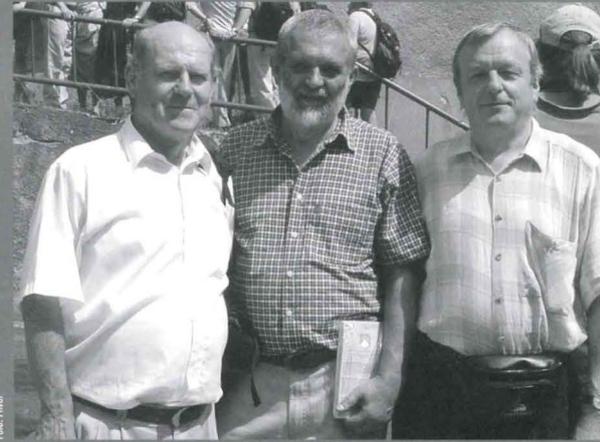


Foto: Thier

Heute in der Heimatstadt, vor dem Relief Piette (von rechts): Günter Fiedler, damaliger Leiter des Begegnungszentrums Trutnov (Trautenau); Antonin Tichy, Hobby-Historiker in Svoboda (Freiheit) und „Heimatortbetreuer vor Ort“; Herbert Gall, Heimatortbetreuer für Freiheit.

Inzwischen sind auch die Enkel in die seit vielen Jahren gepflegten Kontakte zur Heimat integriert. Diese Kontakte bestehen aus Besuchen und freundschaftlichen Beziehungen zu den heutigen Bewohnern, intensiven Kontakten zu historisch und kulturell interessierten Menschen und zu Institutionen, wie Bürgermeisterämtern, Kirchen, Begegnungsstätten, Publikationen und Archiven.

Im Kreisverband Vogtlandkreis des Bund der Vertriebenen, dessen Vorsitzender er ist, versucht er, die Traditionen aus allen Heimatgebieten sowie den Zusammenhalt zu wahren und die Verbindungen im Interesse der jungen Generationen zu vertiefen.



Foto: Thier

Halle/Saale – Endlich wieder ein „Dach“ überm Kopf



SACHSEN

HANS DZIERAN – Nach 15 Generationen in Ostpreußen – Neubeginn im Erzgebirge

Meine Vorfahren – 15 Generationen in Ostpreußen

„Meine Vorfahren stammen aus Ostpreußen. Das war bis 1945 die nördlichste Provinz Deutschlands. Hier wohnten einst beinahe drei Millionen Deutsche, welche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Die Bewohner Ostpreußens fühlten sich ihrem Land seit Jahrhunderten tief verbunden.“

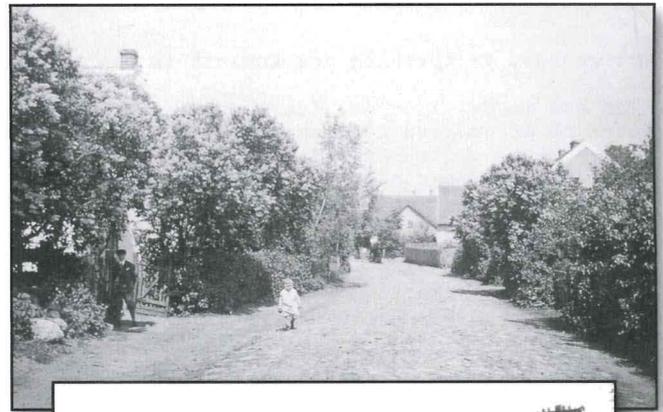
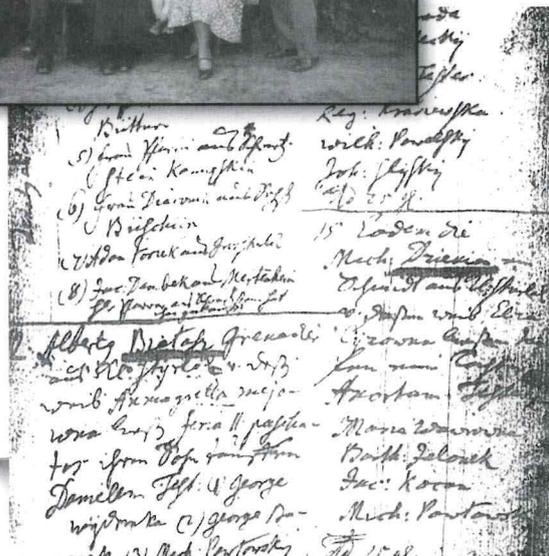
Im 14. Jahrhundert hatte der Deutsche Orden die heidnischen pruzzischen Ureinwohner zum Christentum bekehrt. Kolonisten aus allen Regionen Deutschlands bauten Burgen und Kirchen, gründeten Dörfer und Städte und sie schufen gemeinsam mit den alten Preußen aus Wildnis ein blühendes Land. Meine Vorfahren sind ein winziger Teil der ostpreußischen Siedlungs- und Kulturgeschichte.

Die Dzierans, meine Vorfahren väterlicherseits, stammen aus dem südlichen Ostpreußen, aus Masuren. Urkunden belegen, dass die Dzierans dort seit dem 16. Jahrhundert siedelten, möglicherweise auch schon früher.“

Hans Dzieran in der Meerischen Schule in Tilsit, 1935; Das ehemalige Realgymnasium/Oberschule (Bild rechts) für Jungen zu Tilsit, heute Sowetsk, dient der Baltischen Flotte der Russischen Armee als Militärhospital.



Familienfoto in Steintal aus dem Jahre 1931, stehend: die Brüder Ernst, Kurt, Willy, Gustav (Hans' Vater) und Otto, sitzend: die Großeltern, Hans und seine Mutter Helene Dzieran; Das Dokument unten zeigt die erstmalige Nennung der Familie Dzieran, Auszug aus dem Taufregister Kl. Stürlack 1734–1748.



Das ehemalige Wohnhaus mit Scheune in Stertawki Średnie, ehemals Steintal, im heutigen Landkreis Güzyczo (Lötzen), Juli 1978; der kleine Hans Dzieran (Bild oben) auf der Dorfstraße des Heimatortes Steintal, Sommer 1931

„Frey“ und fest verwurzelt

„Familie Dzieran, wie sie sich später bezeichnete, erhielt noch unter dem Namen Ziranke in Lötzen Grundbesitz nach kulmischem Recht. Sie waren „Freye“ und Kern der eingesessenen bäuerlichen Bewohner. Als Freibauern, so genannte Köllmer, hatten sie keine Verpflichtungen zu Scharwerk und Waffendienst, sondern zahlten dem Orden Hufenzins. Die Melzers, die Ahnen meiner Mutter, lebten im mittleren Teil Ostpreußens, im Bartenland. Meine Mutter stammte aus Bartenstein, ihre Familie waren über viele Jahrzehnte bodenständige Landwirte. Urkundlich nachgewiesen wird u.a. Friedrich Melzer mit dem Geburtsjahr 1780.“

Als Familie Dzieran sich 1945 nach langer Irrfahrt im Erzgebirge wiederfand, glaubte sie noch an eine baldige Rückkehr in die Heimat. Von den Beschlüssen aus Jalta und Potsdam wusste sie nichts. Erst nach und nach wurde klar, dass es keine Heimkehr geben wird. Sehr lange dauerte es, bis sie sich von einem Leben aus Koffern verabschiedeten. Der Verlust von Hab und Gut, die ungewohnte fremde Umgebung, die ablehnende Haltung der Einheimischen, die ungewisse Zukunft – all das machte den Neuanfang schwer.

Vertreibung der letzten Generation aus der angestammten Heimat

Die Hochzeit meiner Eltern fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Inflation in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte. Das Geld hatte seinen Wert verloren. Viele standen vor einem Neubeginn. Der berufliche Werdengang führte Vater an die deutsch-litauische Grenze. Von 1926 bis 1930 war Vater dort Zollamtsvorsteher.

Hier im äußersten Nordosten des Deutschen Reiches wurde ich im Jahre 1929 geboren. Ein Jahr später zogen wir nach Tilsit, wohin mein Vater an das Hauptzollamt Tilsit versetzt worden war. Tilsit nannte man die „Stadt ohnegleichen“. Hier verlebte ich eine sorgenfreie Kindheit. Alles schien vollkommen. Doch dann kam der Krieg. 1944 standen die Russen vor der Stadt am Memelstrom, die Bevölkerung musste die Stadt verlassen.

Unsere Familie geriet in den Strudel der letzten Kriegsmonate. Vater wurde zur Verteidigung der ostpreußischen Heimat eingesetzt, ich kam zum Volkssturm und Mutter landete mit einem Flüchtlingszug im Erzgebirge. Hier fanden wir uns nach Kriegsende wieder. Eine neue Heimat fanden meine Eltern nicht. Nicht nur das verlorene Hab und Gut, vor allem der Verlust der heimatlichen Wurzeln und Bindungen machte ihnen schwer zu schaffen.

Vater starb 1982 im Alter von 97 Jahren, Mutter folgte ihm 1987. Ein Wiedersehen mit der Heimat gab es für sie nicht mehr. Die Russen machten aus Tilsit ein Sperrgebiet und nannten es fortan Sowjetsk. Fern der geliebten Heimat fanden sie ihre letzte Ruhe.

Was bleibt, ist die Erinnerung an das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen, in dem siebenhundert Jahre preußisch-deutsche Geschichte geschrieben wurde. Seine Vergangenheit darf nicht in Vergessenheit geraten. Es gilt, die Erinnerung zu bewahren und wach zu halten. Das bin ich meinen Vorfahren schuldig.“

Erlebnisbericht von Hans Dzieran über die Vertreibung



Foto: Privat

Aufgrund seiner russischen Sprachkenntnisse wurde Hans Dzieran bei der Wismut als Dispatcher eingesetzt, 1952.



Das Wappen der Stadt Tilsit – in Handarbeit von Helene Dziran zur Erinnerung an die Heimat hergestellt, 1949.

Ankunft in Sachsen

Hans Dzieran hatte als einziges Fluchtgepäck sein auf dem Tilsiter Realgymnasium erworbenes Wissen mitgenommen. Als er 1947 nach dem Abitur in Sachsen studieren wollte, wurde ihm die Zulassung hierzu verwehrt. Man teilte ihm mit, dass er als Sohn eines ostpreußischen Zollbeamten den sächsischen Behörden nicht genehm sei. Statt dessen wurde er in den Uranbergbau nach Aue zwangsverpflichtet.



Foto: Privat

Hans Dzieran (vorn, zweiter von rechts) beim dritten Besuch der ehemaligen Schule in Sowetsk (Tilsit), am 04. Mai 2000. Die heimatverbundenen Tilsiter sind mit den heutigen Nutzern in regen Kontakt. Unterstützung erfolgt beispielsweise durch humanitäre Hilfe.

Vier Jahrzehnte arbeitete er in dem sowjetisch-deutschen Bergwerksbetrieb. Hier fand er ein neues Zuhause. Er machte das Staatsexamen als Dolmetscher und Übersetzer für Russisch und erwarb den Abschluss in Ingenieurökonomie des Bergbaus. Sein berufliches Schaffen verband sich mit dem Aufbau eines rechnergestützten Bergbauinformationssystems und mit montanwissenschaftlicher Forschung. Als er 1990 in den Ruhestand ging, konnte er sich einer Aufgabe widmen, für die sein Herz sein Leben lang schlug: seiner ostpreußischen Heimat.

Er war Mitbegründer der Landesgruppe Sachsen der Landsmannschaft Ostpreußen und über ein Jahrzehnt im Landesvorstand tätig. Die Landesgruppe würdigte sein heimatverbundenes Wirken mit dem Kulturpreis der Ostpreußen und dem Ehrenzeichen in Silber. Hans Dzieran begleitete Reisegruppen nach Ostpreußen und machte die Teilnehmer mit der Geschichte und Kultur eines Landes vertraut, welches von mehr als 700 Jahren preußisch-deutscher Geschichte geprägt ist. Er knüpfte dank seiner russischen Sprachkenntnisse vielfältige Kontakte zu den heutigen Bewohnern und Institutionen seiner Vaterstadt und half Brücken der Verständigung und gutnachbarlicher Beziehungen zu schlagen.



Foto: Privat

Die Eltern – Gustav und Helene Dzieran, 1973 zur Goldenen Hochzeit

SACHSEN

DAVID BRAUN – Ein bewegtes Leben zwischen Flucht und Vertreibung – von der Wolga an die Chemnitz

Kindheit an der Wolga

David Braun wurde am 5. Juni 1922 in Degott im Kanton Kamenka der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen als eines von sieben Kindern geboren. Er war Sohn von Franziskus Braun, gestorben 1927, und Amalia Braun, geborene Singer.

Die Familie Braun bewirtschaftete als Mittelbauern 26 Hektar Ackerland, fünf Hektar Wiesen und einen Hektar Gemüse- und Obstgarten. Weiterhin besaßen sie ein Wohnhaus, ein Sommerhaus, zwei Ställe, zwei Scheunen, einen Speicher, zwei Arbeitspferde, zwei Kühe sowie einige Schafe, Schweine und Ferkel.



Deutsche Priester in der Wolgarepublik, oben links der Cousin von David Braun



Amalie Braun (links) mit Familie, ca. 1934



Familie Braun in Sibirien, 1943

**Von Gottes Gnaden
Wir Katharina die Zweyte,
Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen,
zu Moskau, Kiow, Wladimir, Rowgorod, Zaarin zu Kasan,
Zaarin zu Astrachan, Zaarin zu Sibirien, Frau zu Wladikau und Gross-
fürstin zu Smolensk, Fürstin zu Esthland und Liechland, Lauen-
burg, Ingoltern, Permien, Biawita, Wolgaren und nicht andern; Frau und
Grossfürstin zu Wladoslaw des Wehrigen Landes, zu Tschernigow, Res-
kan, Moskwa, Nischni Nowgorod, Belogorod, Uhorien, Adobrien, Wendenien,
und der ganzen Nord-Ostliche Schichten und Frau des Zweyten Kan-
des, der Tartarischen und Grunischen Zaren und des Kasarischen
Landes, der Tscherkessischen und Gersischen Fürsten und nicht an-
dern Erb-Frau und Wehrherrin.**

1. **Wir** unter dem Namen der Kaiserin des Reiches zu Moskau bekannt; so haben wir unter andern mehr, das keine geringe Zahl solcher Völker noch unbekannt liegt, die mit vortheilhafter Besonnenheit zur Bevölkerung und Veredelung der menschlichen Gesellschaft nachrichtlich Hande unerschrocken werden, von welchen die meisten Kinderen in ihrem Schoosse einen unerschütterlichen Schutze an allen feindlichen Orten und Wäldern verbergen habe; und weil wir mit uns selbst, die wir in uns selbst die besten Menschen zu sein wissen, so sind wir auch ungemein bereit zur Vertheilung und Vermehrung solcher Menschen, so haben wir zu vertheilten und zu vermehren lassen. Darin gab uns unser Verlangen der Menschheit in dem Jahre allerhöchster Güte im letzten Monat des Jahres 1763, das wir in diesem Jahre publiciret wurde. Jedoch, da wir in diesem Jahre den Gedanken, die Verlangen tragen werden sich in unserm Reichel nicht niederzulassen, unser Volk mit humanität anzusehen; so befohlen wir bei dem Erdenen folgende Verordnung, welche alle unsere Reichel zum Grunde legen, und in Erklärung zu sein gen. geordnet, jedermänniglich kund zu machen.

2. **Wir** unter dem Namen der Kaiserin des Reiches zu Moskau bekannt; so haben wir unter andern mehr, das keine geringe Zahl solcher Völker noch unbekannt liegt, die mit vortheilhafter Besonnenheit zur Bevölkerung und Veredelung der menschlichen Gesellschaft nachrichtlich Hande unerschrocken werden, von welchen die meisten Kinderen in ihrem Schoosse einen unerschütterlichen Schutze an allen feindlichen Orten und Wäldern verbergen habe; und weil wir mit uns selbst, die wir in uns selbst die besten Menschen zu sein wissen, so sind wir auch ungemein bereit zur Vertheilung und Vermehrung solcher Menschen, so haben wir zu vertheilten und zu vermehren lassen. Darin gab uns unser Verlangen der Menschheit in dem Jahre allerhöchster Güte im letzten Monat des Jahres 1763, das wir in diesem Jahre publiciret wurde. Jedoch, da wir in diesem Jahre den Gedanken, die Verlangen tragen werden sich in unserm Reichel nicht niederzulassen, unser Volk mit humanität anzusehen; so befohlen wir bei dem Erdenen folgende Verordnung, welche alle unsere Reichel zum Grunde legen, und in Erklärung zu sein gen. geordnet, jedermänniglich kund zu machen.

3. **Wir** unter dem Namen der Kaiserin des Reiches zu Moskau bekannt; so haben wir unter andern mehr, das keine geringe Zahl solcher Völker noch unbekannt liegt, die mit vortheilhafter Besonnenheit zur Bevölkerung und Veredelung der menschlichen Gesellschaft nachrichtlich Hande unerschrocken werden, von welchen die meisten Kinderen in ihrem Schoosse einen unerschütterlichen Schutze an allen feindlichen Orten und Wäldern verbergen habe; und weil wir mit uns selbst, die wir in uns selbst die besten Menschen zu sein wissen, so sind wir auch ungemein bereit zur Vertheilung und Vermehrung solcher Menschen, so haben wir zu vertheilten und zu vermehren lassen. Darin gab uns unser Verlangen der Menschheit in dem Jahre allerhöchster Güte im letzten Monat des Jahres 1763, das wir in diesem Jahre publiciret wurde. Jedoch, da wir in diesem Jahre den Gedanken, die Verlangen tragen werden sich in unserm Reichel nicht niederzulassen, unser Volk mit humanität anzusehen; so befohlen wir bei dem Erdenen folgende Verordnung, welche alle unsere Reichel zum Grunde legen, und in Erklärung zu sein gen. geordnet, jedermänniglich kund zu machen.

Manifest von Katharina II. der Großen vom 22. Juli 1763 mit dem Aufruf an Ausländer zur Einwanderung nach Rußland



Eine Kolchosbrigade wie viele: Die deutsche Kolchosbrigade „Neues Leben“ in Iwanowka, Kasachstan, Anfang der 1930er Jahre



An der Wolga – eine Aufnahme der Schlittenfahrt, eine sogenannte Troika, zur Brautwerbung der Eltern von David Braun, ca. 1920

Enteignet und vertrieben

Familie Braun gehörte zu den ersten Wolgadeutschen, die 1929 enteignet und zwangskollektiviert wurden. Da David Brauns Mutter Amalia sich weigerte, musste die Familie ihren Grundbesitz verlassen und zog in das nordkaukasische Gebiet Krasnodar. Sein Bruder Georg jedoch, der 1930 heiratete, ging mit seiner Frau in die Kolchose und konnte so wenigstens das Wohnhaus der Familie behalten. Er holte seine Familie 1931 zurück, jedoch mussten sie 1933 ihr Heimatdorf wieder verlassen.

Sie zogen in die Nähe von Minsk Weißrussland. Als der älteste Bruder Georg das wenige geerntete Getreide, das zur Ernährung seiner Familie bestimmt war, als Abgabe leisten sollte und sich weigerte, wurde er verhaftet und zum „Feind der Kommunistischen Partei“ erklärt. Seine Frau mit dem 18 Monate alten Kind, die Großmutter und seine Schwester wurden aus der Wohnung geworfen. Sie starben wenig später am Hungertod.

Der überlebende Rest der Familie Braun flüchtete heimlich aus Weißrussland. Zu Fuß liefen sie nachts, tagsüber versteckten sie sich in den Wäldern. So zogen sie hunderte Kilometer von Station zu Station weiter und erbetelten sich Essbares.

Wieder im Heimatdorf angekommen, standen sie vor ihrem zerstörten Wohnhaus. So gab es für sie nur die Wahl zwischen Flucht und Verhaftung. Die Familie zog, mit Hilfe des aus der Haft entlassenen ältesten Bruders Georg, weiter nach Stalingrad (Wolgograd), von da weiter ans Kaspische Meer. Von 1933 bis 1936 fanden sie Arbeit in Lagan. Später siedelten sie nach Astrachan über und arbeiteten in der dortigen Schiffswerft.

1937, nach erfolgter formaler Rehabilitierung der Familie, konnten sie in ihre Heimat, die ASSR der Wolgadeutschen, zurück kehren. Sie ließen sich in der Stadt Balzer nieder, 20 Kilometer von Degott entfernt. 1938 nahm der 16jährige David Braun ein Studium am Zootechnikum auf, das 1941 durch den Befehl über die Verbannung der Wolgadeutschen unterbrochen wurde.

Deportation nach Sibirien

Am 17. September 1941 mussten die Brauns wieder Haus und Hof verlassen und wurden nach Sibirien deportiert.

Am 10. Oktober 1941 kam die Familie Braun im Gebiet Krasnojarsk an. David Braun und seine drei Brüder wurden im Lager Rudschinski zur Zwangsarbeit interniert: Bis zum August 1942 in einer Kaligrube, die 800 von 2.500 übrig gebliebenen „Arbeitsarmisten“ anschließend in einer Erzgrube. Dort arbeitete David Braun vier Jahre, bis er im Dezember 1946 wegen Arbeitsuntauglichkeit entlassen wurde.

David Braun kam wieder nach Sibirien und stand bis 1956 unter Kommandantur. Das Dorf durfte nicht verlassen werden – nur mit Genehmigung. Von 1946 bis 1951 arbeitete er als Tankwartgehilfe, danach bis 1959 als Zootechniker. In Sibirien heiratete er 1949 Theolinde Eckel. Aus dieser Ehe gingen die fünf Kinder Adolf, Florian, Amalia, Hans und Lidia hervor. Die Kinder erfuhren immer wieder den Hass der Russen. Sie wurden verprügelt, angespuckt und ihnen wurde „Faschistenschweine“, „deutsche Schweine“ und „Euch müsst man totschlagen“ hinterhergerufen.

1956, nach dem Besuch Adenauers in Moskau, wurde die Kommandantur aufgehoben. Die Deutschen hatten aber auch weiterhin keine Rechte und durften nicht in die Heimat an der Wolga zurück. Die Brauns suchten nach einem Ort mit mehr Deutschstämmigen und zogen 1959 in das Dorf Oktjabrskoje nach Kirgisien. Dort lebten sie bis 1969 und hatten bessere Möglichkeiten, ihre deutsche Identität zu leben. David Braun gründete dort mit Gleichgesinnten die „Deutsche Landsmannschaft“.

Die Familie Braun fuhr mehrmals nach Moskau, um für die Autonomie der Wolgadeutschen zu sprechen. Dies wurde von den Machthabern im Kreml immer wieder abgelehnt. Auch beteiligte sich Familie Braun an Demonstrationen in Moskau, wobei sie nach Verhaftungen mit LKWs außerhalb der Stadt abgeladen wurden.

Ab 1965 bemühten sich die Brauns um eine Ausreisegenehmigung zu Verwandten nach Deutschland. Aber alle Bemühungen waren erfolglos, da es keine Verwandtschaft ersten Grades gab.

Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion im August 1941
„Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons wohnen“

(Moskau, Krenl, 28. August 1941, Wortlaut der Veröffentlichung am 30. August 1941 im Organ „Nachrichten“ des Gebietskomitees KPD SU (B) und des Obersten Sowjets der ASSR der Wolgadeutschen, des Stadtkomitees der KPD SU (B) und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen von Engels)

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, beanden sich unter der in den Wolgarajons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarajons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarajons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht. Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionen ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen. Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig befunden, die gesamte deutsche in den Wolgarajons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Übersiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erweisen ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachstans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die übersiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzlandereien in den neuen Rayons sicherzustellen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. Kalinin
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Gorkin

Übersiedlung nach Deutschland

1976 erfuhr David Braun von seiner Halbschwester Amalia, welche in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) lebte, und stellte einen Ausreiseantrag in die DDR. Im Oktober 1977 erhielten sie endlich die Genehmigung und siedelten im März 1978 über. Nun waren die elf Familienmitglieder aber „Russen“ und auch nicht gerade willkommen.

Als Zootechniker bekam David Braun eine Arbeit in der „ORTSA-Hydraulik“ zugewiesen. Die anderen Familienmitglieder erhielten ebenfalls nur Arbeit unterhalb ihrer Qualifikation. Nach der friedlichen Revolution arbeiteten die Söhne Adolf und Florian in der Betreuung von Spätaussiedlern und bauten die landsmannschaftliche Arbeit im Freistaat Sachsen auf.

David Braun starb am 26. April 2007 in Chemnitz.



Die beiden Brüder Adolf (rechts) und Florian Braun (zweiter von links) mit Dr. Christoph Bergner (links), seit 2006 Beauftragter für Aussiedlerfragen der Bundesregierung

Adolf Braun, 1949 in Kuragino, Russland, geborener Sohn von David Braun, gründete nach der deutschen Wiedervereinigung in Chemnitz eine der ersten Ortsgruppen der Landsmannschaft in den neuen Bundesländern. Er war Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen, seit 2003 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender. Seit 1999 ist Adolf Braun außerdem stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU/CSU und seit 2003 Mitglied des Bundesvorstandes der OMV. Als erster Deutscher aus Russland war er Mitglied eines deutschen Landtages für die CDU in Sachsen.

David Braun mit seinen Mitschülern als Zootechniker, 1940



Familie Braun vor ihrer Ausreise in die DDR – Florian, Adolf und Hans (stehend), Amalia, Theolinde, David und Lydia (von links), 1978

SACHSEN

FAMILIENGESCHICHTE HEFFNER: Vertreibung aus Ungarn – Aufbau einer neuen Existenz im Vogtland

Kindheit in Ungarn

Andreas Heffner wurde als Sohn von Janos und Maria Heffner am 26.11.1938 in Mösz (Ungarn) geboren. Sein Großvater Janos Poller betrieb schon zu dieser Zeit in Mözs ein Friseurgeschäft, in welchem auch Andreas' Eltern arbeiteten.

Ebenso wie die Familie seiner späteren Frau, Gertrud Balazs, die 1944 als drittes der vier Kinder von Michael und Theresia Balazs geboren wurde, erhielt Familie Heffner am 1. September 1947 den Befehl zum Verlassen des Hauses.

Ohne Rücksicht auf Alte, Kranke und Kinder musste innerhalb von zwei Stunden das Notwendigste zusammen gepackt werden. Anschließend ging es zum Bahnhof von Mözs, wo sie in Viehwaggons verladen wurden. „Meine kleinste Schwester wurde meiner Cousine auf den Schoß gesetzt“, erinnert sich Gertrud Balazs.

Der Zug mit den vielen Menschen stand drei Tage lang auf dem Bahnhof, ohne Essen und Trinken. Männer, Frauen und Kinder saßen auf ihrem Gepäck oder auf dem Boden der Waggons. Als Toilette hatten sie nur einen Eimer. Einige Mözser Verwandte, Freunde, Nachbarn und Bekannte schlachteten Vieh und brieten Fleisch zu Gulasch. In Fett eingelassen brachten sie es zum Bahnhof und versorgten alle mit Essen und Trinken.

Im gleichen Zug wie ihr späterer Mann fuhr Frau Gertrud Balazs bis nach Pirna, wo sie im Quarantänelager untergebracht wurde. Hier erhielt sie, nach zahlreichen Untersuchungen, ihren Umsiedler- und Gesundheitspass. „Den haben wir alle bekommen, auch die Kinder“, erinnert sie sich. Auch Andreas Heffner erinnert sich noch gut: „Anfangs war diese Zugfahrt für mich wie eine kleine Abenteuerreise, doch später, als wir in der ČSR und der sowjetischen Besatzungszone waren, begriff ich, dass es kein Zurück nach Hause mehr gibt“.



Andreas Heffner mit den Großeltern sowie seiner Mutter und auf seinem Dreirad in Ungarn



Herr Balazs mit Plakette vom Schützenverein in Mösz



Am Tage der Vertreibung fotografiert – die vier Kinder der Familie Balazs im ‚Sonntagsanzug‘.



Fotos: Pirna



Gertrud Balazs' Mutter hatte durch die Suchpost des Deutschen Roten Kreuzes eine Bildpostkarte an die Gefangenenlager gesandt, so dass der Vater wusste, wo seine Familie hingekommen war. Familie Balazs (Bild links) wieder vereint nach der Rückkehr des Vaters.

Ankunft im Vogland

Am 14. September 1947 ging es für Andreas Heffner wieder in den Zug: „Unser Ziel war Falkenstein im Vogland. Wir wurden mit weiteren vier Familien in der „Wartburg“, einem Gasthof, untergebracht. Dort lebten wir auf kleinstem Raum, so gut es ging. Im Frühjahr 1948 begann für mich die Schule; ich wurde wieder in die erste Klasse eingestuft. Ich besuchte die Schule bis zur 8. Klasse, anschließend erlernte ich von 1954 bis 1957 das Friseurhandwerk bei Hermann Tröger und arbeitete einige Jahre als Geselle. 1965 erwarb ich den Meisterbrief.“

Am gleichen Tag wie ihr späterer Ehemann verlies auch Gertrud Balasz mit ihrer Familie das Quarantänelager in Pirna. „Unser Ziel war nun Auerbach im Vogland. Hier wurden wir auf große Lastwagen verladen und für eine Nacht nach Rodewisch in die Schilferschule einquartiert. Am nächsten Tag fuhren wir mit einem LKW nach Wernesgrün in den Hof der Brauerei. Herr Baumgarten, der Besitzer, nahm meine Tante, Onkel und Cousine bei sich auf.“

So kamen noch mehrere Wernesgrüner, die sich jeder eine Familie aussuchten. Am Ende stand noch meine Mutter mit ihren vier Kindern im Hof, denn eine Frau mit vier kleinen Kindern wollte keiner. Der Bürgermeister und der Gemeindediener nahmen sie an die Hand und gingen von Haus zu Haus wegen eines Quartiers.“

Nach langem Laufen wurde der Bürgermeister ärgerlich und drohte schärfste Maßnahmen an, wenn diese Familie nicht endlich aufgenommen würde. „So wurden wir im Haus eines Schneiders untergebracht. Und stell dir vor“, so Frau Heffner, „die Frau drehte uns noch die Glühbirne aus der Lampe, damit wir wenig Strom verbrauchen. Was beim Essen im Dunkeln unter den Tisch fiel, haben wir am nächsten Tag wieder aufgesammelt, denn Essen war für uns alle sehr kostbar. Da in diesem Zimmer keine Betten standen, verbrachten wir die Nacht auf dem Fußboden. Erst am nächsten Tag brachte uns der Bürgermeister unsere ersten zwei Betten.“

1948 kehrte auch mein Vater aus der Gefangenschaft zu seiner Familie nach Wernesgrün endlich heim. Plötzlich war da ein Mann mit einer russischen Mütze und mit einem dicken Bart. Das war unser Vater! Da ich erst ein Jahr alt war, als er damals in den Krieg musste, konnte ich mich an ihn überhaupt nicht mehr erinnern.“

Von 1950 bis 1958 ging ich in Wernesgrün zur Schule. Mein sehnlichster Wunsch war, Frisöse zu werden. So habe ich mich in Wernesgrün bei einem Friseur beworben. Einige Stunden in der Woche durfte ich auch schon helfen. Doch leider habe ich die Lehrstelle nicht bekommen. So wurde ich in die „Standardmoden“ nach Rodewisch geschickt und arbeitete dort als Stepperin.“



Foto: Alexander Abramow

Handschergewand und Schere aus den Lehrjahren des Friseurmeisters Andreas Heffner, wie sie schon dessen Großvater verwendete.

Die Familientradition lebt weiter

„Durch eine glückliche Fügung lernte ich meinen Mann kennen. Wir beide, die im selben Zug aus Ungarn vertrieben wurden, begegneten uns erstmals auf einer Faschingsfeier im Vogland. 1965 bot sich ihm die Möglichkeit, das Friseurgeschäft seines ehemaligen Meisters zu übernehmen.“

Damit ging auch für mich ein Jugendtraum in Erfüllung, denn nun konnte ich als Frisöse arbeiten. Gemeinsam bauten wir uns, auch im Sinne seines Großvaters, ein eigenes Geschäft auf und führten die Handwerkstradition im Vogland weiter.“



Foto: Privat

Mit Stolz können wir heute sagen, dass unsere Tochter Sandra Barth in unsere Fußstapfen getreten ist und die Familientradition auch in nächster Generation als Friseurmeisterin aufrecht hält.“

Fotos: Privat



Für ein Weinfest nähte sich das Ehepaar Heffner die Schwarzwälder Tracht nach. Seit Beginn der 1960er Jahre fährt Familie Heffner regelmäßig nach Ungarn (Bild unten) und besucht Verwandte, wie hier während eines Urlaubs 1965.



SACHSEN

HANS HISEK – Vertrieben aus dem Sudetenland – gleich über die Grenze nach Sachsen

Jähnes Ende einer glücklichen Kindheit

Am 22. Juni 1939 wurde Hans Hisek in Schönlinde im Kreis Rumburg im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren geboren. Sein Vater stammt aus Gablonz und die Mutter aus Tiefenbach im Isergebirge.

Er wohnte mit seinen zwei Brüdern im Elternhaus am Marktplatz in Schönlinde, in welchem der Vater ein Lebensmittel- und Feinkostgeschäft führte. Dort verlebte er eine glückliche Kindheit – bis zum 22. Juni 1945.

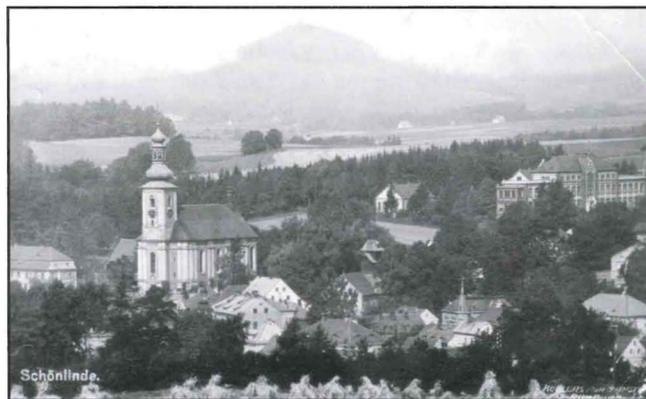
Der Geburtstagskuchen stand auf dem Tisch und die Kerzen brannten, als zwei Angehörige der tschechischen Revolutionsbrigaden eintraten und die Familie aufforderten, sich in einer halben Stunde auf dem Marktplatz aufzustellen.



Ehemaliges Wohn- und Geschäftshaus der Familie Hisek in Krásná Lípa, ehemals Schönlinde, im heutigen Kreis Děčín



Hans Hisek mit seinem Zwillingbruder in Schönlinde, 1942 oder '43



Eine historische Ansicht von Schönlinde, Postkarte von 1930



Die Heimatkirche in Krásná Lípa (Schönlinde), 1999

Vertreibung

Mitnehmen durften sie nur 50 Reichsmark pro Erwachsener. Außerhalb des Ortes wurden alle, auch die Kinder, peinlichst genau kontrolliert, ob Wertsachen, Schmuck oder zusätzliches Geld mitgeführt wurden. Außer den Eheringen wurde alles, was über der Festlegung lag, requiriert. Ein älterer Tscheche sagte zum Vater auf dem Marsch: „Wegen mir könnt ihr alle hier bleiben“. Er hatte wohl bemerkt, dass der Vater tschechisch gut verstand. Die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone war schnell erreicht. Es gab während der Vertreibung keine Vorkommnisse wie Gewalt oder Ausschreitungen von tschechischer Seite.

Da die Familie Hisek Verwandtschaft in Radeberg in Sachsen hatte, fand sie dort ihre erste Bleibe in der Mittelstraße 10. Ihr einziger Besitz war die Kleidung, die sie am Leib trug, und ein Kinderwagen für den jüngsten Sohn.

„Wir Kinder haben von der Not und den Erschwernissen wenig mitbekommen, außer dass wir ständig Hunger hatten. Onkel Franz, Besitzer der geschlossenen Konditorei mit Café, gab sich alle Mühe, diesem Umstand abzu- helfen.“

Unser Vater hatte durch sein Geschäft in Schönlinde auch Verbindung zu einem Lebensmittelhändler in Bischofswerda. Dort war er auf Arbeitssuche zur Unterstützung seiner Familie. Auf einer solchen Reise wurde er von Russen festgenommen und arretiert.

Offenbar haben ihn seine tschechischen Sprachkenntnisse vor Schlimmerem bewahrt. Über den erfolgreichen Kontakt mit dem Händler in Bischofswerda fand er wieder eine Anstellung in der Lebensmittelbranche und so zogen wir nach Kamenz.“

...

„1945/46 trat ich, gemeinsam mit meinem Zwillingsbruder, in die Grundschule ein. Mit einem sehr guten Abschluss wollte ich 1953 die Oberschule besuchen, was jedoch abgelehnt wurde.“

Die Begründung des Kreisschulrates waren angeblich unzureichende Leistungen. In Wirklichkeit hing es mit der sozialen Stellung des Vaters, er war Angestellter, zusammen und passte nicht in die Vorgabe, vorrangig Arbeiter- und Bauernkinder an eine höhere Schule zu delegieren.

Nach dem 17. Juni 1953 wurde diese Entscheidung aufgehoben, und so konnte ich doch noch die Oberschule besuchen, allerdings mit 20,- Mark Schulgeld je Monat, auch über die Ferienmonate.“

Hans Hisek, Kamenz

Erinnerungen Hans Hiseks an den Neuanfang in Sachsen

Ankunft und Bleibe in Sachsen

Nach Erzählungen der Eltern von Hans Hisek wurden die Vertriebenen von einigen Bürgern der Stadt als „Hergelaufene“ oder „Habenichtse“ titulierte, was natürlich als beleidigend empfunden wurde. Der Großteil der Einwohner und auch staatliche Organe halfen im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten. Unter den Kindern gab es kaum Probleme. Man spielte gemeinsam, war viel an der Luft und voller Abenteuerlust.

Nach dem Abitur nahm Hans Hisek ein Studium am Pädagogischen Institut Karl-Marx-Stadt, Hauptrichtung Sport, auf. Nach einem Sportunfall musste er das Studium jedoch abbrechen und begann ein Praktikum in einem Keramikbetrieb, der ihn später an die Ingenieurschule für Keramik delegierte. Nach seinem erfolgreichen Abschluss begann seine langjährige Tätigkeit in der Keramik, Erden- und Steinindustrie Sachsens.

Hans Hisek ist verheiratet und hat eine Tochter und einen Sohn. „Weil es schon immer Probleme wegen eines entsprechenden Wohnraumes gab, baute ich gemeinsam mit meiner Ehefrau und mit dem Einsatz von Fachgewerken über mehrere Jahre ein Einfamilienhaus. Dabei war das Hauptproblem die Beschaffung von Material und Ausrüstungen“, blickt Hans Hisek zurück.

Zur Vergangenheit stehen

„Schon immer war ich an der Geschichte unserer Herkunft – Böhmen, deutsche Nationalität – interessiert. Leider gab es in der DDR keine Möglichkeit sich darüber auszutauschen. Ja, es wurde als revanchistisches Gedankengut verboten und unterdrückt. Eine Lösung gab es erst nach der friedlichen Revolution, so dass ich seit 1992 dem Bund der Vertriebenen – Landsmannschaft Sudeten angehöre.“



Foto: Privat

Auch wenn mich die Haltung des tschechischen Staates zu den Ereignissen von 1945 enttäuscht, bin ich an einem gutnachbarlichen Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen interessiert. Ich glaube an die menschliche Vernunft und die Erkenntnis zur Wahrheit. Wer nicht zu seiner Vergangenheit steht, kann seine Zukunft nicht vorbehaltlos aufbauen.“

Hans Hisek, Kamenz

SACHSEN

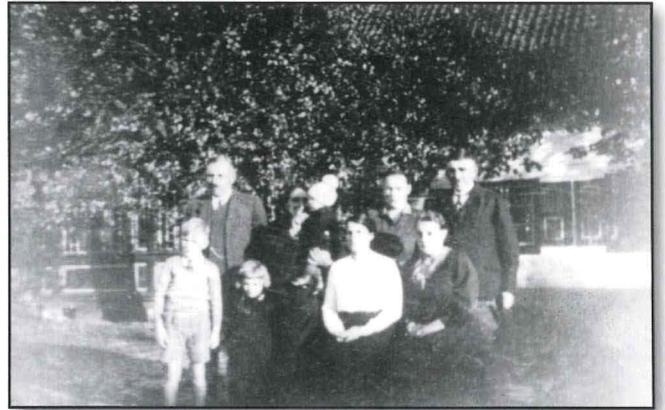
UNSERE NEUE HEIMAT

ELFRIEDE RICK – Eine Bauern- tochter aus Ostpreußen erinnert sich: Brot aus Litauen

Dörfliches Leben in Ostpreußen – unvergessen

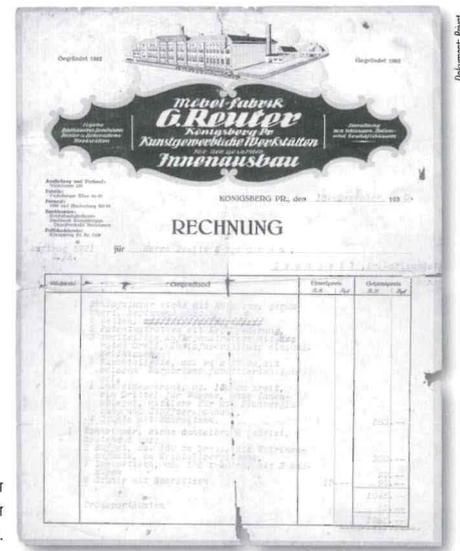
Wir wohnten in Schelecken, einem Dorf, das zwei Bahnstationen östlich von Labiau/Deime an der Straße nach Tilsit liegt. Im Dezember 1944 wurde ich 13 Jahre alt. Seit dem sind 64 Jahre vergangen. Aber oft überfallen mich jetzt sehr massiv Erinnerungen an die Kindheit in Ostpreußen. Besonders an die letzten Jahre dort und ihre Weihnachten.

Wir drei Geschwister lebten geborgen in unserem Elternhaus. Als wir Ende August 1944 am Himmel den Feuerschein nach den beiden Luftangriffen auf Königsberg sahen, begriffen wir noch nicht, was dies wirklich bedeutete. Im Oktober 1944 zogen erste Flüchtlingszüge aus den östlichen Kreisen Ostpreußens bei uns durch und unser Vater wurde zum Volkssturm eingezogen. Im November/Dezember wurde es endgültig doch sehr unruhig. Die Straßen waren voller Flüchtlinge und zurückkommendem Militär. Wir hörten auch schon Artilleriedonner. Angst lag in der Luft und erfasste auch uns Kinder.



Das einzige erhaltene Familienfoto der Familie Rieme vor deren Wohnhaus – Elfriede Rieme stehend, 3. von links, Schelecken/Schlicken (Soholovo), ca. 1935

Foto: Privat



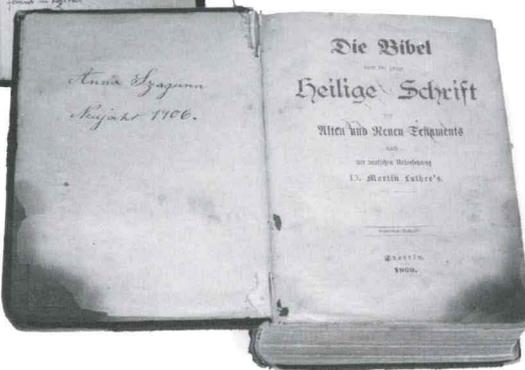
Diese Rechnung entging der Plünderung, da sie gefaltet in der angeklippten Hausbibel lag.

Dokument: Privat

Foto: Alexander Afanasov



Nur die Eintragungen in der Hausbibel der Familie beinhalten den Stammbaum der Familie seit 1841.



Eine der einzigen Habegegenstände aus der alten Heimat – „liegen gelassen“ bei der Plünderung – die ‚Heilige Schrift‘ mit Faximile der Großmutter



Heutige Ansicht der ehemaligen Scheune der Großeltern in Schanzell

Foto: Privat



Umsiedler-Paß Nr. 680a, ausgestellt in Gölitz am 5. Mai 1948

Dokument: Privat

Das letzte Weihnachtsfest ...

Soldaten rieten unserer Mutter, alles stehen und liegen zu lassen und mit ihnen zu fliehen. Sie konnte sich aber nicht entschließen, den Hof und das Vieh im Stich zu lassen.

Dann kam Weihnachten. Die Mutter hatte doch noch einen Weihnachtsbaum geschmückt. Vater kam auf Kurzurlaub. Wir waren froh, beieinander zu sein und saßen bei Kerzenschein zusammen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir Weihnachtslieder gesungen hätten. Auch Geschenke waren nebensächlich geworden. Trotz Angst lag doch ein großer Friede über diesem Heiligabend, zu mindest habe ich es so empfunden.

Das Ende naht

Der Sturm kam dann am 25. Januar 1945 über uns. Wir wurden von der sowjetischen Armee überrollt und mit vielen anderen nach Osten bis Gr. Skaisgirren / Kreuzingen getrieben. Im dortigen überfüllten Lager wurde nach Parteigenossen gesucht, viele wurden in Arbeitslager deportiert. Aufgrund schlechter Ernährung, Kälte und Gewalt starben Ältere, Schwache und vor allem kleine Kinder.

Als man uns nach Monaten freiließ, fanden wir unser Haus abgebrannt. Wir fanden Unterschlupf auf dem Hof unserer auch schon gestorbenen Großeltern in Schanzell, östlich von Laukischken, wo wir nachts immer durch eine Luke auf den Heuboden über den Stall krochen und diese von unten unsichtbar verschlossen.

Zu Weihnachten 1945 gab es für uns weder Kerzen noch Geschenke und auch keinen Weihnachtsbaum. Aber wir hungerten vorerst nicht. Denn Kartoffeln, grob gemahlener Roggen, getrocknete Pilze und aus Zuckerrüben gekochter Sirup waren noch vorhanden, nur Fett und Salz fehlten uns.

In der Stube, in der wir am Heiligen Abend beieinander saßen, wurde ein Wacholderzweig angezündet, das gab einen angenehmen und weihnachtlichen Duft.

Ich weiß nicht, woher die Erwachsenen das Weihnachtsdatum wussten. Es gab ja zwischen Januar 1945 und April 1948 für uns keinen Kalender, keine Uhr, keine Zeitung und auch kein Radio.

Was bedeutet uns Weihnachten?

Als vor einigen Jahren hier in Dresden eine Moderatorin in einem Weihnachtskonzert meinte: „Was wäre Weihnachten ohne Geschenke, Kerzen und Lichterbögen, Weihnachtsmarkt und Weihnachtskonzerte?“, musste ich ihr anschließend sagen, Weihnachten hängt nicht von Kerzen und anderen Äußerlichkeiten ab: „Weihnachten ist Weihnachten, auch in großer Not und Todesangst.“

Erlebnisbericht von Elfriede Rick, geb. Riemer, über ihre Vertreibung aus der Heimat

Zwangsarbeit auf einer Militärsowchose; Brot aus Litauen

Seit März 1946 arbeiteten wir täglich auf einer Militärsowchose in Milluhnen im Kreis Stallupönen. Auch an den Weihnachtstagen 1946 und 1947 mussten wir arbeiten. Da waren wir schon froh, dass wir etwas Brot hatten. Das hatten meine jüngeren Geschwister in Litauen erbettelt. Sie gingen immer wieder die 10 km bis zur litauischen Grenze und weitere 8 bis 25 km ins Land hinein und baten in den Dörfern um etwas zu essen.

Wenn sie etwas bekamen, aßen sie trotz ihres eigenen großen Hungers nur wenig selbst auf, sondern brachten für Mutter und Schwester möglichst viel mit. Nur so haben wir diese Hungerzeit überhaupt überlebt.

Erlebnisbericht von Elfriede Rick, geb. Riemer, über ihre Vertreibung aus der Heimat

Ankunft in Sachsen

Elfriede Riemer kam 1948, schwerkrank, mit einem Vertriebenenzug in Sachsen an. Erste, nicht willkommene Aufnahme fand sie in Weickersdorf bei Bischofswerda.

1949 begann sie eine Ausbildung zur Krankenschwester am Diakonissenkrankenhaus in Dresden, an welchem sie nach ihrem Examen von 1952 bis 1964 tätig war. Nach ihrer Heirat widmete sie sich als Hausfrau der musikalischen Ausbildung ihrer Kinder. Später arbeitete sie im Abrechnungszentrum der HO.



Foto: Privat

1994 gründete sie die Ostpreußische Frauengruppe im BdV Kreisverband Dresden/Meissen/Sächsische-Schweiz. Sie leitete Werkwochen bei der Deutschen Minderheit in Gdansk (Danzig), organisiert die Kirchentage der bekennenden Kirche in Ostpreußen in Dresden und fertigt mit ihrer Frauengruppe Altarbekleidungen für neu entstandene evangelische Gemeinden in Litauen und Ostpreußen.

REGIERUNG DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
411/0195/51

BERLIN, DEN
14. 6. 1954
Hr. Rie/Str.

Bescheinigung

Wir bescheinigen hiermit, daß die Beschaffung der Geburtsurkunde für

Elfriede Berta Riemer,
nach eigenen Angaben geboren am
9. Dezember 1921 in ehem. Schelecken,
Kreis Labiau/Ostpreußen,

nicht möglich ist, da in dem benannten Ort das ständesamtliche
Archiv infolge der Kriegsereignisse abhanden gekommen ist.

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
411/0195/51

W. Riemer
(Zeichnung)

Bescheinigung über den Kriegsverlust der Geburtsurkunde, ausgestellt in Berlin am 14. Juni 1954

Dokument: Privat

SACHSEN

KARL MAJOR – Vertrieben und vernetzt – aus der Puszta ins Vogtland

Karl Major – Als Fremder in der Urheimat

Sieben Jahre verbrachte Karl Major als Puszta-Kind, geboren in Bácsborsód, aber als nur noch wenige an die immer wieder aufflammenden Gerüchte von Aussiedlung, Vertreibung oder Enteignung glaubten, nahm am 21. August 1947 sein Leben eine für ihn ungeahnte Wendung.

Seine Familie hinterließ zum Zeitpunkt der Vertreibung einen gut ausgestatteten Bauernhof mit fast komplett eingebrachter Ernte, fast neuem Haus, Ställen, Feld und Vieh, Pferden und Wagen, Teich ...

Karls Eltern bei der Paprika-Ernte, 1943

Die Vertreibung aus der Puszta

Durch den Buschfunk vorgewarnt, hatte man halberzig und auch kopflos oft Unwichtiges eingepackt und Wichtiges übersehen. Einige Polizisten mit Gewehren und Bajonett erschienen, und schon nach wenigen Minuten mussten wir auf einen LKW steigen.

Wir, das waren meine Urgroßmutter mit etwa 87 Jahren (genau wusste sie es selbst nicht), meine Großeltern, die 58 bzw. 56 Jahre alt waren, meine Eltern mit 33 und 24 Jahren und ich. All unsere vorbereiteten Kisten, Lebensmittel, Bettzeug usw. mussten wir da lassen, denn dieser LKW sollte noch für die Bewohner vier weiterer Häuser reichen.

Wir wurden auf den Bahnhof gebracht, wo wir unter strenger Bewachung drei Tage warten mussten, bis man meinte, dass der Transport vollzählig sei. Dann begann für etwa 900 Personen die Reise mit unbekanntem Ziel. Streng bewacht, teilweise von den Wachen mit Feuerstößen aus den Maschinenpistolen abgeschreckt, ging die Fahrt nach Norden.

Nach etwa acht Tagen erreichten wir bei Bad Schandau die deutsche Grenze. In einem Sammellager wurden wir notdürftig medizinisch versorgt, registriert und wohl auch nach Brauchbarkeit eingestuft. Es wurde unterschieden zwischen Familien, die arbeitsfähige Männer hatten, und solchen, deren Männer in Kriegsgefangenschaft, russischen Arbeitslagern oder zu alt waren.

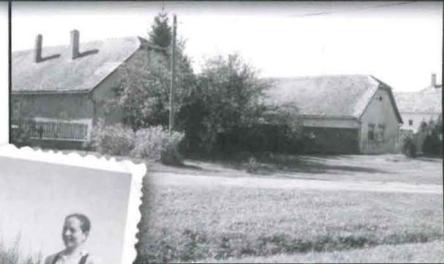
Letztere, so auch meine Tante mit ihren zwei Kindern, wurden im Raum Pirna verteilt. Die Kräftigeren waren für die Wismut, den russisch dominierten Uran-Erzbergbau, vorgesehen. Junge Bauern, die Licht, Luft und Sonne gewohnt waren, sollten jetzt in engen, feuchten Stollen in 1000 Meter Tiefe mit Karbidfunzeln ausgerüstet nach Erz graben.

Erlebnisbericht von Karl Major über die Vertreibung aus der alten Heimat



Fotos: Pinar

Die Donauschwaben bei der Ernte in der Puszta, ca. 1944



Heutige Ansicht des mütterlichen Bauernhauses



Karl auf seinem Dreirad und mit seinem Hund auf dem elterlichen Hof



Fotos: Pinar

Schere und Messer zum Weinverschnitt – Erinnerungen und ebenso Helfer bei der Gartenarbeit – die Handwaage aus dem elterlichen Haus erinnert noch heute an das rege Markttreiben in der alten Heimat.



Foto: Alexander Altmann

Ankunft im Vogtland

Am 8. September 1947 kamen wir nach Auerbach/Vogtland. Meine Mutter musste, durch die Strapazen erkrankt, in ein Krankenhaus. Dem Rest der Familie wurde ein Raum, wohl eine ehemalige Nähstube, zugewiesen. Das einzige, was es dort gab, waren Schnittmuster, aber keine Kochgelegenheit, keine Waschmöglichkeit, kein WC. Nach einer Woche, Wasser holten wir uns zwischenzeitlich am Feuerwehrhydranten, wurden wir bei einem einheimischen Ehepaar einquartiert, dessen Söhne in Kriegsgefangenschaft waren.

Wir hatten nun zwei Räume für vier Generationen. Dann bekamen wir auch noch einen eigenen Ofen von der Volkssolidarität und nun konnten die zwei Bäuerinnen, die ein Leben lang selbst geschlachtet, gekocht und gebacken haben, uns aus den Pilzen, Beeren und Wurzeln, welche wir im Wald gesammelt haben, unser Essen bereiten.

Nach einiger Zeit ging ich auch wieder in die Schule. Obwohl ich Deutsch weder schreiben noch lesen konnte, wurde ich in die zweite Klasse eingeschult. Da waren noch einige Kinder aus Ungarn, Schlesien, Pommern, Ostpreußen und natürlich auch Einheimische. Diese hatten einen gewöhnungsbedürftigen Dialekt, den ich aber nach ziemlich kurzer Zeit perfekt beherrschte.

Mein Vater fand Arbeit bei der Eisenbahn, meine Mutter als Spielzeugmacherin, später als Näherin. Mein Großvater wurde Haus- und Hofknecht bei einem Fabrikanten. Da mein Vater jung und kräftig war, wurde er bald für die Wismut zwangsverpflichtet, so wie die meisten aus unserer Gegend, die in Auerbach eine neue Heimat fanden. Die Zwangsverpflichtung war befristet, nach einigen Jahren arbeitete er wieder als Eisenbahner.

1954 zogen wir in unsere mittlerweile vierte Wohnung in Auerbach, eine Dreizimmerwohnung für nunmehr drei Generationen; meine Urgroßmutter war 1952 verstorben. Wohnraum war knapp bei den vielen Flüchtlingen, Vertriebenen und Wismut-Arbeitern, die hier Geld verdienen wollten. Wir bekamen auf dem Eisenbahngelände einen ziemlich großen Garten und konnten nun Gemüse anbauen, hielten Hasen und Hühner und hatten immer Obst, von Erde und Pflanzen verstanden wir ja etwas.

Erlebnisbericht von Karl Major über die Ankunft in der neuen Heimat

Karl Major stammt aus einer in der Pusztó angesehenen Familie. Sein Großvater (Mitte) war ein Vitez-Pusztó, ein hochdekorierter K.u.K.-Korporal, sein Vater (links) diente in der Königlich-Ungarischen Armee. Karl Major (rechts) selbst diente in der NVA.



Foto: Pfiel

Vom Radiobastler zum Ingenieur

„Schon mit 12 Jahren hat mich der Radio- oder Hochfrequenz-Bazillus befallen. Einer meiner Lehrer schickte mich zu den Jungen Technikern, mit Freunden baute ich aus Altradios und Wehrmachtsschrott Funkgeräte. Dieses Hobby bestimmte auch die Berufswahl. Nach der Schule begann ich eine Lehre in einem Elektrobetrieb, wurde bester Lehrling und nach Beendigung der Ausbildung Brigadier einer Jugendbrigade. Das war einigen des Guten zu viel.“



Foto: Pfiel

Beschimpft als „dreckiger Zigeuner“ nahm ich ein Angebot als Flugzeugmechaniker in einem Jagdfliegergeschwader sehr gern an. Hier zählte nicht, wo ich herkam, sondern nur mein Fachwissen. Nach vier Jahren hatte ich, was ich wollte, das Recht auf einen Studienplatz. Ich wurde Ingenieur, die Assimilation war voll im Gange, jedoch nicht abgeschlossen. Nach dem Studium ging ich als Instrukteur zurück in meinen Ausbildungsbetrieb. Aber auch jetzt gab es, obwohl ich als Ingenieur in einer Entwicklungsabteilung beruflich erfolgreich war, noch Kräfte, die mir einen Aufstieg verbauten. Noch in den 80er Jahren wurde ich mit Zigeunern in Verbindung gebracht, ein weiterer beruflicher Aufstieg, aber auch eine der damals so beliebten Neubauwohnungen blieben mir versagt.

Nach der friedlichen Revolution führte mich der Zufall oder auch das Schicksal in meine Urheimat. Zusammen mit vier Kollegen habe ich für eine Firma aus Baden-Württemberg den Außendienst, zuständig für die Neuen Bundesländer, aufgebaut. Die Kontakte zu den Schwaben besaß ich noch von der Leipziger Messe. Meine neuen Kollegen habe ich oft mit meinen schwäbischen Redewendungen verblüfft. Heute bin ich immer noch aktiver Funker und leite eine Gruppe von Funkern in Auerbach mit weltweiten Kontakten (siehe Foto). Dabei kommt mir als altem Donauschwaben, neben Englisch und Russisch, auch mein Ungarisch zugute.“



Jährliche Besuche, wie hier 1963, bei den verbliebenen Verwandten in Ungarn erhalten die Bindung zur alten Heimat.



Foto: Pfiel

SACHSEN

PROF. DR. SCHIROTZEK – Vertrieben aus Breslau – das bewährte Heilmittel hieß Arbeiten

Meine Familie

Meine Eltern stammten aus Breslau. Alle unsere Vorfahren, soweit sie sich über die Jahrhunderte zurückverfolgen lassen, waren Schlesier. Meine Großeltern väterlicherseits besaßen in Breslau ein großes Haus, in dem sie eine Gastwirtschaft betrieben und Wohnungen vermieteten. Meine Großeltern mütterlicherseits hatten ein Lebensmittelgeschäft.

Als die Flucht aus Breslau angeordnet wurde, weigerte sich mein Großvater, die Stadt zu verlassen. Er musste doch auf das Geschäft aufpassen, denn Lebensmittel wurden dringend benötigt. In den Kämpfen um die Stadt wurde das Haus vollständig zerstört. Mein Großvater überlebte wie durch ein Wunder. Monatelang schlug er sich in Breslau durch, bis er von Polen vertrieben wurde. Irgendwie ist er in Vechta halb verhungert angekommen. Er besaß nichts mehr. Seine Frau, die sich einem Flüchtlingstreck angeschlossen hatte, starb in Franken. Die Beiden hatten nicht mehr die Kraft gehabt, zueinander zu kommen.

Mein Vater war seit Kriegsende vermisst. Nach acht Jahren bangen Hoffens erhielten wir die Nachricht, dass er im April 1945 gefallen ist.

Flucht aus Schlesien

Jeder wird das kennen: Gewisse Begriffe lösen Assoziationen in Form von Bildern aus. Beim Wort „Flucht“ sehe ich dieses Bild: Ein alter Mann auf einem Leiterwagen, die Zügel zweier Pferde in den Händen. Mit seinem großen Schnurrbart erinnert er mich an meinen Opa. Aber der Schnurrbart ist weiß, voller Eiskristalle. So beginnt unsere Flucht aus Schlesien im Januar 1945, und auch nach sechs Jahrzehnten sehe ich beim Wort „Flucht“ noch immer dieses Bild.

Ich wurde 1939 in Breslau geboren. Zu Beginn des Jahres 1945 häuften sich die Fliegeralarme über Breslau, vor allem nachts, was bei mir zu erheblichen Schlafstörungen führte. Daher verbrachte meine Mutter mit mir ein paar Tage bei einem befreundeten Bauern in der Nähe von Breslau. Von dort mussten wir eines Morgens fliehen, ohne noch einmal nach Breslau zurückkehren zu können. Gemeinsam mit weiteren Menschen befanden wir uns dann bei großer Kälte auf diesem Leiterwagen. Ab Jauer ging es mit der Eisenbahn weiter.

Am 3. Februar 1945 kamen wir nach Großfurra, einem Dorf im thüringischen Kreis Sondershausen. Ungefähr zwei Wochen waren wir unterwegs gewesen.



Das Haus der Großeltern in
Breslau, Frankfurter Straße 17,
aufgenommen um 1930



Winfried Schirotzek im Alter von neun Monaten
mit seiner Mutter im Scheiniger Park, Breslau,
1940, und mit seiner Mutter im Großfurra, 1947
(Bild rechts)



Überleben in Großfurra

In Großfurra wurde uns von der kommunalen Verwaltung ein Zimmer zugewiesen. Die Wirtsleute weigerten sich, uns aufzunehmen. Über die Einweisungsbehörde erreichte meine Mutter schließlich, dass wir das Zimmer beziehen konnten, aber die Atmosphäre war natürlich vergiftet. Nach einigen Monaten konnten wir umziehen. Das Zimmer, das wir nun zur Untermiete erhielten, war sehr klein, doch die Vermieter waren verständnisvoller. Dort wohnten wir sieben Jahre.

Um unseren Lebensunterhalt zu bestreiten, arbeitete meine Mutter, die von Beruf Schneiderin war, nun in der Landwirtschaft. Der Kontakt zu den Einheimischen, die ihre eigene Mundart sprachen und sich duzten, entwickelte sich nur allmählich. Es gab durchaus Unterstützung, aber es gab auch sehr böse Worte. In dieser dörflichen Gemeinschaft waren wir nicht willkommen, da ja auch die Alleingesessenen Einschränkungen hinnehmen mussten.

Schule in Thüringen

Durch das schulische Lernen, das mir viel Freude bereitete, konnte ich die bedrückenden äußeren Bedingungen teilweise kompensieren. Auf der Oberschule in Sondershausen wurde meine Liebe zur deutschen Literatur geweckt, und ich spielte mit dem Gedanken, später Germanistik zu studieren. Doch in diesen Jahren entwickelte ich eine starke innere Ablehnung gegenüber der Politik der SED. Das hatte zwei sehr persönliche Gründe. Das war zum einen die Tabuisierung von Flucht und Vertreibung, zum anderen der Umgang mit den Tausenden deutscher Soldaten, die sich noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden. Nach SED-Diktum gab es in der Sowjetunion nur noch „Kriegsverbrecher“. Meine Mutter und ich hatten jahrelang gehofft, dass mein Vater am Leben und in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sei. Er wäre dann auch ein „Kriegsverbrecher“ gewesen. Das hat uns tief verletzt. Neben diesen persönlichen Gründen stieß mich die penetrante Ideologisierung des gesamten Lebens ab. In der Schule spiegelte sich das vor allem in den Fächern Geschichte und Gegenwartskunde wider. Ich begriff, dass ein geisteswissenschaftliches Studium ebenfalls ideologisch deformiert sein würde, und so verabschiedete ich mich von dem Gedanken daran. Das fiel mir nicht allzu schwer, denn ich liebte ein anderes Fach ebenso: die Mathematik, und die war ideologieresistent.

Studium in Dresden

Ab 1957 studierte ich im zehensemestrigen Diplomstudiengang Mathematik an der Technischen Hochschule Dresden. Die mathematischen Lehrveranstaltungen hatten ein hohes Niveau und waren frei von Ideologie. Die Herkunft aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten spielte im Studium keine Rolle.

Gleich zu Beginn meines Studiums hatte ich eine Kommilitonin aus einer anderen Fachrichtung kennen gelernt. Es stellte sich heraus, dass sie auch aus Schlesien stammte. Gelegentlich spielten wir mit dem Gedanken, in den Westen zu gehen. Dann wurde die Mauer gebaut. Ob wir wirklich weggegangen wären, weiß ich nicht. Dass es nun aber nicht mehr möglich war, stürzte uns in eine tiefe Mutlosigkeit. Das bewährte Heilmittel hieß Arbeiten.

Der Dokortitel 1967 wurde besonders gefeiert.



Foto: Privat



In der alten Heimat Schlesien – im Riesengebirge und an der Kirche Wang in Karpacz, vormals Krummhübel (Bild links) mit Ehefrau Irntraut.

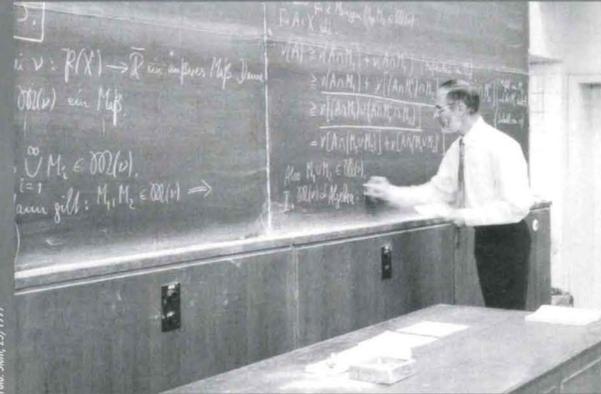


Foto: Privat

Die Hochzeitsreise verbrachte das junge Paar auch in Wroclaw (Breslau), der Geburtsstadt von Winfried Schirotzek – hier am „Ring“; das Rathaus (Bild oben rechts) von 1964.

Arbeit an der TU Dresden

Nach dem Erwerb des Diploms an der Technischen Universität Dresden erhielt ich eine Assistentenstelle. Bis zur Promotion 1967 verlief meine berufliche Entwicklung wunschgemäß. Mit der dritten Hochschulreform 1968 erreichte die SED, dass sie bis in die unteren Leitungsebenen den Ton angeben konnte.



Prof. Dr. Winfried Schirotzek während einer Mathematik-Vorlesung über Analysis an der TU-Dresden, 1999

Die parteilosen Professoren verloren zwar nicht ihre Positionen, doch wurde ihnen die „Kaderpolitik“ aus der Hand genommen.

Von da an stagnierte meine berufliche Entwicklung. Ich gehörte nicht zu den „förderungswürdigen Kadern“ und war kein „Reisekader“; wissenschaftliche Veranstaltungen im „nichtsozialistischen Ausland“ durfte ich nicht besuchen. Das Einreichen von Publikationen bei Fachzeitschriften des „nichtsozialistischen Auslandes“ war genehmigungspflichtig. Manchmal gab es die Genehmigung, ein anderes Mal nicht.

Nach der Wiedervereinigung wurde ich zum Universitätsprofessor an der TU Dresden berufen. Die Erneuerung unserer Fachrichtung Mathematik konnte ich so maßgeblich mitgestalten.

„Meine Frau und ich waren wiederholt in Schlesien, so 1964 zur Hochzeitsreise, und wir werden auch wieder hinfahren. Wir erfreuen uns am gelungenen Wiederaufbau der wunderschönen Breslauer Altstadt. Aber uns schmerzt die noch immer allenthalben sichtbare Auslöschung deutscher Vergangenheit, so die herausgemeißelten Inschriften in Kirchen und der Zustand deutscher Gräber“ bekennt Prof. Dr. Winfried Schirotzek heute.



SACHSEN

Ende Januar, es muss der 26. oder 27. Januar des Schicksalsjahres 1945 gewesen sein, erhielten meine Eltern bzw. das ganze Dorf den Räumungsbefehl.

Schon lange vorher war heimlich in der Scheune der Planwagen für die Flucht vorbereitet worden. Er enthielt alle lebensnotwendigen Dinge für ein paar Tage, denn die Eltern meinten, wenn die Front vorbei ist, würden sie wieder zurück können.

Die Ostfront rückte immer näher und um ihr zu entkommen, mussten wir die Weichsel überschreiten ... Als wir dann über Stagard bis nach Stolp gelaufen waren, ... holte uns die Front ein ... Wir Kinder erlebten, wie Mütter und Mädchen von den Russen mitgenommen wurden ... Unser kleiner Besitz, Pferde und Treckwagen wurde uns abgenommen ... wer es nicht freiwillig hergab, bekam Schläge mit dem Gewehrkolben.

Die russischen Besatzer hatten der polnischen Miliz völlige Freiheit eingeräumt. Der Hass auf die Deutschen wurde immer größer, obwohl man vorher jahrzehntelang friedlich nebeneinander gelebt hatte. Wir wurden der polnischen Miliz übergeben ... Die Eltern kamen an getrennten Orten zur Zwangsarbeit.

Ich wurde von den Eltern getrennt und kam mit vielen deutschen Kindern ... nach Schwetz in eine ehemalige Kaserne. Hier litten wir großen Hunger ... Viele Tage mussten wir Kinder die geriffelten Fliesen der langen Korridore mit einer Bürste und kaltem Wasser stundenlang reinigen. Später kamen wir in Schwetz in ein polnisches Kinderheim ... Betreut wurden wir von polnischen Nonnen; sie achteten darauf, dass wir untereinander nicht deutsch sprachen ... Wir lernten polnische Lieder ... Während dieser ganzen Zeit hatte ich keinerlei schulischen Unterricht ...

Es muss Herbst 1947 gewesen sein, als Mutter nach langen Bittschriften die Genehmigung erhielt, mich zu besuchen ... Meine Mutter war inzwischen ... in das „Zentrale Arbeitslager Potulitz“, zwischen Bromberg und Nakel gelegen, gekommen. Hier fand sie auch meinen Vater wieder. Nun waren die Eltern bestrebt, auch mich hierher zu holen, was ihnen gelang.

Als ich Ende 1947 hierher kam, wurden mir meine Sachen weggenommen ... Zuerst kam ich in die Entlausung. Hier wurden mir alle Haare geschoren ... und ich kam in die Kinderbaracke. Das Lager hatte Baracken für Männer, Frauen und Kinder, Alte und Kranke sowie Säuglinge. Außerdem gab es Arbeitsbaracken ... Jede einzelne Baracke war nochmals durch Stacheldraht von den anderen getrennt. Ich weiß noch genau, dass Mutter oft aus der Arbeitskolonne zu mir an den Stacheldraht sprang und mir heimlich ein Stück Brot zusteckte. Wehe, sie wäre erwischt worden, dann gab es strengen Bunker.

Nie werde ich Weihnachten 1948 vergessen ... Als es dunkel wurde, erhielten die Gefangenen die Erlaubnis, aus den Baracken auf den großen Appellplatz zu treten. Hier stand eine große Tanne, welche mit Lichterketten erleuchtet war, und aus den Lautsprechern erklangen Weihnachtslieder. Unter Bewachung durften nun Männer, Frauen und Kinder um die Tanne herumlaufen. Eng habe ich mich an die Eltern geschmiegt und war überglücklich. Heimlich hatte mir die Mutter auch ein kleines Weihnachtsgeschenk zugesteckt. Es bestand aus einem kleinen lackierten Brettchen, auf dem ein bemalter Weihnachtsmann (Laubsägearbeit) war, den ich heute noch besitze.

Auf Betreiben der Siegermächte mussten die Lager so nach und nach aufgelöst werden. Für mich und meine Eltern kam die Erlösung im April 1949 ... Die Eltern mussten schriftlich auf ihr Eigentum ... verzichten. Dieses Dokument ist in polnischer Sprache verfasst und in meinem Besitz. Auch mussten sie sich schriftlich verpflichten, über das, was sie im Lager erlebt, gehört und gesehen hatten, nichts verlauten zu lassen.

Erlebnisbericht (gekürzt) von Eva-Marianne Franzke, geb. Schumann, über ihre Vertreibung aus der Heimat bis zur Internierung im Lager

Zweite Heimat in Sachsen

„Eines Tages war es soweit und ... es ging über die Oder in die russische Besatzungszone (SBZ). Wir fuhren in die Freiheit, zugleich verloren wir aber unsere Heimat.“

Von Potulitz aus fuhren im Jahre 1949 die letzten Züge mit über 10.000 sogenannten ‚Reichs- und Volksdeutschen‘ in die DDR. Im Staatsarchiv Bromberg (Bydgoszcz) lagern 34.932 Personalakten über ehemalige Potulitz-Insassen, allesamt sogenannte ‚Volksdeutsche‘ und ‚Reichsdeutsche‘, darunter ein Viertel Kinder, die das Lager Potulitz zwischen Anfang 1945 und Ende 1949 durchlaufen haben oder dort verstorben sind.

Eva-Marianne und ihre Eltern gelangen erst nach Bischofswerda, dann in ein Dorf in der Nähe von Riesa und finden Arbeit. Doch der Anfang ist unendlich schwer.



Foto: Privat

Besuch des Ehepaars Franzke in Brankówka (Janrau), August 1995

„Heimisch ist meine Mutter hier nie geworden. Sie konnte nicht verwinden, als mittellose ‚Hergelaufene‘ angesehen zu werden. Ich kam mit 11 Jahren in die 1. Klasse [...] Ich wollte gern das Abschlusszeugnis der 8. Klasse erreichen, somit besuchte ich bis zum 16. Lebensjahr (nur 5 Schuljahre) die Schule. Daran schloss sich eine dreijährige Lehre zum Großhandelskaufmann an. Sachsen ist mir zur zweiten Heimat geworden. Aber wenn ich von ‚Zuhause‘ spreche, dann ist es immer mein Geburtsort an der Weichsel, wo ich meine schönsten Kinderjahre verlebte.“

In der Zwischenzeit hat Eva-Marianne Franzke bereits mehrfach die Orte ihrer Kindheit besucht und gute Kontakte zu den jetzigen Bewohnern hergestellt. Doch wenn sie über ihre Zeit im Lager Potulitz spricht, dann nennt sie diese Zeit die „Schattenjahre meiner Kindheit“.



Foto: Alexander Amosow, Objekt: Privatbesitz

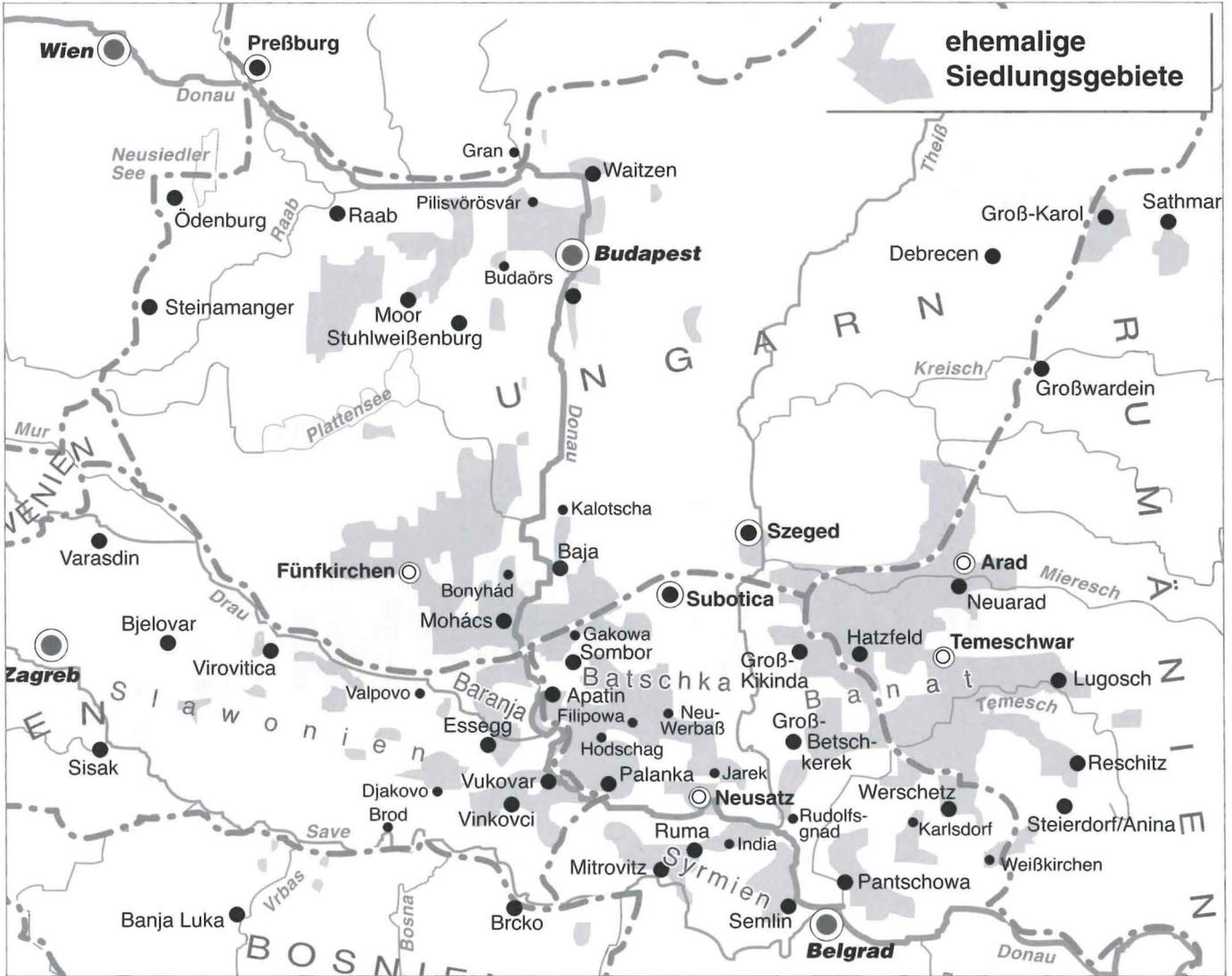
Weihnachtsmann als Laubsägearbeit, Zwangsarbeiterlager Potulice, 1949

SACHSEN

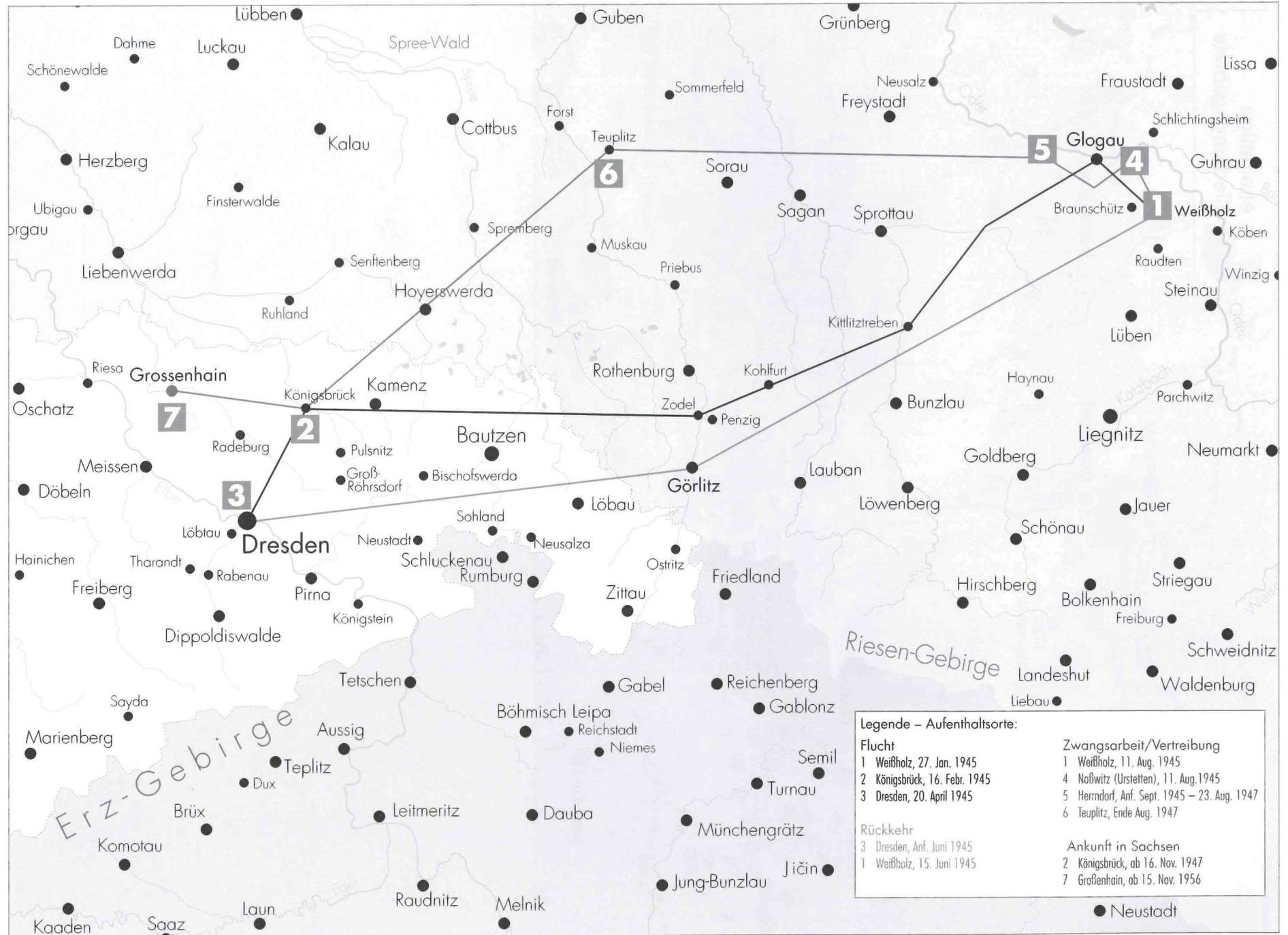


- Bis 1945 geschlossene deutsche Siedlungsgebiete (Reichsgebiete in den Grenzen von 1937 östlich von Oder und Neiße sowie Danzig und Sudetengebiete)
- Deutsche Minderheitengebiete außerhalb der Reichsgrenzen von 1937
- Flucht- und Vertreibungsrichtung (vereinfacht)
- Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR 1945 - 1961
- Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung in der Bundesrepublik 1950, in derSBZ 1946
- Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung 1950 (%)
- Zahl der Vertriebenen
- Nachkriegsgrenzen
- Ostgrenze des Deutschen Reiches vom 31. 12. 1937
- Innerdeutsche Grenze DDR/ Bundesrepublik Deutschland

Überwiegend deutsch besiedelte Gebiete in Europa bis 1945 (Deutsches Reich in den Grenzen von 1937, sowie die Sudetengebiete Böhmen und Mähren innerhalb der Tschechoslowakei) und die deutschen Minderheitengebiete



Siedlungsgebiete der Donauschwaben im Westbanat, der Batschka, Syrmien, Slawonien, dem Baranja-Dreieck und Kroatien, alles Gebiete, die im Mai 1945 in Jugoslawien lagen.



Impressum

- Herausgeber: Bund der Vertriebenen Kreisverband Freiberg e.V.
Am Mühlteich 24 · 09456 Freiberg · Telefon 03731/71 64
- Konzeption und
Gesamtleitung: Torsten Nitzsche M.A., Dresden
Textredaktion: Dr. Katja Schlenker, Düsseldorf
Mitarbeit: Elfriede Rick, Dresden; Irmtraut Schirotzek, Dresden; Florian Braun, Chemnitz;
Erwin Kühnappel, Oederan; Rudolf Meinl, Chemnitz; Falk Drechsel, Dresden
- Redaktionschluss: Dezember 2010
- Gestaltung/Grafik: Alexander Atanassow, Grafikdesign/Dresden
- Druckdatum: Dezember 2010
Druck: addprint AG, Bannewitz/Possendorf
Auflage: 2.000
- Bezug: Bund der Vertriebenen Kreisverband Freiberg e.V.
Am Mühlteich 24 · 09456 Freiberg · Telefon 03731/71 64
vertriebenenausstellung-sachsen@gmx.de
- Copyright: Das Copyright für die Texte liegt ausschließlich beim Projektträger.

Wir danken den Rechteinhabern für die Erlaubnis zur Publikation.

Gefördert durch das Sächsische Staatsministerium des Innern